Montag, 12. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 289 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Streit um „Spiegel": Die Generalstaatsanwaltschaft Köln erwäge strafrechtliche Schritte gegen das Nachrichtenmagazin, weil über den Inhalt der Anklageschrift gegen Graf Lambsdorff berichtet und damit möglicherweise gegen das Strafrecht verstoßen worden sei, erklärt der stellvertretende Amtschef Schmitz.

Wörner beruhigt: Vor Nervosität angesichts des Abbruchs der INF-Gespräche und der Vertagung ohne Termin der START-Verhandlungen warnt Verteidigungsminister Wörner. US-Unterhändler Nitze und „Prawda"-Chefredakteur Afarasjew zeigten sich am Wochenende optimistisch über die Möglichkeit, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. (S. 10)

Bedrohung durch Neonazis: Die Gefahr durch „gewaltgeneigte fanatische Neonazis" dauert nach Einschätzung von Bundesinnenminister Zimmermann an. Von derzeit 1400 bekannten Extremisten seien 300 besonders militant, erklärt er in einem Interview der WELT. (S. 1)

Alfonsin lenkt ein: Der neue argentinische Präsident signalisiert London seine Bereitschaft, einen neuen Anlauf zur Regelung des Falkland/Malvinas-Konfliktes zu unternehmen. (S. 5)

Gegen Information: Als „Speerspitze der imperialistischen Konfrontations- und Hochrüstungsstrategie" bezeichnet das „DDR"-Institut für Internationale Politik das westliche Konzept des freien Informationsflusses.

Friedensnobelpreis: „Wir werden niemals zustimmen, daß Leute wegen ihrer Überzeugungen in das Gefängnis geschickt werden", erklärt der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete polnische Arbeiterführer Walesa in einer in Oslo verlesenen Rede. In Danzig erörterte Walesa mit dem US-Geschäftsträger Möglichkeiten wirtschaftlicher Hilfe für Polen anstelle früherer Sanktionen. (S. 1 u. 3)

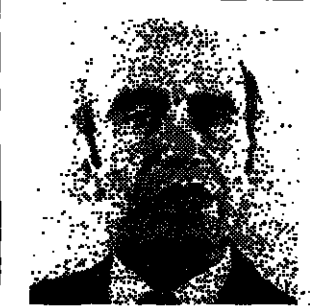
Bürgerrechtler in Haft: In Moskau nahmen Geheimpolizisten mindestens 16 Personen fest, die schweigend eine Mahnwache zum Tag der Menschenrechte hielten. Unter ihnen soll der Sohn des inhaftierten Regimekritikers Begun sein.

Blockaden: Rund zehntausend Anhänger der „Friedensbewegung" haben am Wochenende vor Einrichtungen der US-Streitkräfte demonstriert und die Kasernen und Depots teilweise blockiert. In Frankfurt kam es zu schweren Ausschreitungen.

Anschlag in London: Fünf Soldaten wurden bei einem Sprengstoffattentat auf eine Londoner Kaserne verletzt. Die britischen Behörden befürchten jetzt Anschläge der IRA im Trubel des Weihnachtsgeschäftes in Kaufhäusern.

Heute: „Kleiner Parteitag" (Bundesausschuß) der CDU in Bonn. – Europaparlament beginnt Haushaltsdebatte. – EG-Finanzminister tagen in Brüssel. – US-Soldaten beginnen mit der Räumung Grenadas.

ZITAT DES TAGES



„Die Behandlung von Menschen durch ihre eigene Regierung kann heute nicht innere Angelegenheit eines Staates sein"

Der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger in einem Brief an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar zum Thema Menschenrechte

FOTO: VOTAVA

WIRTSCHAFT

Regan warnt Europäer: Vor der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen gegen eine Kapitalflucht aus europäischen Währungen in den starken US-Dollar hat Finanzminister Regan gewarnt. (S. 11)

Japan: Im Vergleich zu den übrigen Industriestaaten investiert Japan überdurchschnittlich viel in Entwicklungsländern, stellt das Ifo-Institut fest: 55 Prozent der Auslandsinvestitionen gegen 25 Prozent der übrigen Industriestaaten.

Wohnungsbau: Kräftige Expansion des Wirtschaftsbaus, aber deutlich geringeren Zuwachs des Wohnungsbaus ab 1987 sagt das Münchner Ifo-Institut in einem Ausblick auf das Bauvolumen in den nächsten zehn Jahren voraus. (S. 11)

Umweltbuße: Die US-Regierung hat die Ölgesellschaft Shell zur Zahlung von 1,9 Milliarden Dollar wegen angeblicher Umweltverschmutzung nahe Denver aufgefordert. (S. 12)

KULTUR

Schriftsteller: Als demonstrativen Akt der Solidarität mit den in Polen verfolgten Schriftstellern und Künstlern und mit ihren exilierten Kollegen verstehen deutsche Autoren das literarische Kolloquium vom Wochenende in Berlin. Damit soll ein Zeichen gegen die bisherige Haltung des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) gesetzt werden. Günter Grass drohte sogar mit Austritt aus dem VS.

Solschenizyn: Fast zehn Jahre nach seiner Vertreibung äußert der Literaturnobelpreisträger den Wunsch in einem Interview des französischen Fernsehens, in seine Heimat zurückzukehren.

SPORT

Fußball: Der Hamburger SV verlor in Tokio das Weltcup-Finale gegen Südamerika-Meister Porto Alegre mit 1:2 nach einer Verlängerung. (S. 7)

Ski alpin: Mit einem sechsten Platz im Super-Riesenslalom gewann Irene Epple nach ihrem Abfahrtssieg die erste Kombination der Saison. (S. 9)

Galopp: Der Hengst Orofino wurde zum „Galopper des Jahres" gewählt. Bei der Zuschauer-Abstimmung der ARD fielen auf ihn 39 Prozent der Stimmen. (S. 8)

Eishockey: Die deutsche Nationalmannschaft unterlag im ersten Spiel ihrer Nordamerika-Reise der kanadischen Olympia-Auswahl mit 1:4. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Brand an Bord: Der mit 45 000 Tonnen Rohöl beladene griechische Tanker Perikles treibt hilflos brennend im Arabischen Golf.

Fanatismus: In Mailand machten Anhänger des Fußballklubs „Inter" Jagd auf Österreicher und andere deutschsprachige Touristen. Inter war der Sieg gegen Austria Wien verwehrt geblieben. Ein Tourist wurde niedergestochen, andere verprügelt. (S. 18)

Wetter: Heiter und trocken; nachmittags von Westen wolkig.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schützenhilfe für Lambsdorff von Matthöfer und Schmude

Interviews der SPD-Exminister / Gehen Staatsanwälte gegen „Spiegel" vor?

DW. Bonn

Der wegen Bestechlichkeit angeklagte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat am Wochenende unerwartet sozialdemokratische Schützenhilfe erhalten: Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer, der sich am Freitag im Bundestag beim SPD-Entlassungsantrag gegen Lambsdorff der Stimme enthalten hatte, bezeichnete es ausdrücklich als richtig, daß der Wirtschaftsminister vor weitergehenden Entscheidungen erst einmal die Anklageschrift studieren sollte. Der ehemalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude bekräftigte erneut, daß er persönlich von Lambsdorffs Unschuld überzeugt sei.

Unterdessen erwägt die Generalstaatsanwaltschaft Köln strafrechtliche Schritte gegen das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel", das über den Inhalt der Anklageschrift gegen Lambsdorff und seine Mitangeklagten berichtet.

Bereits am Samstag hatte die „Tagesschau" unter Dokumentation des „Spiegel"-Artikels auf die Auszüge aus dem Inhalt der Anklageschrift hingewiesen. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Schmitz sprach von einem möglichen Verstoß gegen den Paragraphen 353 d des Strafgesetzbuches, nach dem bestraft wird, wer „die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens ... ganz oder in wesentlichen Teilen im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist".

„Spiegel"-Chefredakteur Erich Böhme sagte dazu: „Wir gehen davon aus, daß wir nicht gegen die Bestimmungen des Strafgesetzes verstoßen haben." Er verwies darauf, daß der „Spiegel" nicht „ganz oder in wesentlichen Teilen" aus der Anklageschrift zitiert habe. Tatsächlich wird unter ausdrücklichem Bezug auf die Beweiswürdigung in der Anklageschrift nur ein Satz im Zusammenhang mit Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und seinem Amtsvorgänger Friderichs vollständig zitiert: „Zwischen den Beteiligten auf Geber- und Nehmer-Seite bestand Einvernehmen darüber, daß den Zahlungen Einfluß auf die Entscheidungen zukommen sollte."

Lambsdorff und Friderichs werden beschuldigt, einerseits entscheidend an der Steuerbefreiung für die Firma Flick im Zusammenhang mit einem Aktienverkauf in Milliardenhöhe maßgeblich beteiligt gewesen zu sein und andererseits von demselben Unternehmen Spendengelder für die FDP angenommen zu haben.

Der ehemalige Finanzminister Matthöfer machte im Sender Freies Berlin keinen Hehl aus seiner Überzeugung, daß es nicht schon Anlaß für einen Rücktritt sein könne, wenn „irgendeine Konzernzentrale" zum Teil frei erfundene Aufzeichnungen gemacht habe, um ihre hohen Gehälter zu rechtfertigen. Er selbst sei im Zusammenhang mit dieser Affäre zum Rücktritt aufgefordert worden, und heute sage der Staatsanwalt, daß sich ein Verdacht nicht ergeben habe. Matthöfer hält im übrigen den Zeitpunkt, zu dem seine Fraktion den Entlassungsantrag gestellt habe, für unglücklich.

Der ehemalige Justizminister Schmude äußerte in der Rücktrittsfrage zwar eine andere Meinung als Matthöfer, äußerte im Südwestfunk allerdings die Überzeugung, daß „Lambsdorff in seiner Unschuld bestätigt werden wird". Es sei eine Frage der politischen Kultur, ob er der Tatsache der Anklageerhebung durch Rücktritt aus seinem Amt Rechnung trage.

Nobelpreisträger: Gebt Sacharow frei

Ovationen für Danuta Walesa, die ihren Mann vertrat / Warschau stört Sendungen

DW. Stockholm/Oslo/Danzig

Vier der sechs in Stockholm zur Entgegennahme ihrer Auszeichnung versammelten Träger der Nobelpreise 1983 haben sich in einem Appell an den sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow für den sowjetischen Regimekritiker und Träger des Friedensnobelpreises 1974, Andrej Sacharow, eingesetzt.

In einem Schreiben an Andropow fordern William Golding (Literatur), William Fowler (Physik), Henry Taube (Chemie) und Gerard Debreu (Wirtschaftswissenschaften) ärztliche Behandlung und die Erteilung der Ausreisegenehmigung für Sacharow. Der zweite Physik-Preisträger, Subrahmanyan Chandrasekhar, hat das Schreiben nicht unterzeichnet, da er „erst kürzlich einen Protest an die Sowjetunion gerichtet" habe, hieß es in Stockholm. Die Medizin-Preisträgerin Barbara McClintock sei vor Absendung des Briefes in Stockholm nicht mehr zu erreichen gewesen.

Es wird wahrscheinlich Jahre dauern, bis sich Norwegen wieder in dieser Weise mit einem Friedensnobelpreisträger identifiziert, so wie es mit dem polnischen Arbeiterführer Lech Walesa geschehen ist. Dessen Frau Danuta hat stellvertretend die Goldmedaille und die Urkunde in der Aula der Universität von Oslo entgegengenommen. Selbst altgediente Beobachter konnten sich kaum erinnern, daß einem nichtanwesenden Preisträger stehend Ovationen dargebracht wurden.

SEITE 2
Hier ist der Beweis
SEITE 3
Bericht und Textauszüge

Walesa selbst hörte der Direktübertragung eines polnischsprachigen Westsenders von der Osloer Verleihungszeremonie stehend in Danzig zu. Er war in der Wohnung seines Seelsorgers, des Pfarrers Henryk Jankowski, im Pfarrhaus der Brigittenkirche. In seiner vorbereiteten Rede, die gestern in Oslo verlesen wurde, forderte Walesa unter anderem dazu auf, daß „alle, die wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit oder ihrer Überzeugung schon verurteilt wurden oder noch ihren Prozeß erwarten sollten, nach Hause zurückkehren können und leben und in ihrem Land arbeiten dürfen. Wir werden niemals zustimmen, daß Leute wegen ihrer Überzeugung in das Gefängnis geschickt werden." Und: „Wir werden niemals zur Gewalt greifen."

Mit brausendem Beifall begrüßten am Abend rund 4000 Menschen in der Brigittenkirche ihren Nationalhelden. An dem Gottesdienst, bei dem für Ideale der inzwischen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" und für alle Nobelpreisträger gebetet wurde, nahm auch der amerikanische Geschäftsträger in Warschau, John Richard Davis, teil.

Die offiziellen polnischen Medien berichteten erst mit sechsstündiger Verspätung über die Verleihung des Friedensnobelpreises an Walesa. Die Osloer Zeremonie blieb unerwähnt. Die Direktübertragung in polnischer Sprache über die BBC und die amerikanischen Sender „Stimme Amerikas" und „Radio Freies Europa" wurden in Polen gestört. Der Direktor des BBC-Auslandsdienstes teilte dazu mit, ähnliche Störungen habe es schon einmal während der Dauer des Kriegsrechts in Polen gegeben, und zwar zur Zeit, als Walesa inhaftiert wurde.

Kompromiß-Suche bei Satellitenfunk

Ministerpräsident Barschel: Länder sind zum Erfolg verurteilt

DW./dpa, Kiel

Die Konferenz der Regierungschefs der Länder, die am Donnerstag dieser Woche in Bonn ein Nutzungskonzept für den Satellitenfunk beschließen will, ist nach Auffassung des schleswig-holsteinischen Regierungschefs Uwe Barschel (CDU) „zum Erfolg verurteilt". Sollte es nicht zu einer Einigung kommen, so Barschel am Wochenende in einem dpa-Gespräch, „hätte dies schwerwiegende Folgen für die Medienlandschaft zum Nachteil der Bürger".

Bisher gehen die Vorstellungen der Unions- und der SPD-regierten Länder noch auseinander. „Ich werde meinen Kollegen einen Vorschlag unterbreiten, der die bekannten unterschiedlichen Positionen berücksichtigt und deshalb eine vernünftige Aufteilung zwischen privaten Programmveranstaltern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern vorsieht", erklärte Barschel.

Aus rundfunkrechtlichen Gründen könne, so der Kieler Ministerpräsident, der deutsch-französische Gemeinschafts-Satellit „TV-Sat" nur genutzt werden, wenn sich alle Ministerpräsidenten darauf verständigten, welche Programme von welchen Veranstaltern über seine zwei Fernseh- und 16 Hörfunkkanäle ausgestrahlt werden sollen. „Der TV-Sat ist nämlich ein direkt strahlender Rundfunk-Satellit mit großen Energien, der von jedem Bürger mit einer Parabol-Antenne direkt empfangen werden kann", erläuterte Barschel. Konkret heißt das: Wenn auch nur ein Bundesland widerspricht, kann kein anderes Land den Satelliten nutzen.

Die Dringlichkeit einer Einigung unterstrich Barschel mit dem Hinweis, daß der „TV-Sat" bereits Ende 1985 den Betrieb aufnehmen soll. Die Post müsse den Veranstaltern die Kanäle rechtzeitig zuteilen können.

Eine rechtlich andere Situation ist bei den sogenannten „Fernmelde-Satelliten" gegeben. Dazu zählen der kürzlich gestartete europäische Kommunikations-Satellit (ECS), Intelsat und das Deutsche Fernmelde-Satellitensystem der Post (DFS). Von ihnen kann nicht direkt empfangen werden; von diesen Satelliten übertragene Programme werden in Kabelnetze eingespeist.

Barschel sagte, hinsichtlich dieser Fernmelde-Satellten sei jetzt eine Einigung der Ministerpräsidenten besonders wichtig, da der ECS schon von Februar 1984 an sendebereit sei. Bei der Verteilung der Kanäle dieser Satelliten ist nach Barschels Ansicht anzustreben, „daß öffentlich-rechtliche und private Veranstalter unter vernünftigen Bedingungen an der Nutzung dieser neuen Medien beteiligt werden".

„Bedrohung durch Neonazis hält an"

Interview mit Bundesinnenminister Zimmermann / Kritik an NRW-Amtskollegen Schnoor

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat mit dem Verbot der rechtsextremistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten – Nationaler Aktivisten" (ANS/NA) ein „politisches Zeichen setzen wollen". In einem WELT-Interview sagte der Minister, die Gefahr, die von gewaltbereiten Neonazis ausgehe, sei groß. Zugleich übte er Kritik an dem nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor (SPD), weil dieser, in Kenntnis des anstehenden Verbots, vorab öffentlich eine Forderung in dieser Richtung erhoben habe. Daraus habe die Kühnen-Gruppe möglicherweise Schlußfolgerungen ziehen können. Die Fragen an Minister Zimmermann stellte Manfred Schell.

WELT: Herr Minister, wie schätzen Sie die Gefahr ein, die von Rechtsextremisten bei uns ausgeht?

Zimmermann: Die Bedrohung durch gewaltgeneigte fanatische Neonazis hält an. Von den derzeit etwa 1400 bekannten Neonazis sind 300 besonders militant aufgetreten. Im Jahre 1983 wurden zahlreiche rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begangen. Dazu gehören auch Körperverletzungen und Raubüberfälle. Brandanschläge, Sachbeschädigungen und Gewaltdrohungen mit rechtsextremistischem Hintergrund richten sich überwiegend gegen Ausländer, insbesondere Türken. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben, wie ich es mit dem Verbot einer verfassungsfeindlichen Neonazi-Organisation, der Gruppe um Michael Kühnen, getan habe.

WELT: Welche Aktionen hat diese Gruppe geplant?

Zimmermann: Kühnen hat bisher immer erklärt, daß in der gegenwärtigen Aufbauphase seiner Organisation die Zeit für Gewalt noch nicht reif ist. Daß er Gewaltanwendung nicht ausschließt, geht daraus hervor, daß er in letzter Zeit gerade die Verbindung zu „Skin-Heads" und Fußballrowdys gesucht hat, um aus diesem Bereich agieren zu können – insbesondere gegen Ausländer. Ich erinnere an die Versuche anläßlich des Fußball-Länderspiels in Berlin, Haß gegen Türken zu schüren. Auch deshalb habe ich ein politisches Zeichen setzen wollen.

WELT: Besteht die Gefahr, daß diese Gruppierung jetzt vom Untergrund aus Anschläge vorbereitet?

Zimmermann: Dafür liegen keine

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Dünnes Eis

HERBERT KREMP

Das Flick-Verfahren zieht immer weitere Kreise, aber man muß sich fragen, ob das noch die „Kreise" der Regisseure sind, die sich das Ende des Wirtschaftsministers Lambsdorff, das Zerbrechen der Regierungskoalition via Zerfall der FDP und die Einleitung eines gewaltigen „Rheingate" nach dem Beispiel der amerikanischen Watergate erhoffen. Wenn das, was der „Spiegel" über die Anklageschrift gegen Graf Lambsdorff veröffentlicht, tatsächlich das Wesentliche, das Gravierende ist, dann wandeln die Staatsanwälte auf hauchdünnem Eis: Es trägt keinen Mann.

Verständlich wird dann aber der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude von der SPD, der nun zum zweitenmal in einem Interview erklärte, daß „Lambsdorff in seiner Unschuld bestätigt werden wird". Und verständlich wird dann auch der ehemalige Finanzminister Hans Matthöfer von der SPD, der, ebenfalls in einem Interview, den Antrag seiner Bundestagsfraktion auf Entlassung Lambsdorffs als „unglücklich" bezeichnete. Denn es könnte nicht schon Anlaß für einen Rücktritt sein, wenn in einer Konzernzentrale zum Teil frei erfundene Aufzeichnungen über Geldzuwendungen an Politiker gemacht worden seien.

Dies sind, man kann es nicht anders lesen, massive Zweifel an der Wertarbeit der Bonner Staatsanwälte. Denn Matthöfer und Schmude waren in ihren Amtszeiten mit der Angelegenheit Flick befaßt – jeder aus dem Blickwinkel seines Ressorts. Sie wissen also, wovon sie reden.

Die Anmerkungen der beiden Politiker treffen sich in der Person des Konzernbuchhalters Diehl, von dessen Notizen über Zuwendungen die Staatsanwälte leben. Mindestens in den Fällen Brandt, Matthöfer und Lahnstein waren Diehl-Eintragungen aber entweder falsch oder zu phantasievoll. Das Gericht wird sich mit der Glaubwürdigkeit des Mannes befassen. Daß die Krone des Kronzeugen wackelt, darf aber wohl jetzt schon behauptet werden. Sollte dies der Staatsanwaltschaft entgangen sein?

Eine noch merkwürdigere Merkwürdigkeit ergibt sich aus der jüngsten Magazin-Veröffentlichung. Zitiert sie „wesentliche Teile" der Anklageschrift, was strafbar wäre? Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Schmitz wollte am Samstag in der „Tagesschau" einen Verstoß gegen Paragraph 353b des Strafgesetzbuchs nicht ausschließen. Warum überzeugte er sich nicht gleich – der neue „Spiegel"-Titel wurde ja in derselben Sendung gezeigt, und die Staatsanwaltschaft Bonn hatte eine Stunde vorher die Anwälte der Angeschuldigten auf die Veröffentlichung aufmerksam gemacht. Aber Wissen heißt eben nicht immer, daß man etwas macht.

Autodieben in Sudan rechte Hand abgetrennt

DW./SAD, Khartum

Vor den Augen von rund 3000 Schaulustigen ist in der sudanesischen Hauptstadt Khartum zum ersten Mal wieder altes islamisches Strafrecht praktiziert worden: Zwei Gefängnisbeamte trennten zwei jungen Autodieben mit blanken Messern die rechte Hand ab. Wie berichtet, hatte Staatspräsident Numeiri im September verfügt, daß nach dem Vorbild zahlreicher islamischer Staaten auch in Sudan wieder altes islamisches Strafrecht gelten sollte. Vor allem im überwiegend christlichen Süden des Landes war es daraufhin zu heftigen Protesten gekommen.

Bei der ersten Strafvollstreckung nach dem neuen alten Recht wurden am Wochenende die beiden Verurteilten auf einem Platz mit Lederriemen an Stühle gefesselt, die auf einem Podium standen. Die gefesselten Arme steckten bis zu den Handgelenken in Watteverbänden. Als Konzession an die Neuzeit war den Verurteilten immerhin gestattet worden, Beruhigungstabletten einzunehmen; der rechte Unterarm wurde lokal betäubt. Während die Zuschauer in Rufe wie „Allah ist groß, Allah ist mächtig" ausbrachen, trennten dann zwei Gefängnsisbeamte jedem Verurteilten die rechte Hand mit einem Messer ab. Das Abtrennen dauerte etwa eine Minute.

Danach wurden die beiden Diebe zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus gebracht. Der jubelnden Menge wurden anschließend immer wieder die abgetrennten Hände gezeigt.

Solschenyzin will lebend zur Heimat zurück

rtr, Paris

Fast zehn Jahre nach seiner spektakulären Vertreibung aus der Sowjetunion wünscht sich der Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger Alexander Solschenyzin nichts sehnlicher, als lebend in seine Heimat zurückzukehren. In einem Interview mit dem französischen Fernsehen, das am Vorabend seines 65. Geburtstages ausgestrahlt wurde, sagte er, er wolle „nicht nur mit seinen Werken, sondern selbst nach Rußland zurückkehren". Er arbeitet derzeit an einer Geschichte der russischen Revolution mit dem Titel „Das rote Rad".

Nach seiner Ausbürgerung lebte er zuerst in der Bundesrepublik Deutschland, nach einer Zwischenstation in der Schweiz übersiedelte er Mitte der siebziger Jahre mit seiner Frau und seinen drei Söhnen in die USA, wo er sehr zurückgezogen im amerikanischen Bundesstaat Vermont lebt.

Als strenger Gegner des Kommunismus, gläubiger orthodoxer Christ, aber auch Kritiker westlicher Freizügigkeit, hat er weder andere sowjetische Exilanten noch die Vertreter seiner Wahlheimat USA ganz auf seiner Seite. Sein Lebenswerk sei es, sagte er jetzt in dem Interview, die Wahrheit über die Geschichte der Sowjetunion im 20. Jahrhundert zu schreiben. Damit habe er schon 1936 als Junge angefangen. Und: „Vielleicht sterbe ich, bevor ich sie abschließen kann." Er fühlt sich dazu berufen, weil die Staatsführer „so viele Menschen umbrachten, daß fast niemand mehr da ist, der sagen kann, was wirklich passierte".

General Ershad befördert sich zum Staatspräsidenten

Radio Bangladesch: Sein Amtsvorgänger ging „freiwillig"

dpa, Dakka

Überraschend hat Bangladeschs oberster Kriegsrechtsverwalter, Generalleutnant Hussain Mohammed Ershad, gestern die gesamte Staatsgewalt in dem südasiatischen Land übernommen. Ershad ernannte sich selbst zum Staatspräsidenten, behält jedoch die Ämter des Regierungschefs und des obersten Kriegsrechtsverwalters bei.

Wie Radio Bangladesch meldet, ist der von Ershad im Mai 1982 ernannte Staatspräsident Ahsanuddin Choudhury „freiwillig" zurückgetreten, um Ershad Platz zu machen. Das Kabinett wurde aufgelöst, doch sollen die meisten der 16 Minister der neuen Regierung wieder angehören. Ershad wurde bereits Sonntag früh als Staatspräsident vereidigt. Die Zeremonie fand knapp eine Stunde nach Beendigung der islamischen Außenministerkonferenz statt. Zuvor hatte Ershad tagelang mit Militärs und Politikern konferiert.

General Ershad stürzte am 24. März 1982 die erst ein halbes Jahr zuvor legal gewählte Regierung von Bangladesch in einem unblutigen Putsch. Vor einigen Wochen kündigte Ershad Präsidentenwahlen für Mai 1984 und Parlamentswahlen für November 1984 an. An der Spitze der neugegründeten Partei „Jana Dal" wollte sich Ershad um das Amt des Präsidenten bewerben. In diesem Zusammenhang hatte er mehrfach erklärt, daß er dieses Amt als Zivilist und nicht als Soldat anstreben wolle. Am Sonntag war aber noch nicht klar, ob Ershad die Armee verlassen hat.

Mitte November hatte Ershad im Hinblick auf die angekündigten Wahlen politische Aktivitäten in Bangladesch wieder erlaubt. Nach massiven regimefeindlichen Demonstrationen aber hatte er seine Zugeständnisse Anfang Dezember wieder rückgängig gemacht und das Kriegsrecht im Lande wieder verschärft. Die wichtigsten Politiker der Opposition befinden sich entweder hinter Gittern oder unter Hausarrest. Sie weigern sich weiterhin, mit dem Regime einen Dialog aufzunehmen, solange die Vorbedingung ist, zuerst Präsidentenwahlen und dann erst Parlamentswahlen abzuhalten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hier ist der Beweis

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit einer ebenso maßvollen wie prinzipienfesten Ansprache hat Lech Walesa den Friedensnobelpreis von Oslo entgegengenommen. Allein die Tatsache, daß nicht er selber, sondern seine Frau in seinem Namen an der Feierlichkeit teilnahm, zeigt aber, wie unnormal die Lage in Polen nach wie vor ist und wie unnormal sich die polnische Regierung gegenüber jenem Manne verhält, der heute, nach Papst Johannes Paul II., der weltweit bekannteste und meistrespektierte Pole ist.

In Walesas Ansprache nahm die „Solidarität" einen zentralen Platz ein, nicht nur als Name der Gewerkschaftsbewegung, an deren Spitze er stand (und die er auch heute noch verkörpert), sondern als politisches Programm weit über nationale Grenzen hinaus. Von der „menschlichen Solidarität" war da die Rede, auch vom Frieden – und von der Feststellung, daß er und seine Freunde niemals zu physischer Gewalt aufgerufen hätten. Nicht Blutvergießen, sondern Aussöhnung und Ausgleich proklamierte Walesa. Es ist offenkundig, daß in diesem Fall nicht nur Polen, sondern Europa und die Menschheit gemeint sind.

Kann Walesa mit diesem Programm Erfolg haben? Er selber ist davon überzeugt. Nicht umsonst zitiert er den polnischen Literatur-Nobelpreisträger 1905, Henryk Sinkiewicz, mit den Worten seiner damaligen Dankesrede: „Polen ist für tot erklärt worden, und doch ist hier der Beweis, daß es weiterlebt."

Der polnische Alltag, die Unerfreulichkeit der herrschenden Zustände im Land, wird die Stunde von Oslo bald überdecken. Und doch, je länger man sieht, wie der einstige kleine Elektriker aus der Lenin-Werft seinen Weg geht, desto spürbarer und greifbarer wird die Erkenntnis: Das ist keine von irgendwelchen Medien aufgeblasene kurzlebige Sensation. Dieser Mann hat seine eigentliche Bedeutung und sein wirkliches, vielleicht historisches Format überhaupt erst nach seinem Sturz und dem scheinbaren Sieg seiner Gegenspieler errungen. Wäre er nicht schon so bekannt und berühmt, so träfe auf ihn wie auf keinen anderen der Satz zu: *Man wird sich diesen Namen* merken müssen – für die Zukunft.

Gift an der Börse

Von Eberhard Nitschke

Jedermann darf seinen Hausmüll künftig in jeder Menge auf die Straße schütten, wenn er sich nur vorher vom zuständigen Magistrat die hier gerne und kostenpflichtig abgegebenen notwendigen Erlaubnisscheine besorgt hat.

Daß sich auf dieses Prinzip ein ganzer Parteitag geeinigt hat, bedarf der Erläuterung. Der CDU-Landesverband Westfalen-Lippe hat auf seinem Parteitag am Wochenende diesem sogenannten „neuen Modell" einer „Ökologie der Sozialen Marktwirtschaft" zugestimmt. Danach erwerben Umweltverschmutzer künftig frei übertragbare Zertifikate, die auf „Umweltbörsen" gehandelt werden. Wer gern beispielsweise tausend Einheiten Schwefeldioxid pro Jahr emittieren möchte, muß sehen, daß er genug Erlaubnisscheine für eine solche Menge sammelt. Baut er einen Filter in seinen Fabrikschlot, dann kann er die Blätter weiterverkaufen und tut damit sogar ein gutes Werk.

Neu an dem Modell ist vor allem der Zeitpunkt seiner öffentlichen Diskussion. Das Ganze ist nämlich schon einmal in Bonn als Praxis in den USA vorgeführt worden. Und vor ziemlich genau zwei Jahren haben sich die Schweizer über diese „Umweltpolitik nach dem Vorbild der Sozialen Marktwirtschaft" aufklären lassen. Das Angebot ist so verführerisch wie ein todsicheres System im Roulett, wo man sich auch immer fragt, warum es nicht viel mehr Millionäre gibt: Die Ökonomie wird vor den Karren der Ökologie gespannt, indem man es wirtschaftlich interessant macht, den Umweltschutz bei wirtschaftlichen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die teuren Zertifikate verwandeln sich hier in Schmutzfilter, dort in neuen Schmutz, bis ihr Preis schließlich auch den letzten Produzenten in die Knie zwingt.

In den USA, so hieß es seinerzeit in Bonn, funktioniert die Sache. Nur, da gibt es weite Gebiete wüstes Land, wo Zertifikats-Inhaber niemandem mehr durch ihre Emissionen schaden außer der eigenen Kasse. So etwas zwischen Wanne-Eickel und Duisburg zu finden dürfte schwerfallen. Daran dachte vielleicht auch der rheinische Unions-Chef und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Bernhard Worms, der als Gastredner bei den Westfalen vor „mangelnder Praktikabilität" des neuen Patentrezeptes warnte. Die Bundesregierung, einer Fülle von Modellversuchen aus einsichtigen Gründen überdrüssig, sollte hier wohl noch einmal groß einsteigen, um sich spätere Vorwürfe zu ersparen, etwas verpaßt zu haben.

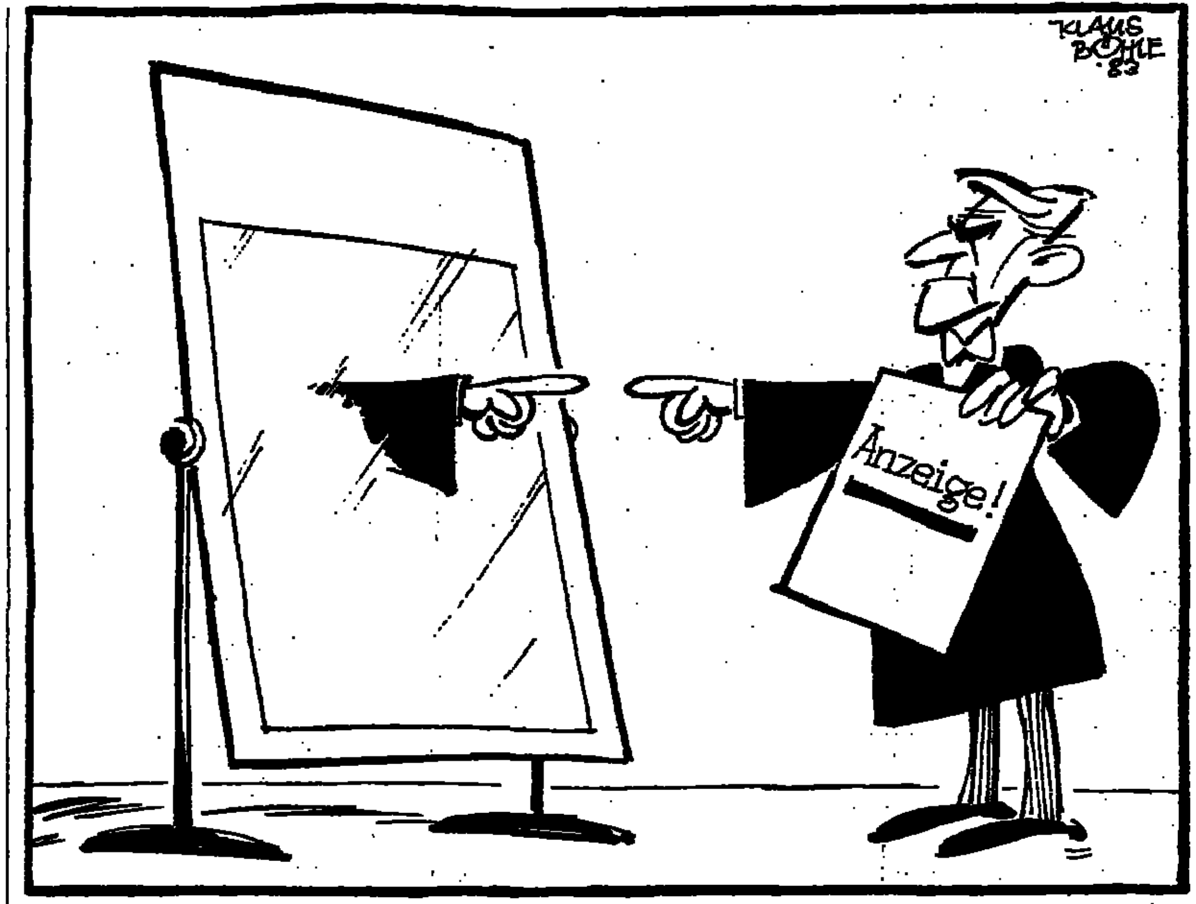
Reden ist manchmal Blei

Von Enno v. Loewenstern

Wenn ein Parlament in die Ferien geschickt wird, gehört es zum guten Ton, den schlechten Ton der letzten Sitzungen zu rügen. Eine der konkretesten und relevantesten Optimierungs-Initiativen lautet, Fremdwörter aus der Debatte zu eliminieren. Ach ja, wer hat nicht schon alles seinen Gesichtserker in diese erstens hautnahe und zweitens brennende Frage gesteckt. Alles in allem gibt es nur einen wirklich überzeugenden Vorschlag, die Parlamentsauftritte zu verbessern: die Volksvertreter nur so lange reden zu lassen, wie sie auf einem Bein stehen können. Er ist auch der am wenigsten geschätzte. Zu viele mögen keine Anspielung auf ihre Standfestigkeit.

Dabei geht es in diesem Jahr weniger um die Schönheit des Parlamentsbetriebs als um seine Würde: Wie man die Grünen daran hindern kann, aus dem Parlament und damit zugleich aus der parlamentarischen Demokratie eine Farce zu machen. In einigen Punkten läßt sich da gewiß etwas verbessern. Man könnte die persönlichen Erklärungen einschränken, etwa, indem man sie nur noch schriftlich hinterlegen und den Präsidenten mitteilen läßt, wer wie viele wozu angebracht hat. Der Kernfrage, nämlich, daß es gute und andere Redner gibt, fleißige und andere Arbeiter, redliche und andere Beiträge, kommt man institutionell nicht bei.

Muß man auch nicht. Die Parlamentarier regen sich viel zu sehr darüber auf, wenn ihre Diätenprobleme und die regelmäßige Freitagsleere im Sitzungssaal publiziert werden. Wenn das Parlament ernsthafte Arbeit leistet, wird es Anerkennung finden. Der mündige Bürger ist über die naiven Vorstellungen von einem Parlament der allgegenwärtigen Schönredner längst hinaus. Er weiß, daß die Demokratie ihn selber mit allen seinen Schwächen widerspiegelt. Wenn Harlekins glauben, das Parlament zur Posse umspielen zu müssen, soll man ihnen unbesorgt entgegentreten, ohne den Untergang des Abendlandes oder jedenfalls des Abendprogramms zu befürchten. Diese Leute graben sich ihr eigenes Grab. Wenn dem nicht so wäre, müßte man an der Demokratie (ver)zweifeln. Dazu besteht kein Anlaß, nach wie vor.



Du bist schuldig!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Handschrift im Gemüt

Von Peter Dittmar

Die Nachtwache vor der „Nachtwache" ist schlagzeilenträchtig – zumindest in den Niederlanden. Die Künstler, die mit der Belagerung von Rembrandts Meisterwerk im Rijksmuseum dagegen protestieren wollen, daß der Staat künftig dreißig Millionen Gulden statt wie bisher 104 Millionen zur Subventionierung der Künstler ausgibt, können jedenfalls mit Aufmerksamkeit rechnen. Nicht weil die Bürger diesen Sparbeschluß mißbilligen, da ist eher das Gegenteil zu vermuten; sondern weil sie ein Kunstwerk gefährdet sehen, mit dem sich die ganze Nation identifiziert.

Picassos „Guernica", jüngst erst nach Spanien zurückgekehrt, muß durch Panzerglas geschützt werden, weil dieses Gemälde weniger als Kunstwerk denn als politische Manifestation verstanden wird. Wenn „Guernica" ein Schaden zugefügt würde, wäre das nach der Meinung nicht nur der Spanier zugleich ein Schaden für die spanische Demokratie. Und Polen schließlich weiß sich in der Hut der „schwarzen Madonna von Tschenstochau".

Das sind nur drei Beispiele. Sie legen jedoch die Frage nahe, ob das Evangeliar Heinrichs des Löwen künftig einen ebensolchen Symbolwert für Deutschland gewinnen wird. Die Euphorie, die diesen Kauf begleitet, erweckt jedenfalls den Eindruck, daß die Deutschen erst durch diese mittelalterliche Prachthandschrift ein Kunstwerk gewonnen hätten, das ihr nationales Fühlen und Wollen verkörpert.

Damit wird die Frage aufgeworfen, ob ein Staat, eine Nation, solche Identifikationsobjekte braucht. Mit Sicherheit kann man dazu nur sagen, daß sie ein schöner Ausdruck nationalen Bewußtseins sind. Sie können nur aus der gemeinsamen Geschichte und Tradition erwachsen. Deshalb müssen alle Versuche scheitern, künstlich ein solches Symbol zu schaffen. Das Evangeliar nun hat trotz seines Alters von achthundert Jahren „zuwenig Geschichte". Es hat übrigens auch zwei nicht minder bedeutsame Konkurrenten: die Manessische Handschrift und das Gebetbuch Kaiser Maximilians mit den Randzeichnungen Dürers und anderer hochgerühmter altdeutscher Maler. Diese beiden Manuskripte haben allerdings den Nachteil, daß ihr Wert nicht so werbeträchtig ins Gespräch kommen kann, weil sie sich schon seit langem in öffentlichen Sammlungen (in Heidelberg und München) befinden, fern jedem Auktionshaus.

Die Deutschen, eine Nation zwar, aber immer mit ausgeprägter landschaftlicher und stammesgeschichtlicher Gliederung, haben nie ein Kunstwerk über alle anderen erhoben. Der Bamberger Reiter mit seiner ungewissen Herkunft und unklaren Bedeutung sollte zwar einmal die deutsche Seele verkörpern. Aber so recht ist ihm das nicht gelungen (von der Gemütskonkurrenz der „Unbekannten aus der Seine", akkompagniert von Muschlers gefühlvollem Roman, ganz zu schweigen).

Auch der Versuch, das Deutschtum in einem Bauwerk manifestiert zu sehen, war von wenig Erfolg begleitet. Das Hermann- und das Völkerschlachtdenkmal, das Kyffhäuserdenkmal und der Kölner Dom waren stets zu sehr mit politischem Zweckdenken verbunden, als daß sie zu einem die Nation einigenden Symbol werden konnten. Den Deutschen wurden eben keine Pyramiden, keine Akropolis, kein Kreml, kein Borobodur und kein Pantheon gegeben. Nur die Sehnsucht danach. Sie manifestiert sich in der Walhalla wie in Neuschwanstein. Und sie verbindet sich mit dem Brandenburger Tor und der Quadriga, die Napoleon einst nach Paris entführte und die nach seiner Niederlage im Triumph zurückkehrte und die denn auch nach dem letzten Krieg erst nach endlosen Ost-West-Querelen ihren angestammten Platz wieder einnehmen durfte, nun aber als Grenzwächter an der Mauer.



Nationales Symbol? Evangeliar Heinrichs des Löwen
FOTO: DIE WELT

Es ist die Fülle deutscher Kunst, die verhindert hat, daß ein Werk alle anderen überragt. Deshalb können wir es auch ertragen, wenn wichtige Werke nicht in deutschen Museen zu sehen sind, wenn Colmar den „Isenheimer Altar" bewahrt, der Prado in Madrid das Selbstbildnis des 26jährigen Dürer und die Sammlung Reinhart in Winterthur die „Kreidefelsen auf Rügen" von Caspar David Friedrich, um nur ein paar zufällige Beispiele herauszugreifen. Denn schließlich sind in Berlin die Nofretete, Rembrandts „Mann mit dem Goldhelm" und Breughels „Kinderspiele" zu besichtigen. Das, was die Meisterwerke der größten Künstler verkörpern, verliert nichts von seiner Wirkung, wenn es sich außerhalb des Ursprungslandes befindet.

Trotzdem ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Land Werke, die auf seinem Boden entstanden, zurückzugewinnen trachtet. Allerdings *darf das nicht in einer Weise* geschehen, wie sie inzwischen viele Länder der Dritten Welt und Griechenlands Kulturministerin Melina Mercouri praktizieren. Einfach zu behaupten, die Kolonialisten hätten diese Kunstwerke geraubt und darum müßten sie entschädigungslos zurückgegeben werden (ohne ein Wort darüber zu verlieren, ob diese Werke sonst nicht längst vernichtet worden wären), heißt, diese Zeugnisse der Kultur auf das Niveau einer Regimentsfahne zu reduzieren. Das Goethesche Diktum „Was du ererbt von deinen Vätern hast, / Erwirb es, um es zu besitzen" gilt ganz besonders auf dem Gebiet der Künste, mag das Erwerben in seiner pekuniären Komponente dabei auch auf Unverständnis stoßen. So, wie schon 1816 George Cruikshank spottete: „John Bull kauft Steine, während seine große Familie nach Brot schreit" (die „Steine" waren die von Frau Mercouri jetzt zurückgeforderten „Elgin-Marbles", für die die britische Regierung den damals enormen Betrag von 34 000 Pfund bezahlte), so maulen auch heute beim Kauf des Evangeliars manche über den angeblich zu hohen Preis. Sie vergessen dabei, daß sich im (kommerziell zu beziffernden) Kunstwert auch ein Teil des Wertes für ein Volk und eine Nation spiegelt. Was uns teuer ist, können wir eben nicht billig haben.

IM GESPRÄCH Mustafa Tlass

Assads Schwerthand

Von Günther Deschner

Nach seinen Worten befindet sich Syrien bereits im Krieg mit den USA. Am 5. Dezember erklärte er nach dem Abschuß zweier US-Maschinen, die Streitkräfte der Syrischen Arabischen Republik würden auch in Zukunft „jeder Luftwaffe entgegentreten, die Stellungen unserer Streitkräfte überfliegt". Kein Zweifel: Generalmajor Mustafa Tlass, Syriens Verteidigungsminister und (nach Präsident Assad) Stellvertretender Oberbefehlshaber der Armee, ist Wortführer, Sprachrohr und Exekutor einer harten Linie der syrischen Sicherheits- und Außenpolitik.

Geboren 1932 in der Provinz Homs, ist Tlass typisch für den Werdegang der syrischen Führungsschicht. Schon als 15jähriger trat er der Baath-Partei bei, war 1951 Ortssekretär in Rastan. Nach zweijähriger Tätigkeit als Sportlehrer fand er Eingang in die Welt, die er heute bestimmt, das Militär. Zunächst Kadett der Militärakademie in Homs, wurde er 1954 Leutnant bei der Panzertruppe. Während des kurzen Zwischenspiels einer „Vereinigten Arabischen Republik", zu der sich Syrien und Ägypten 1959 zusammenschlossen, wurde er mit anderen Baath-Offizieren nach Ägypten abkommandiert. Die enge Bekanntschaft mit Syriens Präsident Hafes al-Assad rührt aus dieser Zeit.

Wie andere Gesinnungsgenossen wurde er nach dem Zerfall der VAR aus der Armee entfernt und als Inspektor in das Verwaltungsministerium abgeschoben, nach der fehlgeschlagenen Revolte großarabischer Offiziere 1962 auch inhaftiert.

Erst 1963 kam er als Bataillonskommandeur wieder zum Heer, in dem er bald zum Stabschef der 5. Panzerbrigade avancierte. Als 1966 sein Freund Assad die Baath-Partei wieder an die Macht putschte, war Tlass mit von der Partie. Beförderungen des begabten Militärs zum Generalmajor, Generalstabschef und Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister waren der Lohn. Als Assad in einem neuen Putsch auch noch den zivilen Flügel der Baath-Partei beseitigte,



Sunnit unter Alawiten: Syriens Verteidigungsminister Tlass FOTO: DPA

stieg Tlass noch weiter auf: Dem Sitz im Politbüro folgte der im Parlament und die Ernennung zum Verteidigungsminister.

Bei soviel Ergebenheit in den politischen Weg Assads konnte es Tlass auch nicht schaden, daß er nicht der herrschenden Minderheit der Alawiten angehört, sondern der sunnitischen Mehrheit. Auch seine Frau, mit der er drei erwachsene Kinder hat, ist Tochter eines sunnitischen Großgrundbesitzers aus Aleppo.

Mit seinem Charme als Gastgeber, seiner Verbindlichkeit und seinen Lesungen aus eigenen Gedichten täuscht der vielseitige Militär manchen Gesprächspartner über seine politische Entschlossenheit hinweg. Er war es, der schon 1972 das Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Moskau unterzeichnete, der stets für eine engere Bindung an die Sowjetunion plädierte. Eine stärkere arabische Zusammenarbeit, eine härtere Gangart gegen Israel und eine Liberalisierung der Wirtschaft sind seine weiteren Ziele. Vielleicht ist es bezeichnend, daß in seiner weitläufigen Bibliothek neben selbstgefertigten Fotostudien hübscher Frauen auch ein Plakat mit Marx und Lenin und ein gerahmtes Porträtfoto von SED-Chef Erich Honecker zu sehen sind.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Über die Lage in der Berliner CDU spekuliert die Zeitung:

Der geräuschlose Durchmarsch Diepgens zum Sessel Weizsäckers findet nicht statt. Die Basis der CDU gibt kräftige Lebenstöne von sich. Sie transportiert die Sympathiewelle, die sich in Berlin für Frau Laurien aufgetan hat. Diepgen hat sich darauf eingelassen, die Sitzung des Landesausschusses um eine Woche zu vertagen. Vielleicht war das ein taktischer Fehler, weil die Zeit weniger für ihn als für Frau Laurien arbeitet. Doch wer immer das Rennen machen wird: Die Berliner CDU wird es nicht ohne Blessuren überstehen. Setzt sich Diepgen durch, wird sich die Basis düpiert sehen. Siegt Frau Laurien, werden sich Diepgen und seine Riege um die Früchte langer Kärrnerarbeit geprellt fühlen.

Frankfurter Allgemeine

Zum Bundeshaushalt heißt es hier:

In früheren Jahren gerieten Haushaltsdebatten zu Zerreißproben der damaligen Koalition und wurden von der Opposition entsprechend genutzt. Diesmal war es anders. Die Bilanz des ersten Jahres der Regierung Kohl fiel für diese und besonders für ihren Finanzminister Stoltenberg so günstig aus, daß die Opposition den Streit auf einen Nebenschauplatz verlagerte: den Fall Lambsdorff. In der Wirtschaft zeichnet sich Besserung ab: Die Arbeitslosigkeit wächst nicht mehr, Stoltenberg kam ohne Nachtragshaushalt aus. Stoltenbergs Sachlichkeit und haushälterische Vorsicht scheinen selbst bei der Opposition Eindruck hinterlassen zu haben, der Finanzminister prägt den Stil der Debatten. Hier wurde eine Autorität spürbar, die auf Dauer hinweist.

VOLKSKRANT

Das holländische Blatt überlegt, ob Moskau mit der Wiederaufnahme der START-Verhandlungen bis nach den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen warten will:

Moskau würde um jeden Preis verhindern wollen, daß Reagan sich im Wahlkampf auf unermüdliche Anstrengungen auf dem Abrüstungsgebiet berufen kann ... Aber das würde auch bedeuten, daß Moskau ein gefährliches Spiel spielt. Denn es ist noch sehr die Frage, ob der Abbruch der START-Verhandlungen die gewünschte Wirkung auf die amerikanischen Wahlen hat. Eine solche indirekte Einmischung in einen Wahlkampf kann ebenso gut die gegenteilige Wirkung haben, wie Außenminister Gromyko bei den letzten deutschen Bundestagswahlen erfahren mußte.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Das Blatt beklagt die „ratlose Europäische Gemeinschaft":

In entscheidenden Phasen der Weltpolitik gibt es *die „eine Stimme* Europas" nicht. Die jüngste Illustration dazu liefert die Frage der Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen. Sie läßt auf eigenartige Weise die Schwäche Europas und seine Abhängigkeit erkennen. Seine Sicherheit und seine Freiheit bleiben an die Schutzmachtfunktion des atlantischen Partners gebunden. Unter diesem mehr oder weniger willkommenem Schirm leistet sich die Europäische Gemeinschaft eine tiefgreifende Krise. Wie diese schöpferisch zu überwinden sei, ist in Athen nicht erkennbar geworden.

Wenn eine Partei mit sich selber Koalitionsgespräche führt

Die Haarrisse in der Hamburger SPD werden breiter / Von Uwe Bahnsen

Eine absolute Mehrheit als Garantie für bequemes Regieren – diese Illusion hatte Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi nie. Zustände aber, wie sie jetzt in der sozialdemokratischen Regierungspartei der Hansestadt zu besichtigen sind, hat der rote Edelmann nun auch wieder nicht für möglich gehalten, als er am 19. Dezember 1982 gegen seinen Herausforderer Kiep einen triumphalen Wahlsieg errang.

Ein Jahr danach ist das alles wie weggeblasen, ist die CDU selbstbewußt und die SPD zerstritten wie in den schlimmsten Tagen der Krise um den Dohnanyi-Vorgänger Hans-Ulrich Klose. Nichts illustriert diesen Befund besser als eine eigenartige Presseerklärung, die der SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau soeben in Umlauf bringen ließ. Er teilte ungefragt und „nicht ohne Ärger" mit, seine Parlamentsiege sei „keine Koalition, sondern eine Fraktion. Deshalb schließen wir keine Verträge, sondern fassen Beschlüsse".

Was Voscherau zu erwähnen vergaß: Das ominöse Wort von den Koalitionsverhandlungen ist längst von Spitzengenossen des linken Flügels geprägt worden, in der Haushaltsklausur der Partei Ende November in Timmendorf. Dort hatten die Wortführer der Linken um den einstigen Pastor und jetzigen Gesamtschullehrer Bodo Schümann dem Mitte-Rechts-Flügel kaltschnäuzig mit dem Abbruch der Tagung und der Ablehnung des gesamten Haushalts im Parlament gedroht, wenn während der Klausur über Eingriffe in den Personalhaushalt Beschlüsse gefaßt würden. Zugleich boten sie „Koalitionsgespräche" über dieses und andere „hochstrittige" Themen des Haushalts an.

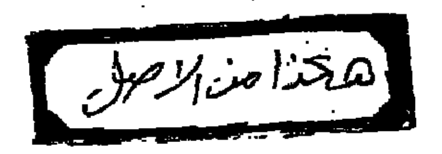
Am Mittwochnachmittag um 14 Uhr beginnen in der Bürgerschaft die Etatberatungen für 1984. Buchstäblich bis zur letzten Stunde vor diesem Termin müssen die Sozialdemokraten um eine Einigung zwischen ihren zum Teil schon verfeindeten Flügeln über das Zahlenwerk ringen. Diese Verhandlungen verlaufen so, wie man es von Koalitionsgesprächen mit politischem Einigungszwang und Termindruck gewohnt ist: In jener Mischung aus Hektik, gegenseitigem Argwohn, Positionierungs- und Profilierungsbedürfnis.

Die Verhandlungen sind gallig, weil die Fakten bitter sind: Gestrichen werden müssen 250 Millionen Mark. Voscherau und seinen Freunden vom Mitte-Rechts-Flügel kann man nicht vorwerfen, daß sie zu verschleiern suchten, wie katastrophal die Haushaltslage ist: Hamburg könne „nicht umhin, konsequent auch an die Personalkosten heranzugehen, wenn der Zusammenbruch der Finanzierbarkeit des Hamburger Haushalts mittelfristig noch vermieden werden soll". Daß die „Partei der Arbeitnehmer und sozial Schwachen" jetzt vor der Entscheidung steht, ob die Stadt noch 6,2 Millionen Mark für eine Weihnachtsbeihilfe an die Sozialhilfeempfänger zahlen kann, rundet das Bild nur ab.

Im Personalhaushalt will der Mitte-Rechts-Flügel rund fünfzig Millionen Mark streichen. Die Linken streiten dawider mit verwegenen Thesen wie: Es sei nur wenig teurer, einen Staatsbediensteten zu unterhalten, der ja auch wieder Steuern zahle, als einen Arbeitslosen durchzubringen. Voscherau und die „alten Fuhrleute" dieses Flügels in der Haushaltspolitik raufen sich die Haare.

Vor diesem Hintergrund bastelt Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit zusammengebissenen Zähnen an seinem „Modell Hamburg": An dem Nachweis, daß auch in einer CDU-regierten Bundesrepublik eine auf die sozialdemokratischen Grundwerte abzielende Politik möglich sei. In einer Grundsatzrede vor dem feinen Überseeclub der Hansestadt suchte der Regierungschef nun die Zweifel an seiner Führungsfähigkeit zu zerstreuen. Gleichzeitig aber läßt Kapitän von Dohnanyi in aller Stille schon die Rettungsboote klarmachen: In der Finanzbehörde wird die „vorläufige Haushaltsführung" vorbereitet – für den Fall, daß der Dampfer Hamburg auf ein Riff läuft und im nächsten Jahr keinen verabschiedeten Haushalt hat.

So wird Hamburg in der Tat zum Modell. Denn was sich bundesweit an Verhärtungen und Verbitterungen zwischen den Flügeln einer auf ihre Solidität und Solidarität besonders stolzen Partei abspielt, aber in manchen Bereichen noch abstrakt wirken mag – etwa, wenn Sozialdemokraten im Bundestag gegen das Raketen-Nein der eigenen Fraktion stimmen –, das wird in Hamburg konkret: Ist die SPD noch eines geschlossenen Willens fähig, ist sie noch regierungsfähig? Spaltet sie sich in Vernünftige und andere? Es wird interessant sein, das Modell Hamburg zu studieren – es wird aber auch kostspielig sein.



Oslo feiert den Nobelpreisträger aus Polen ● In zwei verlesenen Reden kündigt Lech Walesa die Fortsetzung seines Kampfes an

Die Welt hörte Walesa und verstand seine Botschaft

In Oslo wurde der Friedensnobelpreis 1983 übergeben. In Abwesenheit des Preisträgers Lech Walesa würdigte der Präsident des Nobelkomitees, Egil Aarvik, den Führer der polnischen Arbeiterbewegung „Solidarität".

Von R. GATERMANN

Wieder einmal stand in der Aula der Osloer Universität bei der Verleihung des Friedens-Nobelpreises der Stuhl des Empfängers leer. Dies ist gar nicht so selten, die Gründe dafür sind allerdings verschieden. Der Nordvietnamese Le Duc Tho und Ägyptens früherer Präsident Sadat waren nicht ganz einverstanden, daß sie den Preis mit Kissinger bzw. Begin teilen sollten; Sacharow dagegen war 1975 von den Moskauer Machthabern nicht die Ausreise genehmigt worden. Der Friedens-Nobelpreisträger 1983, der Führer der polnischen Arbeiterbewegung „Solidarität", Lech Walesa, erschien ebenfalls nicht in Oslo, sein offizieller Grund war: „An diesem feierlichen Tag ist mein Platz bei denen, zu denen ich gehöre – die Arbeiter in Gdansk." Dies scheint aber nur ein Teil der Wahrheit zu sein, seine Freunde glauben zu wissen, daß Walesa fürchtete, nach der Preisverleihung in der norwegischen Hauptstadt nicht in seine Heimat zurückkehren zu können. So schickte er seine Frau Danuta und seinen ältesten Sohn Bogdan (13) nach Oslo. Ihnen beiden wurde sowohl vom offiziellen Norwegen, aber vielleicht noch mehr von der Bevölkerung ein Empfang bereitet und eine Wärme entgegengebracht, wie man sie selten erlebt hat.

Für Danuta Walesa war es die zweite Auslandsreise in ihrem Leben. Bogdan, mit einem Madonnenbild auf dem Jackenumschlag, überschritt zum ersten Mal die Landesgrenzen. Beide vollbrachten in mehrfacher Hinsicht eine bewundernswerte Leistung. Sie ließen sich von dem Massenaufgebot der Presse nicht aus der Ruhe bringen. Danuta bewahrte freundliche Distanz und wehrte geschickt zwei Arten von Fragen ab: politische und solche, die an ihren Sohn gerichtet waren und Stellungnahmen erwarteten. Nicht einmal über die Preise in Polen wollte die zierliche, attraktive Danuta Walesa sprechen, „das ist schon politisch", und zu ihrem politischen Beitrag zur Arbeit ihres Mannes meinte sie: „Ich diskutiere nie Strategie mit Lech, er bestimmt alleine, und ich heiße sie gut." Als Bogdan gefragt wurde, wie er sich fühle, antwortete die Mutter blitzschnell: „Diese Frage können Sie ihm in zehn Jahren stellen."

In Oslo wurden Danuta und Bogdan Walesa in der Staatskarosse Marke Cadillac ins Grandhotel gebracht; die norwegische Hauptstadt zeigte sich für diese Jahreszeit von ihrer besten Seite: strahlend blauer Himmel und minus sechs Grad. Zur Pressekonferenz erschien der Großteil der angemeldeten dreihundert Journalisten. Trotzdem vermißte die Frau des Friedens-Nobelpreisträgers einen: den Vertreter der offiziellen polnischen Nachrichtenagentur PAP. Er sollte auch später nicht auftauchen und mit ihm die übrigen Repräsentanten der osteuropäischen Medien. Dafür waren emigrierte „Solidaritäts"-Mitglieder aus ganz Westeuropa angereist.

Die Nobelpreisverleihung in Oslo ist bei weitem nicht so pompös wie die in Stockholm. Es war der vor 150 Jahren geborene Alfred Nobel selbst, der in seinem Testament bestimmte, daß der Friedenspreis in Oslo und die übrigen Auszeichnungen in Stockholm überreicht werden. Damals bildeten Schweden und Norwegen noch eine Union. In der norwegischen Hauptstadt geht es familiärer zu. Dort sieht man keine Fräcke und große Abendkleider.

Die Aula war bis auf den letzten Platz gefüllt, zuletzt kamen König Olav V. (den Danuta und Bogdan Walesa schon vormittags in einer Privataudienz auf dem Schloß getroffen hatten), Kronprinz Harald und Kronpinzessin Sonja. Danuta Walesa trug ein schwarzes Kostüm und eine weiße Bluse. Zeitweilig lagen zwei gelbe Rosen auf ihrem Schoß. In der Hand hielt sie eine Übersetzung der vom Präsidenten des Nobelkomitees, Egil Aarvik, gehaltenen Laudatio. Dieser verteidigte mit Nachdruck die Richtigkeit des Beschlusses, Lech Walesa mit dem Preis auszuzeichnen. Er reihe sich wohl ein in die Liste früherer Preisträger, die für ihren Kampf um die Menschenrechte belohnt wurden, wie Albert Luthuli aus Südafrika, Martin Luther King aus den USA, Andrej Sacharow aus der Sowjetunion und Adolfo Perez Esquivel aus Argentinien. „Der Friedens-Nobelpreis kann nicht mehr sein – allerdings auch nicht weniger – als eine ausgestreckte Hand für die Personen und Gruppen, die unter unterschiedlichen Bedingungen als Repräsentanten der Freiheits- und Friedenssehnsucht, die bei allen Völkern der Erde besteht, hervortreten, gleichgültig, wo in der Welt sie ansässig sind." Egil Aarvik fuhr fort: „Der diesjährige Preisträger hat eine Fackel erhoben, einen strahlenden Namen. Dieser Name ist ‚Solidarität'. Die Fackel hat er waffenlos erhoben. Das Wort, der Geist und die Gedanken über Freiheit und Menschenrecht – das waren seine Streitmittel."

Das Nobelkomitee sieht Lech Walesa und seinen Einsatz nicht isoliert auf Polen bezogen, er kämpfe für die allgemeine Organisationsfreiheit in allen Ländern. „Und gerade in diesem Zusammenhang erhält das Wort Solidarität seinen tiefsten Sinn und seine weitreichende Bedeutung. Lech Walesas Einsatz ist mehr als eine rein polnische Angelegenheit. Die ‚Solidarität', deren Sprecher er ist, drückt Gedanken aus, die in der Menschheit wohnen. Deswegen gehört er uns allen. Die Weltgemeinschaft hörte seine Stimme und verstand seine Botschaft. Nobels Friedenspreis ist nur eine Bestätigung dessen." Egil Aarvik betonte die Ideale der „Solidarität": keine Gewaltanwendung, das Streben nach dem Dialog mit der Gegenseite, die Bereitschaft zum Kompromiß. Daß man damit auf dem rechten Weg war, beweist das starke Anwachsen der Bewegung und ihre Unterstützung aus allen Bevölkerungskreisen. „Daß Lech Walesa und die Bewegung, die er führt, einen Pakt mit den höchsten Idealen haben, ist bewiesen, nicht zuletzt durch die enge Bindung, die in der ganzen Zeit zwischen der ‚Solidarität' und der polnischen Kirche bestanden hat. Diese Zusammengehörigkeit basiert nicht auf gemeinsamen politischen Interessen, sondern auf der gemeinsamen ideologischen Bewertung der Begriffe Menschenwürde und Menschenrecht." Der Präsident des Nobelkomitees würdigte hier die starke Rolle der Kirche und die Hoffnung, die die Polen in sie setzen.

Obwohl das Nobelkomitee Lech Walesa heute nicht als Triumphator präsentieren könne, wäre es falsch, zu behaupten, er sei sieglos und dem Schweigen verfallen. Denn „für den Bauern und den Arbeiter hat er gesiegt. Beim Volk und dessen Kirche hat er gesiegt, und in der internationalen Gemeinschaft ist er heute einer der großen Sprecher für die Sehnsucht nach Freiheit, die nie zum Schweigen gebracht werden kann." Egil Aarvik weiter: „Der Stuhl des Friedenspreisträgers steht leider leer. Wir werden nicht seine Stimme hören können, desto mehr sollten wir versuchen, auf die stille Rede zu hören, die von seinem Platz kommt."

Als Danuta und Bogdan Walesa Urkunde und Nobel-Medaille entgegennahmen, wollte der Beifall nicht enden. Und nach der von ihr im Namen ihres Mannes verlesenen Rede mußte sie erneut aufs Podium kommen, um die Huldigung des Auditoriums entgegenzunehmen. Darin befand sich kein osteuropäischer Diplomat, der polnische Botschafter hatte es bereits vor vierzehn Tagen vorgezogen, Oslo zu verlassen.

Die Preissumme von umgerechnet 450 000 DM wird vorläufig noch in Oslo bleiben. Lech Walesa will sie einem kirchlichen Fonds zur Förderung der privaten Landwirtschaft in Polen zur Verfügung stellen. Auf die Frage; was der Friedensnobelpreis für sie bedeute, antwortete Danuta Walesa: „Im Grunde nichts, eigentlich nur noch mehr Druck und noch weniger Zeit für die Familie." Aber wenig später fügte sie auch hinzu: „Für uns Polen war es ein phantastischer Augenblick, als wir den Beschluß des Nobelkomitees hörten. Ich hoffe, daß der Preis in der Welt seine Bedeutung nicht verfehlt."

Für ihren Mann Lech Walesa nahm seine Frau Danuta in der Aula der Universität von Oslo den Friedensnobelpreis entgegen. FOTO: AP

„Der Preis gehört nicht mir, sondern der Solidarität"

Lech Walesa hat gestern in seinem von dem im Exil lebenden Journalisten Bogdan Cywinski in Oslo verlesenen Nobel-Vortrag die Freilassung gefangener Solidaritäts-Aktivisten und weltweite Abrüstung gefordert. Der Wortlaut der Rede (in Auszügen):

Am leichtesten wäre es für mich, zu sagen, daß ich dieser hohen Auszeichnung nicht würdig bin. Gleichzeitig möchte ich jedoch an den Tag erinnern, als sich die Nachricht von dem Preis in meinem Land verbreitete – der bewegende Augenblick, da so viele Menschen sich aufrichtig freuten über einen Preis, an dem sie sich moralisch und gedanklich beteiligt fühlten ... Ich nehme den Preis in vollem Respekt seiner Grundlage und in der Erkenntnis dessen entgegen, daß er nicht mir persönlich, sondern der ‚Solidarität' verliehen wurde, an Menschen und Dinge, für die wir gekämpft haben und für die wir im Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit weiter kämpfen ...

Wenn ich für die Auszeichnung danke, will ich im besonderen meine Dankbarkeit dafür ausdrücken, daß der Preis einer Stärkung der polnischen Hoffnung dient. Es ist die Hoffnung eines Volkes, das während des gesamten 20. Jahrhunderts den Verlust seiner Unabhängigkeit nicht hinnehmen wollte, sondern sich dafür geschlagen hat in einem Kampf, der auch der Freiheit anderer Nationen galt. Diese Hoffnung mit ihrem Aufglühen und ihren Niederlagen im Laufe der letzten 40 Jahre – Jahre, die auch mein Leben betreffen – ist markiert durch die dramatischen Jahreszahlen 1944, 1956, 1970, 1976, 1980 ...

Das ganze Land stellte sich hinter Danzig und Stettin

Im Juli und August 1980 ging eine Streikwelle über Polen. Bei diesem Streik ging es um bedeutend mehr als nur um materielle Bedingungen. Das gesamte Land stellte sich hinter Danzig und Stettin und Jastrzebie; Die ‚Solidarität' wurde gegründet. ... Die Nachbetrachtung dieser Jahre macht aus dem Abkommen von Danzig ein großartiges Dokument der Arbeiterbewegung, und nichts kann dies ausradieren. Damals erkannten beide Seiten, daß es notwendig war, zu einer Verständigung zu kommen, damit kein Blut mehr fließen müsse. Dieses Abkommen bleibt ein Mustervorgang, der einzige, der uns eine Chance gibt zwischen Gewalt und dem verzweifelten Kampf ohne Ausweg. Was bis dahin als unmöglich galt, wurde Wirklichkeit: Wir gewannen unser Recht, uns in Gewerkschaften zu organisieren, unabhängig von den Behörden, geschaffen und geformt von den Arbeitern. Unser Verband – ‚Solidarität' – wurde zu einer breiten Bewegung für moralische und soziale Befreiung. Das war und ist ständig die große Chance des Landes ... Als Gewerkschaft griff ‚Solidarität' niemals nach der Macht und wandte sich niemals gegen die verfassungsmäßige Ordnung. In der 15 Monate langen legalen Existenz waren wir niemals schuld daran, daß Menschen getötet oder verletzt wurden ...

Wir mußten einen unabhängigen Kampf zur Wahrung unserer Rechte und der Möglichkeiten unseres Wirkens führen und erlegten uns selbst Grenzen auf, die wir nicht überschreiten wollten ... An dieser Stätte und zum Anlaß des Nobel-Friedenspreises muß eins gesagt werden: Das polnische Volk hat sich nicht auf den Weg der Gewalt und des Brudermordes begeben. Wir akzeptieren keine Gewalt. Wir werden nicht den Entzug unserer Gewerkschaftsfreiheiten hinnehmen. Wir werden es nicht zulassen, daß Leute für ihre Überzeugung ins Gefängnis kommen. Die Gefängnistore müssen sich öffnen. Die, die wegen der Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften und Menschenrechte verurteilt wurden, müssen freigelassen werden. Die vorbereiteten Prozesse gegen elf führende Aktivisten unserer Bewegung dürfen nicht stattfinden ...

„Wir wünschen, daß Recht Recht ist"

Die historische Erfahrung Polens, die durch den Nobelpreis so klar zur Schau gestellt wird, ist eine schwere und dramatische Erfahrung. Ich glaube trotzdem, daß diese Erfahrung in die Zukunft weist. Das, was im Bewußtsein der Menschen geschehen ist und was ihre Haltung geformt hat, läßt sich weder ausradieren noch niederbrechen ... Wir wünschen, in dem Bewußtsein zu leben, daß Recht Recht ist und Gerechtigkeit Gerechtigkeit, daß unsere harte Arbeit einen Sinn hat und nicht verschwendet wird, daß unsere Kultur sich in Freiheit entwickeln kann. Als Nation haben wir das Recht, über uns selbst zu bestimmen, unser eigenes Leben zu formen. Das bedroht niemanden ...

Der, der einmal die Stärke von Solidarität kennengelernt und die Luft der Freiheit geatmet hat, wird sich niemals brechen lassen. Ein Dialog ist möglich, und wir haben ein Recht dazu. Die Mauer der stattgefundenen Ereignisse kann kein unüberwindliches Hindernis sein. Es ist meine innigste Hoffnung, daß das Land seine historische Chance zu einer friedlichen Entwicklung zurückgewinnt und daß gerade Polen der Welt zeigen wird, daß es der Dialog und nicht die Machtanwendung ist, die den Weg aus schwierigen Situationen weist. Die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte in Polen und der Respekt unserer nationalen Identität ist in Europas Interesse.

Der Dialog in Polen ist der einzige Weg zum inneren Frieden, und deshalb ist dies ein unschätzbares Element der Friedensarbeit in Europa. Mein Land ist in einer die Wirtschaft fundamental bedrohenden Situation. Dies hat dramatische Konsequenzen für die Bedingungen polnischer Familien. Eine bleibende wirtschaftliche Krise in Polen kann auch Folgen für Europa haben. Es ist notwendig, Polen zu helfen, und es ist es wert. Es ist mein Wunsch, daß die Erde frei von der Bedrohung eines Endes in einem Atomkrieg und von ungebremster Aufrüstung ist ... Unser Weg und unsere schweren Erfahrungen haben der Welt den Wert von Solidarität zwischen den Menschen gezeigt." (dpa)



„Mein Platz ist bei den Arbeitern"

Die Dankadresse des Nobelpreisträgers, die am Samstag seine Frau Danuta verlas, hat folgenden Wortlaut:

Sie kennen die Gründe, warum ich nicht in Ihre Hauptstadt kommen konnte, um persönlich den ehrenvollen Preis in Empfang zu nehmen. An diesem feierlichen Tag ist mein Platz inmitten derer, zu denen ich gehöre: der Arbeiter von Danzig. Lassen Sie mich Ihnen meine Worte der Freude und der niemals verlöschenden Hoffnung von Millionen von Brüdern überbringen, der Millionen Fabrik- und Büroarbeiter, zusammengeschlossen in der Union, die eine der nobelsten Hoffnungen der Menschen verbindet. Heute fühlen sich alle, wie ich, durch den Preis geehrt.

In tiefer Trauer denke ich an jene, die mit dem Leben für ihre Loyalität zur ‚Solidarität' bezahlt haben. Ich denke an jene hinter den Gefängnismauern und an die Opfer der Repression. Ich denke an all jene, mit denen ich den gemeinsamen Weg gegangen bin. Zum erstenmal ist ein Pole mit dem Preis ausgezeichnet worden, den Alfred Nobel für Aktivitäten gestiftet hat, die Nationen der Welt enger zusammenzubringen. Die meisten Hoffnungen meiner Landsleute sind mit dieser Idee verknüpft, in Ablehnung der Gewalt, Grausamkeit und Brutalität, die die trennenden Konflikte unserer Tage in der Welt kennzeichnen. Wir wollen Frieden, und deshalb haben wir nie physische Gewalt angewandt. Wir wollen Gerechtigkeit, und deshalb führen wir unseren Kampf für unsere Rechte weiter. Wir wollen die Freiheit unserer Überzeugungen, und diese Gewissensentscheidung haben wir niemals aufgegeben, noch werden wir sie aufgeben. Wir kämpfen für das Recht der arbeitenden Menschen, sich zu vereinigen, und wir respektieren die Ehre eines jeden Menschen und jeder Nation.

Der Weg zu einer glänzenderen Zukunft der Welt führt über ehrenhafte Versöhnung in den konfliktträchtigen Auseinandersetzungen, und nicht durch Haß und Blutvergießen. Diesen Weg zu verfolgen erhöht die moralische Macht und die ideale menschliche Solidarität. Ich bin glücklich und stolz, daß in den vergangenen Jahren diese Idee so eng mit dem Namen meines Heimatlandes verbunden war. 1905, als Polen auf der europäischen Landkarte nicht existent war, sagte der Literatur-Nobelpreisträger Henryk Sienkiewicz: Sie (im Zusammenhang mit der polnischen Nation) wurde totgesagt, doch hier ist der Beweis, daß sie weiterlebt. Sie wurde als nicht in der Lage bezeichnet, zu denken und zu arbeiten. Und hier ist der Beweis, daß sie siegreich ist. Heute behauptet niemand, daß Polen tot ist. Aber diese Worte haben eine neue Bedeutung gewonnen. Darf ich Ihnen meine tiefempfundene Verehrung für die Bestätigung der Lebenskraft und Bedeutung unserer Idee durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Vorsitzenden der ‚Solidarität' ausdrücken." (dpa)



In der Wohnung seines Beichtvaters Henryk Jankowski verfolgte Lech Walesa über den Sender „Stimme Amerikas" die Preisverleihung. FOTO: AP

Für Vereinfachung des Strafrechts in Bagatellfällen

DW. München

Die statistisch erfaßte Kriminalität hat sich in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren verdoppelt, was eine stetige Zunahme der Strafverfahren zur Folge hatte. In diesem Zusammenhang hat der Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, Wilhelm Vorndran, als Vorsitzender des Arbeitskreises Juristen der CSU den Gesetzgeber aufgefordert, durch Änderungen im Verfahrensrecht in Straf- und Bußgeldsachen die Verfahren zu vereinfachen und zu straffen, damit die Strafrechtspflege nicht an der Vielzahl der Verfahren erstickt.

Als vordringlich nannte Vorndran die Verringerung der Zahl der gerichtlichen Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten. Bei gebührenpflichtigen Verwarnungen sollte der Höchstbetrag bis unmittelbar unter 80 Mark angehoben werden. Bei Bagatellfällen sollten Rechtsmittel gegen Urteile grundsätzlich ausgeschlossen werden und schriftliche Begründungen bei rechtskräftigen Urteilen entfallen.

Sunday Times: SS betrog „Stern"

AP, London

Die britische „Sunday Times" hat gestern die Affäre um die gefälschten Hitler-Tagebücher um eine neue Variante bereichert: Das Blatt bezeichnete es als zutreffend, daß Dokumente aus dem Geheimarchiv Hitlers gegen Ende des Zweiten Weltkrieges einen Flugzeugabsturz nahe Dresden überdauert hätten. Die Dokumente seien zum Hauptquartier des Generalfeldmarschalls Schörner gebracht worden und nach Bayern gelangt, wo sich ihre Spur „wegen einer Verschwörung der Lügen und des Schweigens unter heute noch lebenden Mitgliedern der Luftwaffe" verliere, schreibt das Blatt.

Der ehemalige „Stern"-Reporter Heidemann habe nicht gewußt, daß es sich bei den Tagebüchern um Fälschungen handelte, schreibt die „Sunday Times". Vielmehr sei er vorsätzlich in ein Netz verstrickt worden, das von ehemaligen SS-Leuten aus unterschiedlichen Motiven geknüpft worden sei.

Gewalt bei Aktionen gegen NATO-Nachrüstung

Zentren der Demonstrationen in Frankfurt und Mutlangen

AP/DW. Frankfurt/Bonn

Mit Blockaden und Kundgebungen haben am Wochenende Rüstungsgegner ihren Widerstand gegen die Stationierung von amerikanischen Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Großbritannien zum Ausdruck gebracht.

In Frankfurt kam es am Samstag zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Gruppen von schwarz gekleideten bzw. vermummten Demonstranten. Bei der auf mehrere Tage angelegten Blockade um das Militärgelände des amerikanischen Raketenstützpunktes Mutlangen durchbrachen Hunderte von Demonstranten mit Gewalt die ersten Absperrungen und drangen in den Sicherheitsbereich ein. Mehr als 200 Demonstranten wurden bei dieser Aktion zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen. Ohne Zwischenfälle verlief in Karlsruhe eine Demonstration von 400 Rüstungsgegnern.

Am nahezu vollständig – auch auf Wunsch der Einwohner von Mutlangen, wie es in einem Polizeibericht heißt – abgeschirmten Stützpunkt Mutlangen und im nahegelegenen Schwäbisch Gmünd demonstrierten am Samstag rund 5000 Menschen. An den Demonstrationen beteiligten sich unter anderem auch der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, die Schauspieler Dietmar Schönherr und Barbara Rütting, die Publizisten Walter Jens, Günther Wallraff, der Zukunftsforscher Robert Jungk und der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. In Stuttgart blockierten etwa 200 Demonstranten das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa.

Bei der Demonstration in Frankfurt schossen vermummte Demonstranten mit Leuchtkörpern auf die Beamten, die das Gelände des amerikanischen Waffendepots im Stadtteil Hausen abgeriegelt hatten. In der Umgebung des US-Depots wurden Müllcontainer auf die Straße geworfen und angezündet und die auf den Straßen geparkten Pkw demoliert. An einem an der Demonstrationsstrecke gelegenen Hotel entstand nach Polizeiangaben ein Sachschaden von rund 15 000 Mark.

Polnische Autoren: Keine wirkliche Friedensbewegung

Kritik am Westen / Neue Monatsschrift „Archipelag"

AP, Berlin

Kritik an der westdeutschen Friedensbewegung haben am Wochenende in Berlin polnische Exilschriftsteller geübt. Auf einem von der Neuen Gesellschaft für Literatur (NGL) und dem Verband deutscher Schriftsteller (VS) veranstalteten Symposium zum Thema „Die Chancen der polnischen Kultur" vertraten die im Westen lebenden polnischen Autoren die Ansicht, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine „dezidierte Friedensbewegung, sondern nur eine Antiraketenbewegung" gebe. Da die Existenzgrundlage der Friedensbewegung „einzig die Verhinderung des atomaren Overkills ist, ist es ihr nicht möglich, deutlich für den Frieden einzutreten".

Nach Angaben der NGL-Vorsitzenden Anna Jonas ist es das erste Mal, daß ein intensiver Meinungsaustausch zwischen polnischen und deutschen Schriftstellern in der Bundesrepublik durchgeführt wird. Es habe sich gezeigt, daß man die Notwendigkeit solcher Zusammentreffen bisher unterschätzt habe. Daher wolle man diese Art der „Ost-West-Kulturachse" im nächsten Jahr fortsetzen.

Einige polnische Schriftsteller nutzten die Veranstaltung, um eine neue polnische Monatsschrift in Berlin vorzustellen. Die Zeitschrift „Archipelag" hat sich zum Ziel gesetzt, Tribüne für im Exil, aber auch für in Polen lebende junge Schriftsteller zu werden. Bisher sind drei Ausgaben der Publikation erschienen.

Auf dem Symposium wurde auch der in Berlin lebende polnische Schriftsteller Witold Wirpsza anläßlich seines 65. Geburtstages geehrt. Wirpsza trat besonders durch seine Übersetzungen deutscher Autoren hervor.

Mauroy und Bush berieten über die Lage in Nicaragua

AFP, Buenos Aires

Der französische Premierminister Pierre Mauroy und US-Vizepräsident George Bush haben bei einem Treffen in Buenos Aires die Lage in Nicaragua und in Libanon erörtert. Bei dem Treffen am Rande der Feiern zur Amtseinführung des argentinischen Präsidenten Alfonsin habe Mauroy nach französischen Angaben gegenüber Bush die Meinung vertreten, daß die sandinistische Führung Nicaraguas in der Innenpolitik und nach der US-Intervention auf Grenada einige Signale gegeben habe, die auf den Willen zu konzilianterem Verhalten gegenüber den USA hindeuteten. Die gegenwärtige Phase, so Mauroy, solle dazu genutzt werden, die beunruhigende Lage zu entschärfen.

Bush habe jedoch die Ansicht geäußert, diese „Signale" der Sandinisten seien weder bedeutend noch konkret genug, um die US-Politik gegenüber Nicaragua zu ändern. US-Behörden beschlagnahmten am Wochenende drei Patrouillenboote, die aus Miami (Florida) nach Nicaragua gebracht werden sollten.

Sowjets nahmen Demonstranten fest

AP, Moskau

Auf dem Moskauer Puschkin-Platz haben am Samstagabend sowjetische Sicherheitsbeamte eine Kundgebung zum Internationalen Tag der Menschenrechte aufgelöst und mindestens 16 Demonstranten festgenommen. Zu den Festgenommenen gehört auch Boris Begun, Sohn des im Oktober wegen Herstellung und Vertriebs antisowjetischer Literatur zu sieben Jahren Haft verurteilten jüdischen Regimekritikers Josef Begun.

Sicherheitsbeamte in Uniform und Zivil hatten die Demonstranten vor den Augen westlicher Journalisten abgedrängt und in Polizeibussen abtransportiert. Die meisten Demonstranten leisteten bei der Festnahme keinen Widerstand. Seit 1966 findet jedes Jahr zum Tag der Menschenrechte eine Kundgebung von Regimekritikern auf dem Puschkin-Platz statt. Nach Schätzungen westlicher Korrespondenten war die Beteiligung an der Protestaktion in diesem Jahr geringer als in den Vorjahren.

Frau Laurien fordert Diepgen zu einem TV-Duell heraus

Heute spricht der Kanzler mit den beiden Kandidaten für das Amt des „Regierenden"

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einem Treffen der beiden Weizsäcker-Nachfolgebewerber Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen beim CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl in Bonn beginnt heute die Woche, in der die CDU über den neuen Regierenden Bürgermeister entscheidet. Am kommenden Mittwoch fordert Frau Laurien ihren Mitbewerber zu einem zugesagten Fernseh-Duell im Sender Freies Berlin heraus. Frau Laurien telefonierte unterdessen auch ausführlich mit Kohl wegen der Lage in Berlin. Die Neuwahl des „Regierenden" ist jetzt für den 5. Februar 1984 fest vereinbart. An diesem Tage tritt von Weizsäcker zurück.

Streit um Satzung

Auf einer dreistündigen Sondersitzung des CDU-Landesvorstandes am Wochenende in Berlin beherrschte in einer ruhigen, aber angespannten Atmosphäre das Problem die Debatte, ob der für den 16. Dezember einberufene CDU-Landesausschuß angesichts der weit über Berlin hinausreichenden Bedeutung der Entscheidung tatsächlich das politisch angemessene Wahlgremium sei. Von Weizsäcker, der sich Diepgen seit langem als Nachfolger wünscht, widersprach entsprechenden Fragestellungen von Finanzsenator Gerhard Kunz. Allerdings wies von Weizsäcker darauf hin, daß dieses Gremium tatsächlich bisher lediglich in seinem Falle – praktisch nur pro forma – einen Kandidaten für Berlins höchstes Amt benannt habe. In der CDU-Satzung heißt es über den Landesausschuß nämlich lediglich: „Er schlägt der Fraktion die Kandidaten der Partei für die Wahl zu Mitgliedern des Senats vor." Vom Amt des Regierenden Bürgermeisters ist dort nirgends die Rede. Vor Wahlkämpfen – in Berlin wird am 21. April 1985 zu den Wahlurnen gerufen – entscheidet in der Regel ein CDU-Landesparteitag über den Spitzenkandidaten.

Der Satzungsstreit spielt sich auf dem Hintergrund zunehmend verhärteter Fronten in der Berliner CDU ab. Während sich bisher fünf CDU-Kreise durch Abstimmungen an der Basis für Frau Laurien aussprachen, erklärten sich bislang nur die Funktionäre von vier Kreisen ohne förmliche Basis-Rückfrage für Diepgen. Die mit Diepgen verbündete „Betonriege" in der CDU, die sämtliche personalpolitischen Fragen im kleinsten Kreise „klärt", will dessen Wahl am 16. Dezember durch ein Geflecht von Vorabsprachen, Versprechungen und Abreden der Funktionäre untereinander „durchziehen". Die beträchtliche Zustimmung für Frau Laurien, die keine Partei-Hausmacht besitzt, verunsichert jedoch die auf Diepgen eingeschworenen Funktionäre zunehmend.

Die bisherigen Befragungen der CDU-Basis auf Kreisparteitagen ergaben schließlich stets eindeutige Laurien-Mehrheiten im Verhältnis von 2:1 bis hin zu 5:1.

Unter den jeweiligen Landesvereinigungen werden auch die beiden Vertreter der Vertriebenen und Flüchtlinge für Frau Laurien eintreten. Nachdem sich kürzlich der rechtskonservative Flügel in der Jungen Union gegen die „Reformer" durchsetzte, will die Landesspitze für Diepgen votieren, obwohl mehrere JU-Kreise Frau Laurien favorisieren. Die Sozialausschüsse, die „Kommunalpolitische Vereinigung" (dort bestimmt der Bürgermeister von Diepgens Heimatkreis mit), sowie der CDU-Mittelstand, den Diepgen über einflußreiche Fraktionsämter eingebunden hat, schlagen ihn vor.

Außer an der CDU-Basis erhält Frau Laurien zunehmende Zustimmung unter den Berliner Wählern selbst: Bei einer zehnstündigen Telefonaktion der Berlin-Ausgabe von „Bild" sprachen sich rund 800 Anrufer mit 65 Prozent für Frau Laurien aus. Drei Bürger, die vor einer Woche in einer Zeitungsannonce um einen Coupon-Rücklauf zugunsten von Frau Laurien baten, erhielten innerhalb von Tagen über 3500 Briefe.

Einen Appell der Initiative „Unabhängige Bürger für Frau Laurien" unter Federführung bekannter Professoren der Freien Universität wie Arnulf Baring, Alexander Schwan und Hagen Schulze und anderer Prominenter aus der Wissenschafts- und Kulturszene der Stadt unterschrieben inzwischen über hundert Berliner. In einer weiteren Zeitungsanzeige dieser Gruppe hieß es am Wochenende: „Da Richard von Weizsäcker uns nun verläßt, sind die neuen, hoffnungsvollen Ansätze einer Konsolidierung Berlins, die sich in den beiden letzten Jahren abzeichneten, gefährdet. Doch in Hanna-Renate Laurien sehen wir eine Persönlichkeit, die Kraft und Mut hat, das Begonnene fortzusetzen."

Einschüchterungsversuche

Gegen Förderer dieser Initiative sind jetzt aus dem Bezirk Reinickendorf Druck- und Einschüchterungsversuche durch führende CDU-Funktionäre bekannt geworden. CDU-Mitglieder der Initiative wurden nach Angaben von Augen- und Ohrenzeugen von Gesprächen auf dem CDU-Landesparteitag vor einer Woche durch Bürgermeister Detlef Orwat Parteiordnungsverfahren wegen „parteischädigenden Verhaltens" angedroht. Auf Anfrage der WELT erklärte Orwat dazu, das Vorgehen der betreffenden Mitglieder sei zwar „keineswegs satzungswidrig", aber seiner Meinung nach „moralisch bedenklich", weil beim Sammeln von Unterschriften offenbar Parteikenntnisse einer nicht nur von CDU-Mitgliedern getragenen Aktion zugute kämen.

Organisierte Verbrechen unter dem Deckmantel legaler Geschäfte

Vizepräsident des BKA sprach vor Sicherheitsbeauftragten von Industrie und Wirtschaft

WERNER KAHL, München

Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität wird – bevor sich Polizei und Justiz überhaupt auf die wie Agentenringe agierenden Banden einstellen konnten – schwieriger werden. Darauf wies am Wochenende in München der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, vor Sicherheitsbeauftragten der Industrie und Wirtschaft hin. Nach dem jüngsten Beschluß des Bundesgerichtshofes, V-Leute der Polizei im Falle einer Aussagegenehmigung auf Antrag der Verteidigung vor Gericht zu enttarnen, stelle sich in Zukunft das Problem, wer mit diesem Risiko zur Mitarbeit, auch gegen die politisch motivierten Verbrechen, bereit sein werde. Welche Auswirkungen die V-Mann-Entscheidung für die Sicherheitsbehörden haben werde, so Gerhard Boeden vor dem Bayerischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW), bleibe abzuwarten.

Bei der organisierten Kriminalität handelt es sich nach den Angaben des BKA-Vizepräsidenten um eine neuere, noch wenig durchdrungene Erscheinungsform der Kriminalität in der Bundesrepublik. Er definierte sie als „ein arbeitsteiliges, auf Dauer angelegtes Zusammenwirken mehrerer Personen zur Begehung strafbarer Handlungen mit dem Streben nach möglichst raschen und hohen Gewinnen". Die bandenmäßig und professionell tätigen Gruppen arbeiten nach konspirativen Regeln:

- sorgfältige Abschottung nach innen wie nach außen;
- Kennenlernen der Mitglieder nur soweit dies für das Funktionieren der Organisation notwendig ist. Dadurch werden häufig Auftraggeber und Hintermänner nicht bekannt;
- bevor „heiße Ware" an den Mann gebracht wird, werden die „Geschäftspartner abgeklärt, um sicher zu gehen, daß es sich nicht um Polizeibeamte handelt;
- mögliche Zeugen werden unter Druck zu Aussageverweigerung genötigt, verhaftete Komplizen und ihre Angehörigen von den übrigen Bandenmitgliedern versorgt.

Organisierte Kriminalität in Deutschland werde zunehmend unter dem Deckmantel legaler Geschäfte praktiziert, betonte Gerhard Boeden. Über ordnungsgemäß erworbene und angemeldete Firmen werden illegale Gelder „gewaschen". Sogar seriöse gutgläubige Unternehmen würden von Banden in ihre Geschäfte verwickelt. Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität erfordere frühzeitig angepaßte konspirative Bekämpfungsmethoden, sagte Boeden weiter. Dazu gehöre der Einsatz von V-Leuten oder in die Szene eingeschleuster Beamten (undercover agents). Es heiße manchmal, nur die Kleinen würden gehängt, die Großen lassen man dagegen laufen. „Unser Interesse ist es jedoch, die Großen zu kriegen." Die Entwicklung im Einsatz von V-Männern werde zeigen, ob Kriminalitätsfelder künftig nicht mehr so besetzt werden können wie dies zur Abwehr erforderlich sei.

Zur politisch motivierten Kriminalität wies Boeden darauf hin, daß die Übergänge zwischen Terrorismus und politischem Extremismus zunehmend fließender würden. Die Zielfahnder suchen noch 23 der RAF zuzurechnende terroristische Gewalttäter; sechs von ihnen werden nur noch als aktive Kommandomitglieder angesehen. Wenn auch konkrete Hinweise auf eine Gefährdung von Personen oder Einrichtungen der Wirtschaft nicht vorlägen, so müsse davon ausgegangen werden, daß derartige Aktionen Bestandteil des allen terroristischen Gruppierungen gemeinsamen „anti-imperialistischen Kampfes" seien, dämpfte Boeden „Entwarnungsstimmungen". Die RAF habe früher „Symbolfiguren" der Wirtschaft den Krieg erklärt; heute gehe eine „abstrakte Gefährdung, hauptsächlich für Einrichtungen der Wirtschaft" vom RAF-Umfeld aus.

Brand- und Sprengstoffanschläge richteten sich vor allem gegen Firmen, die „im weitesten Sinne mit der ‚Rüstungsindustrie' in Verbindung gebracht werden". Mit geringem Einsatz und Risiko solle größtmöglicher Sachschaden verursacht werden, der nach Auffassung der Täter die Unternehmen mehr trifft, als „der Aufall einer Führungsperson", sagte Boeden. Ähnliches gelte für „Revolutionäre Zellen" (RZ). Deren Aktivitäten richteten sich gegen Firmen, die an umstrittenen Projekten wie am Flughafenausbau beteiligt sind. Vor diesem Hintergrund hob der BKA-Vizepräsident die Bedeutung eigener Schutzmaßnahmen der Firmen und Betriebe hervor.

Drucker in Großbritannien wollen streiken

wth. London

Die britische Druckergewerkschaft NGA will am Mittwoch durch einen Streik ihrer 132 000 Mitglieder für 24 Stunden alle britischen Zeitungen stillegen. Es ist die Reaktion der Gewerkschaft auf den Urteilsspruch des Hochgerichtes in Manchester, das sie am Wochenende wegen Mißachtung des Gerichtes zu einer Geldstrafe von 525 000 Pfund (etwa 2,1 Millionen D-Mark) verurteilte.

Die Gewerkschaft war vor Gericht gebracht worden, weil sie seit über fünf Monaten illegal einen Druckbetrieb in Nordengland mit Streikposten belagert, der Arbeiter beschäftigt, die nicht der Gewerkschaft angehören. Insgesamt haben sich damit die Geldstrafen gegen die Gewerkschaft auf 2,7 Millionen erhöht. Sie ist außerdem von den britischen Zeitungsverlegern mit einer Schadenersatzklage in Höhe von umgerechnet 12 Millionen D-Mark konfrontiert worden. Ein Londoner Gericht hatte bereits vor zwei Wochen das Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmt.

Votum von Frauen und Schwarzen für Mondale

AP, Washington

Der frühere amerikanische Vizepräsident Walter Mondale hat am Wochenende seine Position im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei weiter ausgebaut. Er gewann die Unterstützung einer bedeutenden Frauenvereinigung sowie auch einer wichtigen Gruppe schwarzer Demokraten: In Washington befürwortete die Führung der Nationalen Organisation für Frauen (NOW) mit großer Mehrheit eine Kandidatur Mondales. Die größte Feministinnen-Vereinigung schaltete sich damit zum ersten Mal auf diese Weise in einen Vorwahlkampf ein.

In Alabama entschied sich die Demokratische Konferenz Alabamas als erste große schwarze Gruppe in einem Südstaat der USA, die Bewerbung Mondales zu unterstützen. Sie setzte sich jedoch gleichzeitig dafür ein, daß der schwarze Pfarrer Jesse Jackson, der sich ebenfalls um die Nominierung bewirbt, als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten antritt.

Schotten verüben Anschlag auf britische Kaserne

AP, London

Bei einem Bombenanschlag auf eine Kaserne der britischen Artillerie in Woolwich im Südosten Londons sind nach Mitteilung eines Militärsprechers am frühen Samstagmorgen fünf Personen leicht verletzt worden. Zu dem Anschlag bekannte sich in einem Telefonanruf bei der britischen Inlandnachrichtenagentur Press Association am Samstag eine schottische Nationalistengruppe, die Schottisch-Nationale Befreiungsarmee (SNLA).

Der mit schottischem Akzent sprechende Anrufer kündigte weitere Anschläge an. Die SNLA fordert die Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien. Der Explosionsdruck zertrümmerte zahlreiche Fenster- und Autoscheiben in der Umgebung. Dem Armeesprecher zufolge wurden die Kaserne, in der sich rund 400 Soldaten befanden, und 20 umliegende Privathäuser nach der Explosion um 04.00 Uhr (05.00 Uhr MEZ) während der Suche nach möglichen weiteren Bomben geräumt.

Biedenkopf plädiert für eine „ökologische Marktwirtschaft"

Westfälische CDU stellt ein Modell vor: „Umweltschutz-Zertifikate" für Unternehmen

WILM HERLYN, Münster

Ein Arbeits-Parteitag sollte es werden, endlich einmal kein Scherbengericht über Personen im mit 130 020 Mitgliedern zweitgrößten CDU-Landesverband Westfalen-Lippe. Und so strahlte der Vorsitzende Professor Kurt H. Biedenkopf am Ende voller Zufriedenheit. Selbst die verhaltene Kritik seines Vorstandsmitgliedes Friedrich A. Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Wohnungsbauministerium, nächstens müsse der Parteitag „wieder mehr politische Eckwerte diskutieren und nicht zu einer redaktionellen Additionskonferenz" verkümmern, vermochte seine Zuversicht nicht zu erschüttern, „seine" Westfalen hätten „Gewichtiges für die Zukunft geleistet".

Im Mittelpunkt des Parteitages in Münster stand der Leitantrag des Vorstandes über „Arbeit und Umwelt" mit Thesen, die schon im Vorfeld für Aufregung gesorgt hatten. Sie tragen deutlich die Handschrift Biedenkopfs und sehen unter dem Begriff „Ökologische Marktwirtschaft" ein für die Bundesrepublik neues Modell vor: Unternehmen, die die Umwelt mit Schadstoffen belasten, sollen dafür Konzessionen in Form von Zertifikaten erwerben, die vom Staat ausgegeben werden. Belasten diese Unternehmen ihre Umwelt mit weniger Schadstoffen als „gekauft", steigt der Wert dieser Zertifikate, so daß die Firmen bei Verkauf der „Aktien" gar einen Gewinn erzielen könnten. Bleibt die Schadensbelastung aber unvermindert oder steigt sogar, müsse das Unternehmen weitere Konzessionen vom Staat in Form von Zertifikaten kaufen. Damit soll das Gewinninteresse der Firmen in den Dienst der Umwelt gestellt werden, mehr aber noch, folgt man Biedenkopf, soll die Motivation der Firmen für Innovationen geweckt werden.

Wenn auch der Gedanke, Umweltschutz sozusagen an der Börse zu handeln oder mit Geld Umweltverschmutzungsrechte kaufen zu können, so manchem zwar als Anstoß in eine gangbare Richtung erscheint, so wenig stieß die Umformulierung im Leitantrag der „Sozialen Marktwirtschaft" in „Ökologische Marktwirtschaft" auf Gegenliebe. Biedenkopf versuchte zwar noch in seinem Grundsatzreferat eine Rechtfertigung: „Wir haben diese Soziale Marktwirtschaft in der Union entwickelt – auf dem Weg vom Ahlener Programm, den Düsseldorfer Leitsätzen und vieler Grundsatzbeschlüsse. Aber wir stehen vor einer neuen Herausforderung, nämlich der Herausforderung, dieser Sozialen Marktwirtschaft eine ökologische Dimension zu geben."

Dagegen setzte der rheinische CDU-Chef Bernhard Worms in seinem Grußwort: „An dem bewährten Markenzeichen Soziale Marktwirtschaft sollten wir auch in Zukunft festhalten. Worum es geht, ist ein ökologischer Ordnungsrahmen, der die Soziale Marktwirtschaft nicht aufhebt, sondern sinnvoll ergänzt." Dem folgten die Delegierten mit Beifall. Und als auch Heinrich Weiß, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates, in dieselbe Kerbe schlug, zeichnete sich ab, daß dieser neue ordnungspolitische Begriff von der „Ökologischen Marktwirtschaft" keine nennenswerte Anhängerschar hinter sich sammeln konnte.

Mehr als 100 Änderungswünsche und Initiativen beriet der Parteitag, soll heißen: stimmte oft ohne Argumente zu oder nieder. Nach dieser Prozedur stöhnte mancher, daß das so entstandene Gesamtwerk „Arbeit und Umwelt" von dem einzelnen Delegierten gar nicht mehr nachvollzogen werden könne. Dennoch wurde es einstimmig – auch ohne Enthaltungen bemerkte Biedenkopf stolz – angenommen, nachdem der Kompromiß in der Begriffsformulierung gefunden war: „Ökologie in der Sozialen Marktwirtschaft". Der Vorsitzende ist fest entschlossen, „das hier weiter zu bringen". Er kündigte nach dem Parteitag an, der Verband werde das Papier nun endgültig ausformulieren und „wir werden dafür sorgen, daß es nicht in den Archiven und Ablagen verschwindet. Es ist politisch gewollt und wird in die praktische Tat umgesetzt als Politik für die Zukunft." Schon im August 1984 will Biedenkopf einen Rechenschaftsbericht ablegen.

Seite 2: Gift an der Börse

Keine Einigung über Golfkrieg in Dakka

dpa, Dakka

Die fünftägige Konferenz der islamischen Außenminister endete gestern in Dakka, ohne eine gemeinsame Resolution zur Beendigung des seit über drei Jahren andauernden Golf-Krieges zwischen Iran und Irak zu verabschieden. Die Außenminister und Delegationen aus 41 moslemischen Staaten versuchten in Bangladesch am Wochenende vergeblich, die beiden Länder dazu zu bewegen, die Kriegshandlungen einzustellen und ihre Truppen zum Rückzug auf die international anerkannten Grenzen zu bringen. Dieser Konflikt innerhalb der islamischen Welt soll nun vor das Gipfeltreffen der islamischen Staatsoberhäupter gebracht werden, das am 16. Januar in Casablanca stattfinden soll.

Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der türkischen Zyprer wurde von der Konferenz nicht anerkannt. Erneut wurde der bedingungslose Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan verlangt. Das strategische Abkommen zwischen den USA und Israel wurde bedauert. Die Außenminister sprachen sich für die Bildung eines islamischen Gerichtes aus, das in Kuwait eingerichtet werden soll.

USA liefern Waffen in Karibik

rtr, Bridgetown

Die USA haben damit begonnen, Waffen und militärisches Zubehör an die Polizei und die Streitkräfte der Karibikländer zu liefern, die an der Invasion Grenadas beteiligt waren. Die Lieferungen sind Teil eines Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramms im Volumen von 15 Millionen Dollar, das Präsident Ronald Reagan im vergangenen Monat gebilligt hatte. Von den 2300 amerikanischen Soldaten sollen bis nächste Woche 2000 abgezogen werden.

Berlinguer nach Rumänien

AP, Bukarest/Moskau

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), Enrico Berlinguer, ist in Bukarest mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu zusammengetroffen, um internationale Fragen und die Situation in Europa zu erörtern, wie die rumänische Nachrichtenagentur „Agerpres" berichtete. Im Anschluß an Rumänien besucht der KPI-Chef die „DDR" und Jugoslawien. Das Büro von Berlinguer hatte vor seiner Abreise erklärt, daß dieser in Bukarest, Ost-Berlin und Belgrad eine Wiederaufnahme der Genfer amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa sondieren will.

Empörung über Bemerkung von Meese

dpa/DW. Washington

Der amerikanische Präsidentenberater Edwin Meese hat mit Bemerkungen über hungrige Kinder in USA einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. In einem Interview hatte er auf Fragen nach staatlichen Ausgaben-Kürzungen und hungernden Kindern gesagt, er wisse von „keinen zuverlässigen Zahlen, daß es hungrige Kinder gibt". Er habe darüber „eine Menge anekdotenhaftes Zeug" gehört. Deshalb habe der Präsident eine Kommission eingesetzt, die Untersuchungen über Hunger und Armut anstellen solle.

Im Oktober dieses Jahres hatte eine ähnliche hemdsärmelige Formulierung des ehemaligen amerikanischen Innenminister James G. Watt zu dessen Rücktritt geführt. Watt hatte erklärt, er habe in seinem Beratergremium „einen Neger, eine Frau, zwei Juden und einen Krüppel", man könne ihm daher keine parteiliche Festlegung vorwerfen.

CSSR-Schüler unterschreiben Proteste gegen Sowjet-Raketen

Prag duldete auch im Fernsehen kritische Fragen / Bewegung unabhängig von „Charta 77"

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

Die von der Sowjetunion angekündigte Stationierung zusätzlicher Kurzstreckenraketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei als „Gegenmaßnahme" gegen die NATO-Nachrüstung hat in Osteuropa zu verstärkter Besorgnis in der Bevölkerung geführt. In Brünn, der Hauptstadt Mährens, sollen nach verläßlichen Informationen Schüler und Studenten eine Unterschriftensammlung gegen die sowjetischen Raketenpläne veranstaltet haben. Auch in anderen Städten der Tschechoslowakei sollen Protestresolutionen und Unterschriftenlisten gegen diese Raketen zirkulieren. Wie es heißt, sollen diese Proteste nicht mit der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta '77" zusammenhängen, sondern unabhängig von ihr entstanden sein.

In Brünn haben angeblich ganze Schulklassen den Protest gegen die sowjetischen Raketen unterzeichnet. Wie außerdem verlautet, kursieren Unterschriftenlisten auch bei Konzert- und Theaterveranstaltungen. Allein in der Hauptstadt Mährens seien bis jetzt mehr als 1000 Unterschriften gesammelt worden – was angesichts der scharfen Polizeikontrollen und der Härte des CSSR-Regimes eine außergewöhnliche Zahl wäre.

Bereits nach Bekanntgabe des sowjetisch-tschechoslowakischen Raketenabkommens vom 24. Oktober mußte das Prager Parteiorgan „Rude Pravo" zugeben, daß es in der Bevölkerung des Landes zu ablehnenden Reaktionen gekommen war. So erwähnte das Parteiblatt „Stapel von Briefen", in denen Leser ihre Mißbilligung oder zumindest ihre zweifelnden Fragen zu Papier gebracht hätten. In einem Brief, den 24 Arbeiter einer Fabrik in Königgrätz unterzeichnet hatten – und von dem eine Abschrift in den Westen gelangte –, heißt es wörtlich: „Wir protestieren nicht nur gegen die weitere Aufstellung von Atomraketen auf dem Boden der Tschechoslowakei, sondern fordern auch die sofortige Demontage aller ähnlich ausgerüsteten Raketen, die bereits auf dem Territorium unseres Staates aufgestellt worden sind."

Sogar in einer Diskussionssendung des Prager Fernsehens zu internationalen Fragen – die, wie in kommunistischen Staaten üblich, sorgfältig „vorprogrammiert" war – hielt das Regime es für angebracht, einige kritische Fragen zuzulassen. So wurde unter anderem gefragt: „Warum hat die Sowjetunion die Genfer Verhandlungen verlassen?", „Warum müssen Raketen in der Tschechoslowakei und der DDR, nicht aber in anderen sozialistischen Ländern aufgestellt werden?" und „Welchen Prozentsatz ihres Staatshaushaltes geben die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und die USA für militärische Zwecke aus?"

Anläßlich eines Aufenthaltes im Westen – er nahm in Mailand an einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern osteuropäischer und westeuropäischer Pazifisten teil – bezeichnete der in Budapest lebende ungarische Dissident Laszlo Rajk jun. die pazifistische Bewegung, die katholischen Basisgruppen und die „Populisten" als die wichtigsten Gruppen der Opposition im kommunistischen Ungarn. Rajk, Sohn des in der Stalin-Zeit hingerichteten Innenministers, Politbüromitgliedes und prominenten Altkommunisten (dessen Rehabilitierung 1956 eines der auslösenden Momente für den ungarischen Volksaufstand darstellte), sagte, die vom Regime unabhängige pazifistische Bewegung habe an den Universitäten 2500 Mitglieder. Inspiriert vom katholischen Pater Bulanyn lehnten die katholischen Basisgemeinden in Ungarn den Militärdienst ab. Gegenwärtig befänden sich, so Rajk jun. gegenüber der Pariser Zeitung „Liberation", 120 Ungarn wegen Wehrdienstverweigerung im Gefängnis. Ziel der ungarischen Opposition, so formulierte Rajk, sei es, eine „gesellschaftliche Kontrolle" der Regierung, ferner die Respektierung der Menschenrechte, der freien Rede und freien Bewegung sowie der Rechte der ungarischen Minderheiten im Ausland zu erreichen.

„Jetzt ist die Stunde der Wahrheit"

Thorns beschwörende Worte zur Krise der EG / Kongreß der europäischen Liberalen

PETER SCHMALZ, München

Der gescheiterte EG-Gipfel von Athen lag wie ein Schatten über dem dreitägigen Kongreß der europäischen Liberalen, als sie am Wochenende in München ihr Programm zur zweiten Direktwahl des Europaparlaments berieten. Der Fehlschlag von Athen hat, wie Gaston Thorn, der Präsident der EG-Kommission, gestern formulierte, „die Stunde der Wahrheit" heraufbeschworen, in der es sich die nationalen Regierungen nicht mehr leisten können, „dumm zu zanken über Milchpreise und ein paar Schecks". Es gehe um die Europäische Gemeinschaft schlechthin, meinte Thorn, und es sei noch nicht zu spät.

Sagte Thorn, ein gescheiterter Gipfel sei noch nicht das Ende Europas, so fand er darin Unterstützung bei Bundesaußenminister Genscher, dem der „Schock von Athen" nützlich erscheint, falls dies der Ausgangspunkt zu verantwortungsbewußtem Handeln werde; sollten aus Athen aber keine Lehren gezogen werden, dann – so Genscher – „könnte es der Anfang vom Ende gewesen sein".

Nur: Was sind die richtigen Lehren? Genscher, als Regierungsmitglied in direkter Mitverantwortung für das Desaster von Athen, verzichtete zwar auf konkrete Vorschläge, gab aber immerhin dem Straßburger Parlament den wohlgemeinten Rat, die vorhandenen Möglichkeiten zu einem stärkeren politischen Handeln zu nutzen und künftig nicht nur die jeweiligen Ratsvorsitzenden vors Parlament zu bitten, die dort nur einen einstimmigen Beschluß zu vertreten haben. „Ich würde", meint der FDP-Vorsitzende, „verlangen, daß der ganze Rat kommt und sagt, wie und warum er abgestimmt hat."

Ansonsten blieb Genscher im Bereich der Appelle und Beschwörungen, warnte davor, technologisch auf den zweiten Rang zurückzufallen und mahnte, an die Europäer im Osten zu denken und ihnen ein Beispiel zu sein.

Gaston Thorn dagegen tat sich leichter in konkreten Vorschlägen. Unüberhörbar war seine Kritik an Helmut Kohl, als er vom „Paket, das in Stuttgart geschnürt worden war", meinte, es sei zu umfangreich und zu komplex gewesen, um in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigt zu werden. Deshalb sein Rat: Abkehr vom „großen Sprung" und hin zu sinnvollen und brauchbaren Teillösungen, die anschließend zu einem umfassenden Reformprogramm zusammengefügt werden müssen.

Angesichts der deprimierenden Realität wollten sich die 250 Delegierten aus den zehn EG-Staaten mit ihrem Wahlprogramm nicht völlig losgelöst zeigen und lehnten mit großer Mehrheit den utopischen Antrag ab, Europa solle eine gemeinsame Armee aufbauen. Das sei, warnte Martin Bangemann als Vorsitzender der liberalen Fraktion im EG-Parlament, nun doch zu verfrüht in einer Zeit, wo man sich erst über ein gemeinsames Sicherheitsprogramm einigen muß.

Dafür aber sollen nach dem Wunsch der Liberalen die Personenkontrollen an den Grenzen für die EG-Bürger entfallen und die im Ausland lebenden Europäer an ihrem Wohnort an Kommunal- und später auch an Parlamentswahlen teilnehmen können, ohne Staatsangehöriger des Gastlandes zu sein.

„V-Leute gesetzlich absichern"

Werner Broll (CDU), Mitglied des Innenausschusses, zum Thema Bandenkriminalität

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Einsatz von Polizeibeamten in der kriminellen Szene als sogenannte „undercover agents" ist nach Auffassung des CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Broll notwendig, aber er bedarf der Absicherung durch eine gesetzliche Regelung. Broll, Mitglied des Innenausschusses des Parlaments, sagte in einem WELT-Gespräch, eine gesetzliche Regelung sei im Interesse der Beamten erforderlich. Ihnen könne man nicht zumuten, ihre schwierige und konfliktreiche Arbeit auf einer schwankenden Rechtsbasis verrichten zu müssen. Der Paragraph 34 Strafgesetzbuch – „Rechtfertigender Notstand" – könne dafür nach seiner Einschätzung nicht herangezogen werden, weil er auf Einzelfälle und unvorhergesehene Konfliktsituationen abhebe, meinte Broll.

Deshalb sei ein Gesetz für diese Art der polizeilichen Arbeit als „Auffangregelung" notwendig. Der Innenausschuß werde sich im Januar mit dieser schwierigen Materie befassen. „Undercover agents" seien angesichts der hochentwickelten Bandenkriminalität erforderlich. Dies gelte vor allem für die Rauschgift-, Waffen-, Hehler- und Terroristenszene. Im Bereich der Bandenkriminalität seien Verbrechen sehr häufig mit Mord und Terror gekoppelt, betonte Broll. „Staat und Polizei brauchen Spielraum, um diese Verbrechen wirkungsvoll bekämpfen zu können."

Unabhängig davon, daß die so eingesetzten Polizeibeamten auf diese Aufgabe hin gut ausgebildet, „sittlich und rechtlich" erzogen seien, müsse in deren Interesse sichergestellt werden, daß sie auf einer rechtlich einwandfreien Basis operierten. Richtlinien dafür seien nach seiner Meinung zuwenig, sagte Broll. Denn es könne, um den Erfolg, also um die Zerschlagung von kriminellen Systemen zu sichern, notwendig sein, daß diese Beamten „tief in die Szene hineinsteigen". Dies bedeute aber, daß sie, um beispielsweise einen Rauschgifthändlerring ausheben zu können, zeitweise selbst am An- und Verkauf oder am Transport von Rauschgiften mitwirken müßten.

In einem weiteren sensiblen Bereich wie der Verwendung von V-Männern als Zeugen vor Gericht, so betonte Broll, müßten nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vor allem die Sicherheitsbehörden umdenken. Nach der Beschlußfassung des Bundesgerichtshofes gibt es keine richterliche Zeugenvernehmung ohne Anwesenheitsrecht des Verteidigers und ohne Angaben von Personalien, zumindest des Namens, des V-Mannes, wenn er als Zeuge aussagen soll. Hier gelte es abzuwägen, sagte Broll, zwischen dem Anspruch auf eine sichere Beweisführung und dem Recht des Beschuldigten sowie dem Interesse der Sicherheitsbehörden, die Identität ihrer Mitarbeiter nicht preiszugeben. Angesichts dieser Alternative liege es bei den Behörden, ob sie Aussagegenehmigungen erteilten oder nicht.

Mexiko genießt wieder Vertrauen

Ein Jahr Präsidentschaft de la Madrid / Harter Kurs in der Wirtschaft brachte Erfolg

MANFRED NEUBER, Bonn

In Mexiko besitzt Präsident Miguel de la Madrid ein Jahr nach seinem Amtsantritt noch das Vertrauen einer Mehrheit der Bevölkerung. Während seine Partei, die seit 54 Jahren ununterbrochen an der Macht ist, bei Meinungsumfragen ständig an Popularität verliert, steht wenigstens jeder zweite Mexikaner hinter de la Madrid, und nur 29 Prozent sind mit seiner Regierung unzufrieden.

Der Staatschef mußte 1982 die Hypothek der schlimmsten Finanzkrise in der Geschichte Mexikos übernehmen. Er schlug eine drastische Sparpolitik ein und begann mit der Parole von der „moralischen Erneuerung", eine Kampagne gegen die Korruption. Inzwischen hat sich die Schuldenlage stabilisiert.

Der harte Kurs zur Sanierung von Staatshaushalt und Wirtschaft ließ eine steigende Arbeitslosigkeit und Kriminalität, gewalttätige Proteste oder gar Hunger-Unruhen befürchten. Wie Demoskopen wenige Monate nach dem Beginn der sechsjährigen Amtszeit de la Madrids ermittelten, sahen deshalb rund 75 Prozent der Befragten die Gefahr eines Putsches und einer „fremden Intervention" als reale Möglichkeit an. Mittlerweile sind auch solche Sorgen erheblich geschwunden.

Danach befragt, ob die neue Regierung ihre Versprechungen eingehalten habe, antworteten zwar nur 26 Prozent mit einem Ja; weitere 52 Prozent halten aber de la Madrid zugute, daß er sich darum bemüht. 66 Prozent sprachen sich dafür aus, daß der frühere Präsident José López Portillo wegen Korruption angeklagt wird. So verfuhr man schon mit dem ehemaligen Chef des staatlichen Erdöl-Konzerns Pemex, Jorge Diaz Serrano. Allerdings halten es viele Mexikaner nicht für richtig, wenn dieser allein zum Sündenbock der vorherigen Regierung gemacht würde.

Das Vertrauen zu de la Madrid im eigenen Lande wird von Diplomaten und ausländischen Banken geteilt. Es findet allgemeine Anerkennung, wie kompetent seine Regierung das Problem der 85 Milliarden Dollar Auslandsschulden unter Kontrolle gebracht hat.

Durch eine hohe Rohöl-Ausfuhr und eine Einfuhr-Drosselung will Mexiko sein Defizit in der Handelsbilanz in einen Überschuß umwandeln. Der Inflation – sie wird für 1983 auf etwa 80 Prozent geschätzt – soll durch maßvolle Lohnerhöhungen und weniger Ausgaben der öffentlichen Hand begegnet werden. Die Gewerkschaften, eine Säule des Systems der „institutionalisierten Revolution" in Mexiko, halten bisher still.

Das ist vor allem das Verdienst des Gewerkschaftsführers Fidel Velásquez, der unter sieben Präsidenten die Arbeitnehmer bei der PRI-Stange hielt und auch mit Miguel de la Madrid zu einem Konsensus gekommen ist. Von dieser privilegierten Stellung profitieren keine nichtorganisierten Arbeiter, die heute das Heer der Arbeitslosen stellen.

Mit einer geradlinigen Außenpolitik und vor allem einer unvoreingenommenen Einstellung gegenüber den USA konnte de la Madrid im ersten Amtsjahr internationales Ansehen für Mexiko gewinnen. Sein Land ist mit Kolumbien, Panama und Venezuela in der Contadora-Gruppe um eine friedliche Lösung in Mittelamerika bemüht. Wie eng sich de la Madrid US-Präsident Reagan verbunden weiß, geht aus einer Äußerung eines hohen mexikanischen Regierungsvertreters hervor: „Man könnte sagen, daß wir auf der Linie der Republikaner in den USA liegen." Doch diese Worte waren nicht für den Hausgebrauch bestimmt.

London ändert Falkland-Politik nicht

Glückwunsch für Argentiniens Präsident zielt aber auf Normalisierung der Beziehungen

FRITZ WIRTH, London

Downing Street hat gestern Spekulationen abgekühlt, daß das Glückwunsch-Telegramm an den neuen argentinischen Präsidenten Alfonsin das Signal zu einer grundlegenden Änderung der britischen Falkland-Politik darstelle. In britischen Regierungskreisen wird betont, daß man sich schon seit einigen Monaten um eine Normalisierung der Beziehungen zu Argentinien bemüht.

Dennoch weist man mit Nachdruck darauf hin, daß die Frage der britischen Souveränität über die Falklands kein Verhandlungsgegenstand sei, solange die Mehrheit der 1800 Bürger auf den Falklands keine Änderung wünscht. Ebensowenig zugänglich zeigt sich die britische Regierung gegenüber dem Vorschlag Alfonsins in einem Interview mit der Sonntagszeitung „Observer", die 150-Meilen-Sicherheitszone um die Falklands aufzuheben und die Pläne für den Bau eines neuen Flughafens auf den Falklands auf Eis zu legen.

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe gab der neuen argentinischen Regierung in einem Rundfunkinterview den Rat, sich bei der Normalisierung der bilateralen Beziehungen auf Dinge zu konzentrieren, die größere Erfolgschancen bieten. Er plädierte für eine Politik der kleinen, aber realistischen Schritte.

Obwohl die „Festung-Falkland"-Politik, also das Engagement starker Truppenverbände auf der Insel, die britische Staatskasse jährlich umgerechnet mehr als zwei Milliarden Mark kostet, ist Frau Thatcher vorläufig offensichtlich nicht geneigt, diesen politischen Kurs zu lockern.

Immerhin ist die wohlwollende Geste, mit der sie die neue Regierung in Buenos Aires begrüßte, bemerkenswert genug. Es ist das erste Mal in diesem Jahrhundert, daß London ein derartiges Telegramm an eine Regierung sandte, mit der es keine diplomatischen Beziehungen unterhält und sich sogar – solange Buenos Aires offiziell kein Ende der Kampfhandlungen im Falkland-Konflikt verkündet – praktisch im Kriegszustand befindet.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J 07632.

Präsident Gemayel hält an einer „Friedensmission" in Syrien fest

Enger Spielraum für Beiruts Politik / Ziel: Kabinett der „nationalen Einigung"

PETER M. RANKE, Beirut

Die Bewegungsfreiheit der libanesischen Politik unter Präsident Amin Gemayel reicht nicht über den Großraum Beirut und das von Christen kontrollierte Küstengebiet hinaus, das von der Armee, der Gendarmerie und der alliierten Friedenstruppe kontrolliert wird. Mit dieser schmerzlichen Erkenntnis müssen die Libanesen leben, seitdem die Gefahr militärischer Verwicklungen zwischen Syrern und Amerikanern in Libanon nach den jüngsten Konfrontationen zugenommen hat.

Im Präsidenten-Palais von Baabda hat man daher den Gedanken einer „Friedensmission" Gemayels in Damaskus nicht aufgegeben. Seine noch vor dem Washington-Besuch geplante Reise mußte wegen der Erkrankung Präsident Assads verschoben werden, ist aber von Gemayel nicht abgeschrieben worden. Doch da er selbst gegenüber US-Präsident Reagan zugestanden hat, an dem Abzugsabkommen mit Israel vom 17. Mai nicht zu rütteln, haben die Syrer vorläufig kein Interesse an einer Begegnung Gemayel–Assad. Ihre Bedingung bleibt: Annulierung der friedensähnlichen Abmachungen durch die Regierung in Beirut. Das heißt: Wenn Gemayel nicht einwilligt, muß eben eine andere Regierung in Beirut her.

Natürlich herrscht in Beirut keine Illusion, daß Syrien ein „arabisches Libanon" unter einem anderen Regime als dem der prowestlichen Christen wie Amin Gemayel etablieren will. Aber man glaubt hier, dieses syrische Endziel unterlaufen zu können. Die Basis dieser politischen Bemühungen bleibt das amerikanische Versprechen, Libanon durch einen vollständigen Truppenabzug Souveränität, Unabhängigkeit und gesicherte Grenzen zurückzugeben. Nicht zuletzt deshalb setzt Gemayel weiterhin auf die USA, die es in den letzten Tagen immerhin fertiggebracht haben, ihre Alliierten in der Friedenstruppe von einem einseitigen Abzug aus Beirut abzuhalten.

Die libanesische Politik will zunächst erreichen, daß die Genfer Konferenz der libanesischen Konfliktparteien von neuem zusammentritt und sich ohne die Syrer auf ein Kabinett der „nationalen Einigung" verständigt. Beirut glaubt Anzeichen dafür erkannt zu haben, daß Drusenchef Walid Dschumblatt aus der syrischen Abhängigkeit herausstrebt und daß Schiiten-Chef Nabih Berri (Amal-Miliz) diese Abhängigkeit überhaupt zu vermeiden sucht.

Beide sind zudem geschockt, wie rücksichtslos die Syrer die Differenzen in der PLO für die eigene Macht zu nützen suchen. Sowohl in PLO-Chef Arafat wie in den „Palästinensern der Syrer" sehen Dschumblatt und Berri keine verläßlichen Bundesgenossen für einen Kampf um größeren Einfluß in Beirut.

Gibt es erst einmal ein nationales Koalitions-Kabinett unter einem sunnitischen Regierungschef, der wie jetzt die meisten Sunniten in Libanon antisyrisch eingestellt wäre, könnte es zu einer Verständigung mit den Milizen der Drusen und Schiiten kommen, wie sie schon auf der ersten Genfer Konferenz im Oktober in Grundzügen ausgearbeitet worden war.

Danach würden regierungstreue Einheiten der Gendarmerie die Kontrolle im Schuf-Gebirge und in den Schiiten-Vierteln Beiruts übernehmen, nicht die Armee oder die multinationale Friedenstruppe. Dann könnten und würden auch Tausende von christlichen Flüchtlingen in die jetzt von Drusen beherrschten Bergdörfer zurückkehren. Aber auch im israelisch besetzten Südlibanon soll mit dem Einverständnis von Jerusalem die Staatsmacht Beiruts stärker als jetzt präsent sein und den Libanesen demonstriert werden.

Im Grunde läuft die Politik Gemayels darauf hinaus, die Drusen und Schiiten aus ihrer Allianz mit den Syrern durch große innerlibanesische Zugeständnisse herauszumanövrieren – durch eine gesicherte Beteiligung an der Macht. Dabei folgt ihm der Präsident der nationalliberalen Partei, Camille Chamoun (83), eher als sein eigener Vater, Pierre Gemayel, der Gründer der Falange-Partei. Chamoun und sein Sohn Dany sind als innenpolitische Bundesgenossen für Gemayel auch deshalb wichtig, weil sie gute Beziehungen zu den Drusen im Schuf unterhalten. Die Chamouns stammen aus Deir-el Kamar im Schuf. Es war Kamal Dschumblatt, Walids Vater, der Anfang der fünfziger Jahre Camille Chamoun dazu verhalf, Staatspräsident Libanons zu werden.

Die innenpolitischen Aktionen Gemayels und seines Ministerpräsidenten Wazzan sind schwer durchschaubar. Die Syrer haben es bisher meistens fertiggebracht, die vorsichtigen Schachzüge des libanesischen Establishments durch Geld oder Mord zu durchkreuzen, um vor allem die Verbindungen zu den Amerikanern zu stören. (SAD)

Kenyatta bleibt Kenias Symbolfigur

Vor 20 Jahren wurde die britische Kolonie unabhängig / Unter Moi ein Ein-Parteien-Staat

HEINER KLINGE, Bonn

Der seit 1978 regierende Präsident Daniel arap Moi hat am Vorabend des heutigen 20. Gründungstages der Republik Kenia die Wahrheit ausgesprochen: „Ich hatte es schwer, denn die Schuhe eines Mannes wie Jomo Kenyatta waren für mich zu groß." Moi, der dem kleinen, mit den Massai verwandten Tugen-Stamm der Kalenjin-Gruppe angehört, konnte es nicht gelingen, an die politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität anzuknüpfen, die während der Amtszeit des 1978 verstorbenen Kikuyu-Häuptlings Kenyatta das Gesicht des Staates prägten.

Der „Brennende Speer" Kenyatta verließ in den 30er Jahren die britische Kolonie, rief in London eine panafrikanische Bewegung ins Leben, war später der Inspirator der Widerstandsbewegungen der Mau-Mau-Zeit und wandelte sich nach der Erlangung der Unabhängigkeit zum „Baba wa Taifa" (Vater der Nation) des modernen Kenia. Als erster Präsident führte Kenyatta das Land auf einen marktwirtschaftlichen, prowestlichen und gemäßigten Kurs.

Vergeblich versuchte sein Nachfolger Moi, einen Ausgleich zwischen den beiden dominierenden Stämmen der Kikuyu und Luo herbeizuführen. Der schlimmste Rückschlag war der blutige Militärputsch am 1. August 1982, der die Autorität des Präsidenten nachhaltig erschütterte. Seine Gegner schlugen zu, obwohl Moi kurz zuvor Kenia durch das Ein-Parteien-Parlament nun auch zum Ein-Parteien-Staat erklären ließ.

Anfang 1982 hatte es Versuche gegeben, als Opposition gegen die einzige Partei – die Afrikanische Nationalunion Kenias – eine sozialistische Partei zu gründen. Den größten Gegenspieler Kenyattas, den ehemaligen Vizepräsidenten und inoffiziellen Führer des Luo-Stammes, Oginga Odinga, entließ Moi zwar aus der Haft, aber Odinga wurde aus der Regierungspartei ausgeschlossen, weil er angeblich in London gegen Moi konspiriert hatte.

Einen außenpolitischen Erfolg konnte Präsident Moi jedoch kürzlich verbuchen, als er Schritte zur Beilegung der alten Feindschaft mit einem Nachbarstaat unternahm. Er traf sich mit den Präsidenten von Tansania und Uganda, Julius Nyerere und Milton Obote, in der tansanischen Stadt Arusha, zu Füßen des Kilimandscharo. Mit ihnen einigte sich Moi über die Aufteilung des Vermögens der 1977 auseinandergebrochenen Ostafrikanischen Gemeinschaft. Zugleich vereinbarten Moi und Nyerere die Wiederöffnung der seit Februar 1977 geschlossenen Grenze zwischen beiden Ländern.

Nach außen hin gibt sich Kenia das Image eines nicht paktgebundenen Staates: Als der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew starb, ließ Präsident Moi alle Flaggen Kenias auf halbmast setzen. Nairobi akzeptierte auch chinesische Entwicklungshilfe im Bauwesen und beim Reisanbau. Wenn jedoch ein US-Flugzeugträger Mombasa anläuft und 8000 US-Matrosen im Hafen ausschwärmen, wird Kenias enge Verbundenheit mit dem Westen deutlich. Um den USA die Entfaltung ihrer „Schnellen Eingreiftruppe" zu erleichtern, gewährte Kenia Washington 1980 durch ein Abkommen die Möglichkeit, nicht nur den Hafen Mombasa, sondern auch Flugplätze in der Hauptstadt Nairobi und an anderen Orten zu nutzen.

London genießt seit 1964 das Recht, bis zu 600 Mann kurzfristig in Kenia zu stationieren. Zugleich ist Großbritannien Kenias größter Handelspartner (15 Prozent Anteil), gefolgt von der Bundesrepublik mit 14 Prozent. Wirtschaftlich leidet Kenia stark unter dem Rückgang der Weltmarktpreise für seine Hauptexportgüter Kaffee und Tee. Problematisch ist auch das hohe Bevölkerungswachstum: Seit 1963 erhöhte sich die Einwohnerzahl von 8 auf 17 Millionen und dürfte zur Jahrtausendwende mehr als 35 Millionen betragen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bärendienst der Justiz

Mit der Pressekonferenz ist seitens der beteiligten Öffentlichkeit einseitig – d. h. von einer Seite – über eine Anklageschrift, mithin über ein als strafrechtlich erheblich bezeichnetes Verhalten der Angeschuldigten „informiert" worden, ehe die Angeschuldigten selbst von der Aklageschrift und deren Inhalt etwas wußten und wissen konnten; denn die Anklageschrift wird durch das Gericht zugestellt; das war im Zeitpunkt der Pressekonferenz nicht geschehen.

Im anglo-amerikanischen Rechtskreis ist das „fair trial" ein fundamentaler Grundsatz. Das mag dort wesentlich mit der Beteiligung von Laien-Richtern zusammenhängen. Dort wird eine „öffentliche Vorverurteilung" für wesentlich erachtet.

Hier haben die beteiligten Bonner Staatsanwälte (ggf. die dafür Verantwortlichen) der deutschen Justiz mehr als einen Bärendienst erwiesen, indem sie das Gebot zur Zurückhaltung – das immer zu beachten ist – in einem derart „brisanten Fall" ohne Not verletzten. Man lese einmal Paragraph 353d Ziff. 3 StGB ohne die Worte „Im Wortlaut".

Unabhängig vom Ergebnis des beantragten Verfahrens: ich schäme mich für die beteiligten Staatsanwälte!

Mit vorzüglicher Hochachtung,
K. Kniestedt,
Rotenburg

*

Sie berichten in Ihrer Ausgabe vom 30. November über die von der Bonner Staatsanwaltschaft beantragte Klageerhebung gegen Graf Lambsdorff und andere Personen.

Bedenkt man die Vorgeschichte dieser Anklageerhebung, so fühlt man sich in fataler Weise erinnert an den Fall Blankenhorn, die sog. „Leihwagenaffäre", der in den 50er Jahren sich gleichfalls vor dem Bonner Landgericht abspielte. Ministerialrat Blankenhorn, ein enger Vertrauter Adenauers, und andere hochgestellte Persönlichkeiten wurden unter dem Vorsitz des „berühmten" Richters Quirini verurteilt. Der Bundesgerichtshof hob dann das Urteil, offenbar ein krasses Fehlurteil, aus dem Stand auf, was ein bezeichnendes Licht auf Qualität und Geist der an dem Verfahren beteiligten Staatsanwälte und Richter wirft.

Damals ging es weniger um Blankenhorn, sondern darum, Adenauer am Zeug zu flicken. Jetzt trifft es sich gut, daß mit Graf Lambsdorff auch Kanzler Kohl getroffen werden kann, obwohl die CDU zur Zeit der Flick-Spendenverteilung nicht in der Regierungsverantwortung stand. Es spricht für eine gute – allerdings doch sehr durchsichtige – Regie, daß nur ein Teil der bisher in den Vorveröffentlichungen beschuldigten Personen nun auch offiziell angeklagt wird.

Diese Objektivität wird noch unterstrichen durch die an sich eigenartige ausdrückliche Feststellung eines der beteiligten Staatsanwälte, es sei keinerlei politischer Druck auf sie ausgeübt worden. Ich weiß nicht, ob und seit wann es üblich ist, die normale Weisungsbefugnis des Justizministers als „politischen Druck" zu bezeichnen. Druck ist gewiß nicht ausgeübt worden, und ob eine Weisung des Düsseldorfer Justizministeriums erfolgt ist, werden wir wohl nie erfahren. In dieser Hinsicht dürfte es wohl keine undichten Stellen in der Bonner Staatsanwaltschaft bzw. im Düsseldorfer Justizministerium geben, zumal ja sowohl der „Spiegel" als auch der „Stern" nicht das geringste Interesse an dieser Frage haben dürften.

Bedenkt man alles in allem, so muß man befürchten, daß aus dem „Flickskandal" mit sehr großer Wahrscheinlichkeit schließlich der zweite „Bonner Justizskandal" sich entwikkeln wird. Graf Lambsdorff sollte auf keinen Fall zurücktreten, bevor nicht eine etwaige Schuld durch Richterspruch offenkundig ist.

Professor Dr. Dr. Hompesch
Dortmund

Andere Methode

„Theologie als Hilfe zur Entscheidung"; WELT vom 2. Dezember

Die WELT brachte eine Würdigung des verdienten, als Theologe und Seelsorger hoch zu schätzenden Professor H. Thielicke, Hamburg. Den guten Geburtstagswünschen schließt man sich als katholischer Moraltheologe und christlich-philosophischer Ethiker auch dann gern an, wenn man in Grundlegung und Methoden der Ethik anderer Meinung ist als er.

Kritisch möchte man ansetzen bei seinem Wort: „Ethik ist eine Interpretation der Wirklichkeit auf allen Lebensgebieten". Das gilt, wenn der Bezugspunkt für diese Interpretation der Mensch ist, von dem aus und auf den hin die Wirklichkeit zu interpretieren ist. Daher ist für das sittliche Verhalten des Menschen entscheidend das ihm zugrundeliegende Menschenbild oder die Anthropologie; denn was der Mensch ist, das soll er sein und in seiner Entfaltung immer mehr nach Kräften werden.

Und hier sollte auch das so dringende Gespräch in der Ökumenik, der wissenschaftlichen Diskussion über noch Trennendes und bleibend Gemeinsames, beginnen. Und hier liegt wohl auch der eigentliche Differenzpunkt zwischen den verschiedenen Formen von Ethik, auch zwischen der protestantischen und der katholischen. Gerade H. Thielicke hätte hier einiges zur Diskussion noch beizutragen.

Professor Dr. G. Ermecke
Bochum

Wort des Tages

„Das Wort ist ein Verständigungsmittel zwischen den Menschen. Es sollte ein Werkzeug der Barmherzigkeit sein. Du sollst es nicht verdrehen, nicht zu einem zerstörerischen Zwecke mißbrauchen, deinem Nächsten nicht jene Wahrheit verhehlen, die du ihm schuldest."

Paul Claudel, franz. Autor (1868–1955)

Personalien

EHRUNGEN

Dem in London lebenden italienischen Schriftsteller, Journalisten und ehemaligen Parlamentarier **Luigi Barzini** wurde im Britischen Unterhaus in London der Bentinck-Preis 1983 für sein neues Buch „The impossible Europeans" verliehen. Der Preis benennt sich nach dem ehemaligen niederländischen Botschafter in Paris und London **Adolph Baron Bentinck** und geht an jene Politiker oder Publizisten, die durch ihr Werk einen außergewöhnlichen Beitrag zur Einigung Europas geleistet haben. Den Preis überreichte **Gabriele Thyssen-Bornemisza**, verwitwete Baronin Bentinck. In der zehnköpfigen internationalen Jury, die sich für die Preisverleihung ausgesprochen hatte, saß auch der Korrespondent der WELT in Paris, **August Graf Kageneck**. Ehrengast bei der Preisvergabe war **Roy Jenkins**, ehemals Vorsitzender der Europa-Kommission. Nach dem gescheiterten Gipfel von Athen zog er eine eher bittere Bilanz der europäischen Politik. Man könne die Staats- und Regierungschefs nicht länger mit Lappalien wie Milch- und Schweinepreise belasten. Wenn Europa nicht über eine gemeinsame Politik und Verteidigung spreche, werde es nie einig werden. Jenkins warf die kritische Frage auf, ob es in Europa einen Mangel an guter Führerschaft gebe.

*

Ministerialrat a. D. Dr. **Carl-Heinrich Borchers**, bis 1982 Leiter des für die katholische und evangelische Seelsorge zuständigen Kirchenreferates im Bundesverteidigungsministerium, wurde von **Papst Johannes Paul II.** zum Komturritter des Silvesterordens ernannt. Insignien und Urkunde überreichte Militärbischof Dr. **Elmar Maria Kredel** in Bamberg. Dr. Borchers hatte sich unter anderem große Verdienste erworben als staatlicher Verhandlungspartner bei der Neuordnung der Militärseelsorge in der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils.

*

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat jetzt dem Freundeskreis Internationale Begegnungen, getragen vom Internationalen Club Hannover und der dortigen Hermann-Lindrath-Gesellschaft für das Engagement gegenüber ausländischen Mitbürgern gedankt. Seit 1951 besteht hier eine Bürgerinitiative, in der man sich zunächst vor allem für menschliche Kontakte zwischen Deutschen und kanadischen Soldaten, später zu Kontakten mit Angehörigen aller Stationierungskräfte einsetzte. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** ist seit zehn Jahren Schirmherr dieser Aktion. Club-Vorsitzender **Carl Doehring** begrüßte bei dem jüngsten Treffen in Bonn zahlreiche ausländische Diplomaten. Zu ihnen gehörten US-Gesandter **Hans N. Tuch**, der französische Gesandte **Jacques Bernière**, Botschaftsrat **Démètre Tsolakis**, Griechenland, und Dr. **Julinsz Janusz**, Nuntiaturauditor in der Apostolischen Nuntiatur in Bonn.

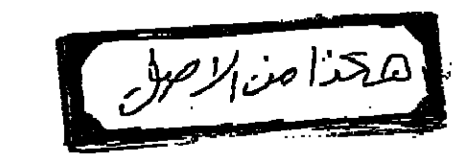
ERNENNUNG

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Karl Lamers** wurde zum neuen Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik gewählt. Er wurde in diesem Amt Nachfolger von Senator **Elmar Pieroth**. Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik hält die Verbindung zu den in der Entwicklungspolitik tätigen Institutionen, berät die Bundespartei in allen die Dritte Welt betreffenden Fragen und erarbeitet Konzeptionen zur Dritte-Welt-Politik. Sein Spektrum reicht von Fragen der Weltwirtschaftsordnung bis zur Sicherheits- und Rüstungsexportpolitik.



VERANSTALTUNG

Bundeskanzler **Helmut Kohl** diskutierte in Bonn mit 56 Volontären des Axel Springer Verlags. „Es ist schön, mal zwischen jungen Damen zu stehen. Sonst stehe ich meistens zwischen älteren Herren", so der Regierungschef. Die Volontäre von den Zeitungen WELT, „Bild", „Hamburger Abendblatt", „BZ", „Bild am Sonntag", „Berliner Morgenpost", „Bergedorfer Zeitung", „Elmshorner Nachrichten" bekamen einen Gesprächspartner im Kanzleramt, „der viel lockerer ist, als sie zunächst glaubten". Helmut Kohl, der in der letzten Zeit immer wieder betont hat, jetzt müsse endlich Schluß sein mit der ewigen Miesmacherei: „Wir können die Krise meistern, wenn wir nur wollen und die Ärmel aufkrempeln. Das gilt für Europa und auch für die Lage auf dem Lehrstellenmarkt." Er fügte hinzu: „Und auch bei den jetzt unterbrochenen Genfer Abrüstungsverhandlungen ist das letzte Wort noch längst nicht gesprochen." Genau auf die Finger sahen die Volontäre dem Oppositionsführer im Bundestag, SPD-Fraktionschef **Hans-Jochen Vogel**, bei einer Diskussion. Sie stellten fest, daß Vogel keinen Ehering trage, was dieser mit dem Hinweis entschuldigte: „Mein Ring ist so eckig, dadurch hat sich der Finger entzündet." Einen Rosenstrauß für eine Grüne schließlich und einen munteren Dialog gab es bei einem Treffen mit **Marieluise Beck-Oberdorf**, einer der drei gleichberechtigten Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag.



FUSSBALL / Halbzeit der Bundesliga-Saison: Weniger Zuschauer, mehr Tore und Platzverweise – HSV in Tokio besiegt

ERGEBNISSE

eldorf – Bochum	1:1	(0:0)
feld – M'gladbach	2:2	(1:0)
lingen – München	1:1	(1:0)
nbach – Mannheim	0:2	(0:1)
mund – Nürnberg	3:1	(0:0)
tern – Frankfurt	1:0	(1:0)
nen – Braunschweig	4:0	(3:0)
rkusen – Köln	2:1	(1:1)
burg – Stuttgart	0:2	(0:0)

DIE SPIELE

Bielefeld – M'gladbach 2:2 (1:0)
elefeld: Kneib – Wohlers – Geils, ier, Pohl – Hupe, Pagelsdorf, Bü- r (89. Westerwinter), Butz (80. öder) – Grillemeier, Ozaki. – adbach: Sude – Bruns – Herlov- Ringels, Frontzeck – Krauss (46. nes), Matthäus, Schäfer (46. ns), Rahn – Mill, Lienen. – Schieds- ter: Huster (Lahnstein). – Tore: 1:0 i (10.), 1:1 Rahn (77.), 1:2 Mill (82.), Geils (90.). – Zuschauer: 22 000. – e Karten: Wohlers (4/1), Kneib, lovsen, Criens.

men – Braunschweig 4:0 (3:0)
emen: Burdenski – Pezzey – af, Siegmann, Otten – Sidka, lmann, Okudera – Reinders, Völ- Meier. – Braunschweig: Franke – mann – Geiger, Pahl, Kindermann Ellmerich) – Tripbacher, Keute, er – Zavisic, Bruns (70. Posipal), m. – Schiedsrichter: Wuttke erhausen). – Tore: 1:0 Reinders , 2:0 Okudera (32.), 3:0 Meier (36.), Meier (80.). – Zuschauer: 15 100. – be Karte: Bruns (4).

Dortmund – Nürnberg 3:1 (0:0)
ortmund: Immel – Zorc – Rüß- n, Koch – Bittcher, Tenhagen (46. h), Konopka, Lusch (81. Storck), ucanu – Keser, Dreßel. – Nürn- : Kargus – Weyerich – Täuber (65. ermann), Giske – Habiger, Eder, gsmüller, Heidenreich, Hinterma- 75. Abramczik) – Brunner, Heck. – iedsrichter: Hontheim (Trier). – e: 1:0 Keser (51.), 2:0 Keser (58.), 3:0 mann (75.), 3:1 Giske (88.). – Zu- auer: 15 000. – Gelbe Karten: Ko- ka, Täuber (4), Hintermaier (2).

Düsseldorf – Bochum 1:1 (0:0)
üsseldorf: Kurth – Zewe – Theis, zinski – Bockenfeld, Bommer, h, Wenzel, Dusend – Edvaldsson Ormslev), Thiele (69. von Dierik- – Bochum: Zumdick – Knüwe – cic, Bönighausen – Kühn (72. Pa- , Schulz, Woelk, Lameck, Gerber – tz, Schreier. – Schiedsrichter: hm (Kemmern). – Tore: 0:1 Schrei- 59.), 1:1 Wenzel (72.). – Zuschauer: 00. – Gelbe Karten: Theis (3), Ger-

K'lautern – Frankfurt 1:0 (1:0)
K'lautern: Reichel – Dusek – Wolf, egel, Brehme – Geye, Melzer, Allofs Eilenfeldt, Hübner, Kitzmann (81. mmer). – Frankfurt: Pahl – Fruck – reml, Körbel, Kraaz, Trieb – Bor- rs (59. Müller), Kroth, Falkenmayer vensson, Tobollik. – Schiedsrichter: nick (Schenefeld). – Tor: Hübner). – Zuschauer: 16 507. – Gelbe Kar- Kitzmann. – Rote Karte: Fruck.

Leverkusen – Köln 2:1 (1:1)
everkusen: Vollborn – Bast – Sabo- wski, (58. Winklhofer), Gelsdorf, aner – Hörster, Vöge (84. Ge- lecht), Wojtowicz, Bittorf – Waas, cha. – Köln: Schumacher – Strack – estin (80. Mennie), Hönerbach – rtmann, Haas (54. Willmer), Zim- rmann, Engels – Littbarski, Fischer, lofs. – Schiedsrichter: Föckler (Wei- heim). – Tore: 0:1 Allofs (4.), 1:1 as (33.), 2:1 Tscha (57.). – Zuschauer: 000. – Gelbe Karten: Bittorf (3), Sa- rowski, Engels.

Offenbach – Mannheim 0:2 (0:1)
Offenbach: Herr – Franusch – Kut- , Demuth – Grünewald, Riedl, Mar- (62. Sandner), Bein, Michelberger Höfer) – Krause, Hofeditz. – Mann- im: Zimmermann – Sebert – Dimit- s Tsionanis, Schlindwein – Knapp, bolz (74. Quaisser), Hein, Dickgie- r, Schön – Walter (90. Olaidotter), mark. – Schiedsrichter: Assenma- er (Fischenich). – Tore: 0:1 Walter 1.), 0:2 Remark (90.). – Zuschauer: 000. – Gelbe Karten: Riedl (4/1), in (4), Sebert (3).

Uerdingen – München 1:1 (1:0)
Uerdingen: Vollack – Herget – Hof- ann, van de Loo, Buttgereit – Tho- as, Feilzer, Funkel, Raschid – Sacke- itz (64. Jusufi), Loontiens. – Mün- en: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, robe – Nachtweih, Lerby, Pflügler, ürnberger (73. Mathy) – M. Rumme- gge (66. Del'Haye), Hoeneß, K.-H. ummenigge. – Schiedsrichter: Wer- r (Auersmacher). – Tore: 0:1 Loon- ens (11.), 1:1 K.-H. Rummenigge (82.). Zuschauer: 25 000. – Gelbe Karten: . Rummenigge (3), Lerby (4/2), remmler (2).

Hamburg – Stuttgart 0:2 (0:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus – 'ehmeyer, Jakobs – Schröder, Hart- ig, Groh, Magath, Rolff – Wuttke, chatzschneider (46. von Heesen, 68. lansen). – Stuttgart: Roleder – Makan B. Förster, Schäfer – Buchwald, Nie- ermayer, Ohlicher, Allgöwer, Sigur- insson – Kelsch, Corneliusson. – chiedsrichter: Eschweiler (Euskir- hen). – Tore: 0:1 Corneliusson (67.), 0:2 llgöwer (88.). – Zuschauer: 38 000. – Gelbe Karten: Rolff (2), Kelsch (2), Makan (2), Schäfer (4/1).

Weltcup-Finale

Hamburg – Porto Alegre 1:2 (1:1/0:1)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Wehmeyer, Jakobs, Schröder – Groh, Hartwig, Magath, Rolff – Hansen, Wuttke. – Porto Alegre: Mazaropi – de Leon – Paulo Roberto, Baidek, Paulo Cesar – China, Osvaldo (90. Bonamigo), Mario Sergio, Paulo Cesar Lima (71. Caio) – Renato, Tarciso. – Schiedsrichter: Vautrot (Frankreich). – Zuschauer: 62 000. – Tore: 0:1 Renato (37.), 1:1 Schröder (86.), 1:2 Renato (93.). – Gelbe Karten: Stein, Hartwig, Mazaropi, Caio.

VORSCHAU

Samstag, 17. Dezember, 14.30 Uhr:
Bielefeld – Mannheim (–:–)
Freitag, 20. Januar 1984, 20.00 Uhr:
Düsseldorf – M'gladbach (1:1)
Samstag, 21. Januar 1984, 15.30 Uhr:
K'lautern – Hamburg (2:3)
Dortmund – Frankfurt (2:2)
Uerdingen – Nürnberg (4:2)
Leverkusen – München (1:2)
Bielefeld – Köln (3:2)
Offenbach – Bochum (0:1)
Bremen – Mannheim (0:2)
Braunschweig – Stuttgart (0:3)
In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

● Die Hinspielserie der Fußball-Bundesliga brachte die geringsten Zuschauerzahlen seit 1972: 3 138 906 Zuschauer, das bedeutet einen Schnitt von 20 651. Im Vorjahr gab es im gleichen Zeitraum 3,34 Millionen Besucher (Schnitt 21 836). Spitze und Ende der Tabelle nach Zuschauerzahlen habe sich im Vergleich zum letzten Jahr nicht verändert. Vorne liegt der FC Bayern München (Schnitt 39 375), hinten Bayer Leverkusen (Schnitt 11 109). Aber: Die Leverkusener hatten vor der Saison nur mit einem Schnitt von 10 000 Besuchern kalkuliert.

● Karl-Heinz Rummenigge und Herbert Waas führen die Torschützenliste an – mit zehn Treffern, der niedrigsten Marke zur Bundesliga-Halbzeit, die es je gab (Gerd Müller schaffte 1968 mit 20 Toren Rekord). Aber insgesamt gab es mehr Tore als im letzten Jahr (25 mehr). Die 521 Treffer bedeuten einen Schnitt von 3,43 pro Spiel. Der Hinrunden-Rekord steht bei 552 Toren, aufgestellt vor zehn Jahren. – Der Verschleiß der Spieler wird offensichtlich größer: 346 wurden eingesetzt, im Vorjahr waren es nur 319.

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	17	10	5	2	36:15	25:9	21:4	14:2	15:11	11:7
2. München	17	10	4	3	30:15	24:10	19:4	14:2	11:11	10:8
3. Gladbach	17	9	5	3	36:21	23:11	22:6	15:1	14:15	8:10
4. Bremen	17	9	4	4	34:17	22:12	27:4	17:1	7:13	5:11
5. Hamburg	17	9	4	4	30:19	22:12	24:9	14:4	6:10	8:8
6. Düsseldorf	17	8	5	4	39:22	21:13	28:7	14:4	11:15	7:9
7. Leverkusen	17	8	4	5	31:22	20:14	21:5	16:2	10:17	4:12
8. Köln	17	7	3	7	33:25	17:17	21:8	12:4	12:17	5:13
9. Uerdingen	17	6	5	6	31:33	17:17	17:15	11:7	14:18	6:10
10. Bielefeld	16	6	4	6	22:25	16:16	14:12	10:6	8:13	6:10
11. Mannheim	16	5	5	6	21:27	15:17	13:11	9:7	8:16	6:10
12. K'lautern	17	6	3	8	34:36	15:19	18:12	11:7	16:24	4:12
13. Bochum	17	5	4	8	30:38	14:20	19:13	11:5	11:25	3:15
14. Braunschw.	17	6	1	10	28:40	13:21	22:14	11:5	6:26	2:16
15. Dortmund	17	4	4	9	21:35	12:22	12:11	10:8	9:24	2:14
16. Offenbach	17	4	2	11	24:53	10:24	17:17	9:7	7:36	1:17
17. Frankfurt	17	1	7	9	18:36	9:25	10:11	8:10	8:25	1:15
18. Nürnberg	17	4	1	12	23:42	9:25	19:14	9:7	4:28	0:18

● Nur viermal gab es in kompletten Spielzeiten der Bundesliga mehr Platzverweise, als jetzt schon zur Halbzeit: Der Frankfurter Norbert Fruck ist bereits der zwölfte Spieler, der die rote Karte sah. Auch die Zahl der gelben Karten stieg gewaltig an: 409 gegenüber 314 im gleichen Zeitraum der letzten Saison. Bereits jetzt wurden 31 Sperren gegen 29 Spieler verhängt (Vorjahr zwölf Sperren). Zweimal mußten Woelk (Bochum) und Paulus (Offenbach) zuschauen. Die Zahl der Elfmeter stieg gleichfalls an: von 36 im Vorjahr auf jetzt 48.

● Die Rückrunde der Fußball-Bundesliga beginnt am 20. Januar (Freitag) mit dem Spiel Düsseldorf gegen Mönchengladbach. Bundestrainer Jupp Derwall glaubt: „Es wird unheimlich spannend. Neben Stuttgart und Hamburg können auch München, Mönchengladbach, Bremen und selbst Düsseldorf noch Meister werden." Im Moment spricht vieles für den VfB Stuttgart. DFB-Präsident Neuberger: „Der Fußball lebt doch sehr stark vom Überraschungsmoment. Deswegen muß man sich über jeden Klub freuen, der Prognosen über den Haufen wirft."

Erfolgreiche Uerdinger wütend über Latteks Worte: „Bei uns in der Kabine floß Blut wie aus dem Springbrunnen"

BERND WEBER, Uerdingen

Seit einem halben Jahr arbeitet Timo Konietzka als Trainer bei Bayer Uerdingen. Der gelernte Bergmann und ehemalige Bundesliga-Profi (bei Borussia Dortmund und München 1860), der anschließend in der Schweiz arbeitete (wo er als Trainer von Grashoppers Zürich Riesenerfolge feierte), gehört eher zu den Stillen im Lande. Was insofern verwundert, weil – laut eigener Aussage – der von den meisten als Peitschenschwinger und Großmaul verschrieene Max Merkel sein „mit Abstand bester Lehrmeister" war. „Alle, die auf dem herumhacken", sagt Konietzka bei jeder sich bietenden Gelegenheit, „haben keine Ahnung". Denn: Nur sehr vordergründig betrachtet, sei Merkel ein Mann der lauten Töne. Was man von Merkel in punkto Engagement und Disziplin lernen könne, würde fast nie richtig gewürdigt.

Das Plädoyer ist in zweierlei Hinsicht aufschlußreich. Erstens verrät es Konietzkas grundsätzliche Abneigung gegen oberflächliche Betrachtungsweisen. Zweitens stellt es mit aller Deutlichkeit heraus, welchen Eigenschaften im Profi-Geschäft er den höchsten Stellenwert beimißt: Engagement und Disziplin. „Fußballkunst", predigt Konietzka seinen Uerdinger Spielern deshalb immer wieder, „kann sich erst entwickeln, wenn die beiden Dinge gewährleistet sind".

Daß der Trainer nicht auf taube Ohren gestoßen ist, konnten die begeisterten Zuschauer in der Krefelder Grotenburgkampfbahn am Samstag wieder einmal nachvollziehen. In einer sehr guten Begegnung knöpfte Aufsteiger Bayer 05 Uerdingen den renommierten Münchner Bayern einen Punkt ab. Daß am Ende der 90 Minuten nur ein 1:1 zu Buche stand, war der einzige Schönheitsfehler. „Gemessen an den Torchancen, die wir hatten, hätten wir deutlich gewinnen müssen", konnte Konietzka ohne ernsthaften Widerspruch vom Gegner behaupten. Die anfängliche Enttäuschung über das unter dem Strich magere Ergebnis hatte sich freilich schnell verflüchtigt. Uerdingens Vorsitzender Arno Eschler trug dazu bei, indem er die ganze Mannschaft ins vereinseigene Albert-Olbermann-Haus zusammenrief, Sekt ausschenken und „auf die bisher außerordentlichen Erfolge dieser Meisterschaftsserie" anstoßen ließ.

Konietzka verschwand relativ schnell, um mit ein paar Schweizer Freunden, die er zum Spiel eingeladen hatte, zu feiern. Und bei dieser Feier in einem kleinen Krefelder Restaurant ging dann auch der Trainer voll aus sich heraus. Er schmetterte Lieder, er schunkelte mit und setzte sich morgens um fünf an die Spitze einer von einem Akkordeon-Spieler begleiteten Polonaise, die vom Lokal zwei Kilometer weiter bis zu Konietzkas Wohnung führte. Bevor er dann am Sonntag vormittag zum Weihnachtsurlaub in die Schweiz aufbrach, lieferte der Trainer noch ein Lehrstück in Sachen Disziplin: Gestern morgen um 9 Uhr absolvierte er seinen gewohnten Lauf über fünf Kilometer.

„Dieser Trainer", sagt Eschler, „ist ein absoluter Glücksfall für unseren Klub. Daß wir so ziemlich ohne Abstiegssorgen auf Rang neun in der Tabelle stehen, ist in erster Linie sein Verdienst." Aber es gibt wohl auch noch andere Komponenten, die aus dem heißen Abstiegsanwärter Uerdingen einen soliden Klub im Mittelfeld werden ließen.

Eschler nennt sie: „Alle, die zur Zeit für Bayer Uerdingen arbeiten, beziehen ihre Motivation aus der Identifikation mit dem Verein. Wir werden von vielen recht hämisch als Werksmannschaft abgetan. Am Anfang hat uns das geärgert. Heute weiß ich, daß wir unter anderem aus dieser Verunglimpfung die Kraft entwickelt haben, um uns gegen die Konkurrenten richtig zur Wehr setzen zu können." Dabei, meint Eschler, sei Krefeld von der Voraussetzung her eigentlich kein besonders geeignetes Bundesliga-Pflaster. Hier wüchsen die Talente nicht wie Champignons heran, und zudem müßten die Zuschauer mit geradezu missionarischem Eifer ins Stadion gelockt werden. Was den letzten Punkt beträfe, hätten Konietzka und seine Spieler durch anhaltend gute Leistungen wahre Wunderdinge vollbracht.

In der Tat: Mit 12 000 Besuchern pro Heimspiel hatte Uerdingen kalkuliert und sieht seine Erwartungen bisher deutlich übertroffen. Im Schnitt nämlich passierten 18 938 Zuschauer die Drehkreuze der Grotenburgkampfbahn.

Das Glücksgefühl des Vorsitzenden wäre vormutlich total, wenn er wüßte, ob ihm sein Trainer auch in der nächsten Saison erhalten bleibt (Konietzka: „Vor März werde ich mich nicht entscheiden") – und wenn es am Samstag nach dem Spiel gegen Bayern München nicht wieder Ärger mit Trainer Udo Lattek gegeben hätte. Der sorgte in der Pressekonferenz fast für einen Skandal, als er behauptete: „Einige Uerdinger Spieler haben mit Rugby-Stollen gespielt, und sie haben damit so wild auf meine Leute eingetreten, daß bei uns in der Kabine das Blut wie aus einem Springbrunnen floß." Richtig ist, daß Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge, dessen rechter Spann mit neun Stichen genäht werden mußte, am Fuß blutete. Rummenigge war bei seinem Ausgleichstor mit Uerdingens Torwart Werner Vollack zusammengeprallt. Der Nationalspieler selbst machte seinem Gegner keinen Vorwurf, auch Bayern-Manager Uli Hoeneß ließ Vollack ausrichten, daß ihn nicht die geringste Schuld träfe.

Nur Lattek sah das anders. Eschler dazu: „Als der in der Pressekonferenz so gegen uns polemisierte, habe ich gleich Blickverbindung mit Konietzka aufgenommen. Wir waren uns aber sofort einig, daß wir auf die völlig unsinnigen Angriffe nicht reagieren sollten. Abgetan ist die Angelegenheit für uns damit jedoch nicht. Wenn wir feststellen müßten, daß die Attacken Latteks ein größeres Echo haben werden, als wir erwarten, werden wir mit aller Schärfe gegen ihn vorgehen."

Uerdingen, so scheint es, ist eben kein Pflaster für Favoriten. Sie werden nervös, lassen Punkte und retten sich dann in Ausfällen. An einem ändert das nichts: Bayer Uerdingen ist wohl die größte Überraschung der ersten Serie dieser 23. Bundesliga-Saison. Und Konietzka ist plötzlich ein gefragter Trainer.



Die Szene, die Lattek erregte: Rummenigge prallt mit Torwart Vollack beim Torschuß zusammen (oben, Kreis) und mußte auf Strümpfen den Platz verlassen. Spielten die Uerdinger mit gefährlichen Stollen?
FOTOS: LUBE/HARTMANN



Magath: „Nur ein Schatten"

dpa, Tokio

Der Hamburger SV sucht weiter nach einem Erfolgserlebnis. Die Serie der Enttäuschungen des deutschen Fußball-Meisters und Europacup-Siegers fand mit dem 1:2 (1:1, 0:1) nach Verlängerung im Weltpokal-Spiel gegen Gremio Porto Alegre in Tokio ihre Fortsetzung. „Wir sind nur noch ein Schatten von einst. Wir haben verloren, weil das einfach nicht mehr der HSV ist, der vor einem halben Jahr den Europacup gewann", sagte Mannschaftskapitän Felix Magath.

Zwei Tore des 21 Jahre alten brasilianischen Nationalspielers Renato (37., 93.) besiegten bei einem Gegentreffer von Schröder (86.) gestern die Mannschaft aus Hamburg. Vor 62 000 Zuschauern im Olympia-Stadion und Millionen Fans an den Bildschirmen des in 60 Länder übertragenen Spiels boten beide Teams nur eine mäßige Vorstellung. Besonders das Spiel der Brasilianer mußte enttäuschen. Und so kamen die Spieler des HSV auch zu dem schwachen Trost, daß sie in kompletter Besetzung (es fehlten Kaltz, Milewski, Schatzschneider, von Heesen) diese Partie wohl nicht verloren hätten. „So leicht war es für eine europäische Mannschaft wohl lange nicht, den Weltpokal zu holen", meinte Libero Holger Hieronymus.

Dem Hamburger SV blieb das stattliche Weihnachtsgeld von rund 500 000 Mark als Garantiegage für diesen Auftritt, Porto Alegre steckte zusätzlich noch etwa 130 000 Mark als Siegprämie ein. Weit weniger ernst als einige Spieler schienen wohl deshalb Trainer Ernst Happel und Manager Günter Netzer die Niederlage zu nehmen. Happel: „Es war kein großes Finale. Die Brasilianer haben nicht unverdient gewonnen." Netzer sagte: „Mit dem Spiel bin ich zufrieden." Eigenartig: Vorher hatte es noch ganz anders geklungen. Da hatte der Manager den Weltcup-Erfolg nach dem frühen Europacup-Aus und dem Bundesliga-Sturz auf Platz fünf zum unbedingten Muß erklärt, um im Geschäft zu bleiben.

Ernst Happel versuchte zu entschuldigen: „Es wäre besser gewesen, wenn wir hier früher angekommen wären. Die meisten Spieler haben wegen des Zeitunterschiedes von acht Stunden die erste Nacht keinen Schlaf gefunden." Den 31 aus Hamburg angereisten Schlachtenbummlern wurde ihr Kommen zumindest vor der Pause auf dem ausgetrockneten holprigen Platz nicht gelohnt. Ohne Selbstvertrauen, ohne Courage agierte der HSV, bei dem vor allen Dingen der Angriff mit Wolfram Wuttke und Allan Hansen enttäuschte. Der für 950 000 Mark von Schalke verpflichtete Wuttke, der kaum einen Zweikampf gewann und die meisten der beim HSV zahlreichen Fehlpässe schlug, bot eine schon katastrophale Leistung.

In der 37. Minute patzte dann auch die Abwehr: Rechtsaußen Renato – Gegenspieler Schröder war nicht zu sehen – versetzte den unentschlossenen Hieronymus und schoß aus spitzem Winkel an Groh und dem falsch postierten Stein vorbei ins Netz. Unter den Aufmunterungen des japanischen Publikums verstärkte der HSV nach dem Wechsel seine Bemühungen. Doch erst in der 73. Minute zwang der ins Angriffszentrum vorgerückte Jacobs, der die Hilflosigkeit seiner Stürmer nicht mehr mit ansehen mochte, auf Paß von Magath per Kopfball Torwart Mazaropi zur ersten Parade. Die beiden besten HSV-Spieler leisteten dann vier Minuten vor Ende der regulären Spielzeit auch die Vorarbeit zum glücklichen Ausgleich. Magath schlug einen Freistoß, Jakobs köpfte vor das Tor, und Michael Schröder drückte den Ball aus kurzer Entfernung über die Linie.

In der 94. Minute schlug Renato, hinterher unter Freudentränen als bester Spieler mit einem Auto als Preis ausgezeichnet, zum zweiten Mal zu. Schröder ließ sich dabei allzu leicht ausspielen und steckte dafür hinterher von seinen Mitspielern schwere Vorwürfe ein. „Da kann man ihm 25mal sagen, er soll keinen Zentimeter mehr von seinem Gegenspieler weichen, und trotzdem schießt er dann das Tor", schimpfte William Hartwig.

So setzte Porto Alegre bei dem zum vierten Mal in Tokio (insgesamt zum 22. Mal) ausgespielten Weltcup die Serie der südamerikanischen Erfolge fort, nachdem in der japanischen Hauptstadt vorher Nacional Montevideo, Flamengo Rio de Janeiro und Penarol Montevideo siegten.

Tscha predigte, Rehhagel las Völler die Leviten

Von ULRICH DOST

Lothar Buchmann (47), Trainer von Kickers Offenbach, saß gestern morgen schon im Flugzeug, um in der nächsten Woche den strapazierten Nerven Ruhe zu gönnen. In Bremen kam zur Mittagszeit der Weihnachtsmann zur Mannschaft und brachte Geschenke mit. Kein Zweifel, nach Abschluß der Hinrunde ist nun auch die Urlaubs- und Weihnachtsstimmung in die Bundesliga eingekehrt. Einer hatte dabei gestern ein für einen Fußball-Profi ungewöhnliches Programm. **Bum Kun Tscha** (30), Stürmer von Bayer 04 Leverkusen, trat gleich zweimal auf die Kanzel, um zu predigen, um Zeugnis abzulegen und um einen Erfahrungsbericht als Christ und Sportler abzugeben.

Genau 15 Minuten redete der Koreaner gestern früh in Köln-Porz vor der deutsch-koreanischen Christengemeinde. Und was er dabei sagte, war auch für den Fußball interessant. Zum ersten Mal nämlich erzählte Tscha, der noch in der letzten Saison bei Eintracht Frankfurt spielte, wie es zu seinem Wechsel nach Leverkusen kam.

Er habe immer gedacht, ließ Tscha von einem Dolmetscher übersetzen, daß er nur in einer großen, berühmten Mannschaft spielen könne. Der Hamburger SV, das wäre für ihn vor dieser Saison der richtige Verein gewesen. Die Verhandlungen haben dann ja auch vor der Saison stattgefunden, jedoch es wurde keine Einigung erzielt, weil sich die Hamburger plötzlich für den jüngeren **Wolfram Wuttke** (22) entschieden hatten. Tscha: „Das hat mich doch sehr gekränkt, daß die Hamburger den Wuttke vorgezogen haben. Doch das habe ich als Hinweis Gottes aufgenommen, nicht zu einem großen Verein zu gehen. Da kam mir das Angebot von Leverkusen gerade zur rechten Zeit."

Nun wissen die Leverkusener also, bei wem sie sich bedanken müssen. Daß sich die Verpflichtung von Tscha gelohnt hat, wissen die Leverkusener nicht erst seit Freitag abend, als er das Siegtor zum 2:1 über den Lokalrivalen 1. FC Köln erzielte.

*

Schön festlich war die Stimmung im Bremer „Crest-Hotel". Bevor aber die Spieler den Urlaub antreten konnten, mußte einer von ihnen noch zu einem persönlichen Gespräch mit Trainer **Otto Rehhagel** (45) antreten: Nationalspieler **Rudi Völler** (23). Die ganze Sache sei halb so schlimm, meinte Rehhagel vor dem Gespräch. Niemand solle daraus nun eine große Sache machen, nur müsse halt darüber geredet werden.

Worüber die beiden reden wollten, war am Samstag im Weser-Stadion beim 4:0 über Eintracht Braunschweig jedem Zuschauer sichtbar geworden. Lässig und desinteressiert hatte der Nationalspieler nämlich bei Anweisungen des Trainers immer mit der Hand abgewinkt. Gestern machte Rehhagel deutlich, worum es gegangen sei: „Der Rudi ist immer wieder blind in die Abseitsfalle der Braunschweiger gelaufen. Da habe ich ihm gesagt, Fußball sei ein Mannschaftsspiel. Er soll nicht so eigensinnig spielen."

Völler aber wehrte sich schon während des Spiels und gab zurück: „Das mache ich doch gar nicht." Rehhagel will ihm sein Verhalten nicht übelnehmen. Schließlich sei er selbst ein Hitzkopf gewesen. Rehhagel: „Es gibt keinen Knatsch zwischen uns. Wir können uns in aller Ruhe darüber unterhalten. Ich muß dem Spieler aber auch klarmachen, daß er sich ungeschickt verhalten hat." Schon auf der Pressekonferenz nach dem Spiel habe er gespürt, daß die Journalisten vielleicht mehr in den Vorgang hineininterpretieren könnten. Deshalb versuchte Rehhagel auch gleich, den Fall herunterzuspielen. Rehhagel: „Wir haben uns über Fußball unterhalten."

Eine Kontroverse dieser beiden käme in der Tat sehr überraschend. Schließlich versichert Völler jedem, der es hören will, daß Rehhagel für ihn der beste Trainer sei, ihm habe er alles zu verdanken. Und gerade Rehhagel war es, der von Völler forderte, er solle ruhig etwas eigensinniger spielen. Rehhagel: „Eine Zeitlang spielte der Rudi viel zu mannschaftsdienlich. Doch seine Stärke liegt gerade darin, daß er etwas auf eigene Faust riskiert. So soll es auch bleiben."

Damit ist dann wohl der vorweihnachtliche Friede in Bremen auch wiederhergestellt.

*

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Diese Volksweisheit bewahrheitete sich am Samstag wieder einmal in Offenbach. Die 0:2-Heimniederlage gegen Mannheim sei schon schlimm, meinte Trainer Lothar Buchmann, noch schlimmer sei jedoch, daß die Niederlage in der Schlußphase noch höher hätte ausfallen können. Was jedoch Mannheims Trainer **Klaus Schlappner** (43) zu dem süffisanten Ausspruch verleitete: „Es wäre mir peinlich gewesen."

Lothar Buchmann blieb dann auch nichts mehr anderes übrig, als in Sarkasmus zu verfallen. Er meinte zur Situation seiner Mannschaft: „Bis Weihnachten können wir den 16. Rang noch halten, tiefer geht es im Moment nicht." Die Deutsche Presse Agentur (dpa) bewunderte gestern „Buchmanns Bärenruhe – mit Gelassenheit den Abstieg im Auge".

Tatsächlich geben sich die Offenbacher in diesen für sie schweren Zeiten ungewöhnlich sachlich und nüchtern. Wahrscheinlich auch, weil sie sich allein in der Meinung einig sind, daß die Mannschaft in der ersten Bundesliga eigentlich nichts zu suchen hat. Den Kampf ums Überleben haben sie noch nicht aufgegeben, deshalb ist die zur Schau getragene Ruhe auch nur Fassade, dahinter sieht es nämlich anders aus, da liegen die Nerven doch ziemlich an der Oberfläche.

*

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Das ist gewöhnlich Anlaß, um diejenigen, die sich in der Liga verdient gemacht haben (ob positiv oder negativ), mit den entsprechenden Titeln zu belegen. Der Sport-Informationsdienst (sid) in Düsseldorf hat seine eigene Wahl getroffen. Der Aussteiger des Jahres heißt **Rinus Michels** (55), der mit dem „kölschen Klüngel" doch nicht klar kam. Der Trainer des Jahres ist **Willibert Kremer** (44). Kremer führte als neuer Trainer die Mannschaft mit den gleichen Spielern in die UEFA-Pokalränge. **Wolfram Wuttke** (22) ist der Absteiger des Jahres. Er wird wohl in der Rückrunde in Hamburg nur noch auf der Reservebank sitzen. **Mathias Herget** (28) vom Aufsteiger Uerdingen wird als die Entdeckung des Jahres gefeiert, weil er in seinem Alter noch Nationalspieler geworden ist.

*

Und das sind die schönsten Sprüche der Hinspielserie:

● *„Ich bin da jetzt seit 25 Jahren raus, immer noch."*
Uerdingens Trainer Timo Konietzka zu seiner Vergangenheit als Bergmann.

● *„Die Spieler sollten Jägermeister trinken, vielleicht werden sie dann wach."*
Braunschweigs Trainer Aleksandar Ristic zur Leistung seiner Mannschaft.

● *„Wenn ich nicht der Trainer des Gegners wäre, was sich ja ändern kann, wäre ich Fan einiger Bayern-Spieler geworden."*
Mannheims Trainer Klaus Schlappner nach der 0:6-Niederlage seiner Mannschaft in München.

● *„Bremen jetzt mit dem Mond im Rücken."*
ZDF-Reporter Rolf Töpperwien beim Seitenwechsel des Spiels Bremen – Hamburg.

● *„Vorher haben wir verloren, jetzt gewinnen wir."*
Kölns Trainer Hannes Löhr auf die Frage, was sich nach der Trennung von Rinus Michels geändert habe.

● *„Nichts Neues. Die Bayern spielen im Pal-System."*
Pal Csernai nach dem 0:2 der Münchner in Köln.

● *„Bei Fritz Walters Tor haben nicht einmal die Lauterer Spieler Abseits reklamiert. Und dann steht draußen an der Linie so ein Männlein."*
Manhheims Trainer Klaus Schlappner nach dem 0:2 seiner Mannschaft am Betzenberg über einen Linienrichter.

● *„Hopfen und Walz, Gott erhalt's."*
HSV-Kapitän Felix Magath über Schiedsrichter Winfried Walz beim 0:4 in Mönchengladbach.

● *„Mein Vater kann zwar nicht laufen, aber er hätte besser gepfiffen."*
HSV-Mittelstürmer Dieter Schatzschneider zum gleichen Thema.

● *„Solange wir einen Platz vor Mönchengladbach stehen, können die nur Vizemeister werden."* Düsseldorfs Torhüter Wolfgang Kleff.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

ZWEITE LIGA

Fortuna Köln siegt 2:1, Ulm spielte aber unter Protest

DW. Köln

Mit 2:1 besiegte Pokalfinalist Fortuna Köln gestern den Zweitliga-Aufsteiger SSV Ulm. Das Spiel wurde gestern wiederholt, weil am Samstag in der 67. Minute (Spielstand: 0:0) das Flutlicht ausgefallen war und der Schiedsrichter daraufhin die Begegnung abbrach. Die Ulmer spielten gestern nur unter Protest. Sie wollten erst am Mittwoch zum Wiederholungsspiel antreten.

Der für die Elektroleitungen zuständige Hausmeister konnte am Samstag den Schaden nicht mehr beheben. Bereits im August des letzten Jahres war beim Heimspiel der Kölner gegen Darmstadt (3:0) das Flutlicht ausgefallen. Damals behob Präsident Jean Löring, ein gelernter Elektriker, den Schaden selbst. Die Stadt Köln, Eigentümer des Südstadions, hatte Löring daraufhin untersagt, bei einem ähnlichen Vorfall nochmals selbst zu reparieren.

DIE ERGEBNISSE

Aachen – Solingen	2:0	(0:0)
Karlsruhe – Hertha BSC	2:2	(0:0)
Freiburg – Hannover	2:2	(1:2)
Stuttgart – Saarbrücken	1:1	(0:0)
Wattenscheid – Osnabrück	4:3	(2:1)
Köln – Ulm	2:1	(1:0)
Duisburg – Darmstadt	0:0	(0:0)
Essen – Schalke	1:1	(0:1)
SCC Berlin – Kassel	abgesagt	
Lüttringh. – Oberhausen	abgesagt	

DIE TABELLE

1. Schalke	18	12	4	2	47:21	28:8
2. Karlsruhe	19	11	5	3	47:27	27:11
3. Aachen	19	10	6	3	26:15	26:12
4. Duisburg	18	10	4	4	35:18	24:12
5. Kassel	18	10	3	5	37:19	23:13
6. Freiburg	19	7	8	4	24:29	22:16
7. Köln	18	8	5	5	37:33	21:15
8. Solingen	19	8	5	6	32:25	21:17
9. Darmstadt	18	7	5	6	27:36	19:17
10. Hertha BSC	19	5	8	6	36:32	18:20
11. Saarbr.	19	7	4	8	33:35	18:20
12. Wattensch.	19	6	6	7	23:33	18:20
13. Ulm	18	4	7	7	31:34	15:21
14. Essen	18	5	4	9	27:33	14:22
15. Stuttgart	19	4	6	9	27:32	14:24
16. Hannover	19	3	8	8	24:37	14:24
17. Osnabrück	19	5	3	11	22:37	13:25
18. Oberhausen	18	3	6	9	20:29	12:24
19. SCC Berlin	18	5	2	11	18:35	12:24
19. Lüttringh.	18	4	3	11	15:32	11:25

DIE VORSCHAU

Samstag, 21. Januar, 1984, 14.30 Uhr: SCC Berlin – Schalke, Lüttringhausen – Saarbrücken; 15.30 Uhr: Köln – Solingen, Aachen – Osnabrück, Karlsruhe – Hannover, Essen – Ulm; Sonntag, 22. Januar, 14.30 Uhr: Freiburg – Duisburg, Stuttgart – Kassel; 15.30 Uhr: Wattenscheid – Hertha BSC, Oberhausen – Darmstadt.

TENNIS / Mats Wilander ist endgültig aus dem Schatten von Björn Borg herausgetreten

Sieg über Ivan Lendl und 1,86 Millionen Mark kassiert – Neue Superlative der Navratilova

sid/dpa, Melbourne

Eigentlich wollte er sich nur auf das Daviscup-Finale vorbereiten, das Ende Dezember in Melbourne stattfinden wird. Der als Aschenspezialist geltende Mats Wilander (19) wollte in Australien Erfahrungen auf dem ungeliebten Rasenplatz sammeln. Am Ende der Internationalen Meisterschaften von Australien aber hatte der schwedische Teenager dann das höchste Preisgeld gewonnen, das je in der Geschichte des Tennissports gezahlt wurde. Nach seinem deutlichen 6:1, 6:4, 6:4-Endspiel-Sieg über den Weltranglistenersten Ivan Lendl kassierte Wilander 677 500 Dollar (1,86 Millionen Mark). 77 500 für seinen Finalerfolg und 600 000 als Prämie für den besten Spieler der Saison, die der Grand-Prix-Pool bereitgestellt hatte.

12 000 begeisterte Zuschauer feierten den jungen Schweden nach dem Gewinn seines zweiten Grand-Slam-Titels mit stehenden Ovationen. Die Jubelstürme der australischen Zuschauer hatte er nicht nur mit seinem Finalsieg über Ivan Lendl ausgelöst, sondern bereits mit seiner glänzenden Vorstellung im Halbfinale, in dem er auf den Wimbledon-Sieger John McEnroe traf. „Er hat mir eine Lektion erteilt", kommentierte der Amerikaner nach dem 4:6, 6:3, 6:4, 6:2-Erfolg des jungen Schweden, der damit endgültig aus dem Schatten seines großen Landsmannes Björn Borg herausgetreten ist.

Völlig zermürbt wirkte dagegen Ivan Lendl. Der Tschechoslowake wartet immer noch vergeblich auf einen Erfolg bei einem Grand-Slam-Turnier (Paris, Wimbledon, Flushing Meadow, Melbourne). Sechzehnmal schon war er in einem dieser Turniere vertreten, viermal stand er bereits im Endspiel, aber noch nie hat er eines als Sieger beendet. „Ich bin tennismüde und froh, wenn das Turnier hier zu Ende ist", hatte er schon nach dem klaren 6:1, 7:6, 6:3-Halbfinal-Sieg gegen den Amerikaner Tim Mayotte gestöhnt. In nur 112 Minuten sorgte Mats Wilander im Endspiel für eine kurze Qual des Tschechoslowaken.

Abgerundet wird dieser unerwartete schwedische Triumph durch den Erfolg des 17jährigen Stefan Edberg, der im Juniorenfinale den Australier Simon Youl mit 6:4, 6:4 bezwang. Edberg holte sich damit in seiner Altersklasse den Grand-Slam-Sieg 83, da er in diesem Jahr bereits die Meisterschaften von Paris, Wimbledon und Flushing Meadow gewonnen hatte.

Den Australiern blieb nur der Titelgewinn im Herrendoppel: Paul McNamee und Mark Edmondson setzten sich mit 6:3, 7:6 gegen die Amerikaner Sgerwood Stewart/Steve Denton durch.

Erwartungsgemäß, fast schon programmiert verlief der Wettbewerb der Frauen: Die Amerikanerin Martina Navratilova gewann den Titel sowohl im Einzel als auch im Doppel zusammen mit Pam Shriver. Im Einzel benötigte sie im Finale nur 77 Minuten, um Kathy Jordan (USA) mit 6:2, 7:6 das Nachsehen zu geben. Mit 75 000 Dollar wurde Martina Navratilova für diesen Sieg entlohnt, womit ihr Preisgeld in diesem Jahr auf mehr als 1,4 Mill. Dollar erhöhte. Sie setzte darüber hinaus Maßstäbe der Superlative: Von 180 Einzeln in den letzten zwei Jahren verlor sie nur vier, von 87 in diesem Jahr nur eins. Seitdem gewann sie 50 Spiele und 17 Turniere in Folge bei Verlust von nur neun Sätzen. Ihr Preisgeld summiert sich auf 6,5 Millionen Dollar. Als Konsequenz dieses konkurrenzlosen Höhenflugs fordert Martina Navratilova eine Erhöhung der Prämien bei Tennis-Turnieren ...

HANDBALL / Junioren erreichen das Finale

Simon Schobel: „Wir haben unser Soll mehr als erfüllt"

dpa/sid, Helsinki

Der Deutsche Handball-Bund (DHB) erlebte seinen größten Erfolg seit dem Gewinn der Handball-Weltmeisterschaft 1977. Bei der Junioren-WM in Finnland erreichte die deutsche Vertretung völlig überraschend das Finale. Gestern nachmittag traf sie in der Tapiola-Sporthalle von Espoo auf die UdSSR. (Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Doch gleichgültig wie das Resultat lautet: „Wir haben unser Soll hier mehr als erfüllt", erklärte Bundestrainer Simon Schobel.

Aus eigener Kraft jedoch hat die deutsche Mannschaft dieses Ziel nicht erreicht. Sie war angewiesen auf die Hilfe der Schweden, die den Titelverteidiger und hohen Favoriten Jugoslawien fast sensationell mit 28:25 bezwangen.

Nach dem 19:13-Sieg der DHB-Auswahl gegen Finnland und der Niederlage Jugoslawiens waren drei Mannschaften punktgleich. Das Reglement sieht in einem solchen Fall vor, daß die Differenz der in den Spielen untereinander erzielten Treffer entscheidet. Die Ergebnisse gegen Schlußlicht Finnland wurden nicht gewertet. Danach hatte die Bundesrepublik einen hauchdünnen Vorsprung mit 46:45 Toren vor Schweden 54:54 und Jugoslawien (44:45).

Angesichts dieser Konstellation und bei sachlicher Analyse der Spiele gibt das Erreichen des Endspiels keinen Grund zur Euphorie. Obwohl das beste Ergebnis seit der WM 1977 – damals wurde der fünfte Platz erkämpft – erreicht wurde. Doch bereits in der Vorrunde dieser Weltmeisterschaft war die Mannschaft auf die Hilfe Polens angewiesen, um noch in die Zwischenrunde zu rutschen. Darüber hinaus waren die Leistungen der einzelnen Spieler zu unbeständig. Allein Torwart Stefan Kellner (München) sowie sein Vereinskamerad Uli Roth und Martin Schwalb (Göppingen) wußten in jedem Spiel zu überzeugen.

Nicht überzeugen konnte dagegen die Nationalmannschaft der Frauen, die bei der B-Weltmeisterschaft ihre minimale Chance auf eine Teilnahme an den Olympischen Spielen 84 endgültig verspielte, weil sie nicht einmal das Entscheidungsspiel um den einzig noch freien Olympiaplatz erreichte.

MOTORSPORT / Langstrecken-Sieg für Porsche

Jacky Ickx ist Weltmeister, viel Lob für Stefan Bellof

dpa, Kyalami

Mit dem Sieg des Porsche-Teams Derek Bell/Stefan Bellof endete der letzte Lauf zur Automobil-Langstrecken-Weltmeisterschaft der Fahrer. Ein kräftiger Regenguß auf dem südafrikanischen Kyalami-Kurs machte die Frage nach dem Titelgewinn noch einmal spannend, weil die in der Gesamtwertung führenden Jacky Ickx/Jochen Mass von der nassen Piste rutschten. Das deutsch/belgische Duo konnte jedoch weiterfahren. An seinem Porsche 956 war nur Karosserieschaden entstanden.

Mit einer hervorragenden fahrerischen Leistung arbeiteten sich Bell/Bellof Runde um Runde vor und hatten sich nach den letzten 1000 Kilometern dieser Endurance-Meisterschaft auf den dritten Platz vorgeschoben. Das reichte aus, um den Spitzenplatz in der Gesamtwertung zu verteidigen und den Vorjahressieg zu wiederholen.

Der 38jährige Belgier Jacky Ickx, bereits im vergangenen Jahr Endurance-Weltmeister mit Porsche, wird voraussichtlich auch im kommenden Jahr einen der Werkswagen fahren. Allerdings will Porsche 1984 nur noch zwei statt drei Werkswagen an der Marken-WM beteiligen. Möglicherweise wird ein Team dann aus Ickx/Bell und das andere aus Bellof/Mass gebildet. „Das Team Ickx/Bell wäre ideal. Wir ergänzen uns vom Temperament her besonders gut", spekulierte der Brite Bell.

Dagegen sieht Stefan Bellof in Jochen Mass zwar einen idealen Partner, „aber eigentlich hoffe ich darauf, über BMW in die Formel 1 zu kommen. Die Chancen stehen 50:50. Noch in diesem Jahr hoffe ich, Genaues zu wissen." Wenn er wechselt, liegen die Beziehungen zu Porsche notgedrungen auf Eis.

Porsches Pressesprecher Reichert meinte dazu: „Wir würden ihn ungern gehen lassen, aber Stefan ist reif für die Formel 1. Er ist eins der Talente, wie sie der Motorsport bei uns vielleicht alle zehn Jahre hervorbringt." Auch in Kyalami war der 26jährige Hesse auf dem 4,1 Kilometer langen Kurs wieder durch die schnellsten Rundenzeiten aufgefallen.

SPORT-NACHRICHTEN

Klare Turn-Niederlage

Schorndorf (sid) – In einem Nachwuchs-Länderkampf gegen die CSSR unterlagen die Turnerinnen des Deutschen Turner-Bundes (DTB) in Schorndorf deutlich mit 182,25:188,20 Punkten. Beste deutsche Turnerin war die 13jährige Marion Schlett aus Unterpfaffenhofen, die mit 37,25 Punkten Platz vier erreichte.

Golf-Team gab auf

Jakarta (dpa) – Am zweiten Tag des Golf-Weltcups mußte die deutsche Mannschaft wegen einer Erkrankung des Augsburgers Karl-Heinz Gögele aufgeben. Das Duo Gögele/Giedeon hatte nach dem ersten Tag unter 32 Mannschaften den 13. Rang belegt.

Kratochvilova und Koch

Prag/Ost-Berlin (sid) – Die beiden Leichtathletinnen Marita Koch („DDR") und Jarmila Kratochvilova (CSSR) wurden in ihren Heimatländern zu Sportlerinnen des Jahres gewählt.

Erneutes Remis

London (dpa) – Nach 39 Zügen trennten sich Garti Kasparow und Viktor Kortschnoi in der achten Partie des Halbfinales im Kandidatenturnier erneut Remis. Der 20jährige Kasparow führt jetzt mit 4,5:3,5.

Olympia ohne Visa

Lausanne (sid) – Sämtliche Teilnehmer der Olympischen Winterspiele 1984 benötigen zur Einreise nach Sarajewo (Jugoslawien) keine Visa, sondern lediglich die olympische Identitätskarte und einen gültigen Reisepaß. Das bestätigte der Generalsekretär des Organisationskomitees dem IOC-Präsidenten Samaranch.

Schwimm-Rekorde

Wuppertal (sid) – Ute Hasse (SSF Bonn) war am ersten Tag der Endrunde um die deutsche Mannschaftsmeisterschaft der Schwimmer in Wuppertal die herausragende Teilnehmerin. Sie verbesserte die deutschen Kurzbahn-Rekorde über 100 m Brust auf 1:10,6 Minuten und über 200 m Brust auf 2:32,1 Minuten. Über 1500 m Freistil sorgte der 18jährige Hamburger Stefan Pfeiffer für Aufsehen, als er den drei Jahre alten Rekord des Kölners Rainer Henkel um 20,3 Sekunden auf 14:53,6 Minuten verbesserte und sich damit an die vierte Stelle der Weltbestenliste schob.

Titel für Wahnsiedler

Fukuoka (sid) – Die Deutsche Judo-Meisterin Petra Wahnsiedler gewann im Finale der internationalen japanischen Meisterschaften in der Klasse unter 61 kg gegen die Weltmeisterschaftszweite Inge-Ilse Sohlheim (Norwegen).

Großhadern vorn

München (dpa) – Der TSV München-Großhadern gewann das erste Europapokalfinale im Judo gegen den JC Rüsselsheim mit 4:3. Die Ausgangsposition für den Rückkampf ist außerordentlich günstig, da die Unterbewertung von 27:13 von Rüsselsheim kaum noch aufzuholen ist.

TC Weiden zog zurück

Düsseldorf (sid) – Einen Tag vor Ablauf der Meldefrist hat der TC Weiden seine Mannschaft aus der Tennis-Bundesliga zurückgezogen. Der Kölner Vorstadt-Verein erklärte diesen Schritt mit dem Abgang mehrerer Stammspieler.

Dauphine Libere abgesagt

Paris (sid) – Die „Dauphine Libere", nach der Tour de France Frankreichs bedeutendstes Rad-Etappenrennen, findet im kommenden Jahr wegen akuter finanzieller Probleme nicht statt.

Einseitiges Fecht-Finale

Moers (sid) – Eine einseitige Angelegenheit für den FC Tauberbischofsheim waren die Florett-Einzel-Endkämpfe bei den deutschen Meisterschaften der Junioren in Moers. Der Klub stellte alle vier Finalteilnehmer. Dabei setzte sich Anje Fichtel gegen Zitta Funkehauser durch, Thorsten Weidner besiegte Alexander Stolz.

Lohhof in der zweiten Runde

München (sid) – SV Lohhof, deutscher Volleyballmeister der Damen, hat die zweite Runde des Europapokals erreicht. Wie schon im Hinspiel besiegte Lohhof den CSSR-Meister Slavia Preßburg mit 3:1. – Im Pokalsieger-Wettbewerb gewann der VfL Oythe das Rückspiel der ersten Runde bei Arcelik Istanbul mit 3:1. Das erste Spiel gewann Oythe mit 3:0.

Leonard wagt Comeback

New York (sid) – Der 27 Jahre alte frühere Box-Weltmeister Ray Leonard will wieder in den Ring steigen. Nach einem Schaukampf vor amerikanischen Soldaten erklärte Leonard: „Ich will nicht erst zurückkehren, ich bin bereits da." Wegen einer Netzhaut-Operation hatte der Amerikaner vor einem Jahr seinen Rücktritt erklärt.

Düsseldorf verliert Spieler

Düsseldorf (sid) – Mit dem Kanadier Steve McNeil hat sich der erste Spieler vom Konkurs bedrohten Eishockey-Bundesligaklub Düsseldorfer EG getrennt. Er wechselt zum Zweitligaklub EHC Essen-West.

Orofino gewählt, aber nur wegen seines guten Namens

Der fünfjährige Hengst Orofino aus dem Gestüt Zoppenbroich hat einen neuen Rekord aufgestellt: Er ist zum drittenmal hintereinander zum Galopper des Jahres gewählt worden.

Bei der gemeinsam vom Galopperverband und der ARD-Sportschau durchgeführten Publikumswahl erhielt *Orofino 39 Prozent (148 812)* Stimmen. Sein Stallgefährte, der Derby- und St.-Leger-Sieger Ordos, folgt mit 138 744 Stimmen (36 Prozent) auf Rang zwei vor Abary mit nur 96 532 Stimmen (35 Prozent). 384 088 Stimmkarten gingen ein. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von fast einer Million Einsendungen. Die Ursachen dafür werden die Verantwortlichen zu erforschen haben.

Daß Orofino bei einer Publikumswahl, *bei der zwangsläufig die Mehrzahl der Teilnehmer rennsportliche Laien sind*, erneut erste Chancen haben würde, war klar. Der Name Orofino ist auch der breiten Sportöffentlichkeit ein Begriff geworden. Trotzdem ist im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren diesmal wohl der Falsche gewählt worden.

Orofino hat in Deutschland 1983 kein einziges Rennen gegen ernsthafte Konkurrenz gewonnen. Die Siege im Gerling- und Hansa-Preis sind im Stellenwert allenfalls Mittelmaß. Als er sich gegen Abary im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf zum Kampf stellte, zog er eindeutig den kürzeren. Seine drei Auslandsstarts in Frankreich steigerten den Wert des Hengstes nicht. Nach zwei Plazierungen im Prix Dollar von Paris-Longchamp und im Grand Prix de Deauville folgte eine absolut nichtssagende Leistung im geschlagenen Feld des Prix de l'Arc de Triomphe von Longchamp.

Die von Journalisten in der Vorauswahl genannten Hengste Ordos und Abary haben zumindest 1983 besseres geboten. Aber gegen den Namen Orofino war wohl nichts zu bestellen.

KLAUS GÖNTZSCHE

STAND PUNKT

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 12. Spieltag: Erfurt – Aue 1:0, Rostock – Leipzig 0:1, Dynamo Berlin – Halle 0:0, Frankfurt – Union Berlin 4:1, Leipzig – Magdeburg 1:1, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Jena 1:0, Riesa – Dresden 1:2. Tabellenspitze: 1. Magdeburg 29:13/17:7, 2. Dynamo Berlin 32:17/17:7, 3. Leipzig 24:12/17:7, 4. Dresden 27:12/16:8.

Erste englische Division, 17. Spieltag: Birmingham – Norwich 0:1, Coventry – Liverpool 4:0, Everton – Aston 1:1, Ipswich – Manchester United 0:2, Leicester – Wolverhampton 5:1, Notts – Sunderland 6:1, Stoke – Luton 2:4, Tottenham – Southampton 0:0, Watford – Nottingham 3:2, Bromwich – Queen's Park 1:2, West Ham – Arsenal 3:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 26:13 Tore/34 Punkte, 2. West Ham 30:14/33, 3. Manchester United 30:17/33, 4. Coventry 28:20/31.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 17. Spieltag: Hagen – Köln 72:78, Gießen – Göttingen 63:65, Heidelberg – Charlottenburg 60:76, Osnabrück – Bayreuth 97:79, Leverkusen – Wolfenbüttel 97:76. – Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: München – Marburg 78:69, Leverkusen – Porz/Hennef 61:74, Düsseldorf – Köln 94:65.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Günzburg – Bergkamen 24:20, Reinikendorf – Lemgo 28:30. B-WM, Damen, in Polen, Gruppe A: „DDR" – Spanien 28:16, Rumänien – Bulgarien 27:13, Schweden – Dänemark 18:14. – Gruppe B: CSSR – Österreich 18:16, Norwegen – Deutschland 18:17, Polen – Holland 22:18. Junioren-WM in Finnland: Um Platz 5: Jugoslawien – „DDR" 18:17, um Platz 7: Finnland – CSSR 19:23, um Platz 9: Spanien – Polen 21:20, um Platz 11: Kuwait – Schweiz 22:26, um Platz 13: Frankreich – Äthiopien 17:20, um Platz 15: Italien – Österreich 18:21.

Freundschaftsspiele: Damen: Braunschweig – Vasas Budapest 10:24. – Herren: Luxemburg – Großwallstadt 20:31.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, (Halle) 4. Spieltag: Gruppe Nord: Gladbach – Berlin 12:9, SW Köln – Hannover 7:7, RW Köln – Celle 24:8. – Gruppe Süd: Stuttgart – Heidelberg 9:4, München – Rüsselsheim 5:4, Dürkheim – Limburg 10:11, Frankenthal – Mülheim 13:7. Bundesliga, Damen, Gruppe Nord, 6. Spieltag: Hamburg – Düsseldorf 7:8, Großflottbek – Raffelberg 7:5. – Gruppe Süd: Charlottenburg – RW Stuttgart 7:5, Brandenburg – Stuttg.-Kickers 11:2, Hanau – Berlin 8:4, Frankfurt – Pasing München 15:0.

JUDO

Europapokal, Final-Hinkampf: München-Großhadern – Rüsselsheim 4:3.

SKI ALPIN

1. Weltcup-Super-Riesenslalom der Herren in Val d'Isère: 1. Enn (Österreich) 1:36,26, 2. Zurbriggen (Schweiz) 1:36,73, 3. Franko (Jugoslawien) 1:37,02, 4. Piccard (Frankreich) 1:38,09, 5. Heinzer (Schweiz) 1:38,14, 6. Luethy (Schweiz) 1:38,22, 7. Mader (Österreich) 1:38,55, 8. Julen (Schweiz) 1:38,80, 9. Roth (Deutschland) 1:38,87, 10. Bürgler (Schweiz) 1:39,01, ... 16. Hirt 1:39,65, ... 20. Felbinger 1:40,00, ... (38. Namberger 1:41,98, ... 39. Dürr 1:42,25, ... 46. Gattermann (alle Deutschland) 1:42,83.

1. Weltcup-Kombination der Herren (Abfahrt/Super-Riesenslalom) in Val d'Isère: 1. Heinzer 17,97 Punkte, 2. Zurbriggen 31,47, 3. Stock (Österreich) 51,75, 4. Kernen (Schweiz) 61,33, 5. Marzola (Italien) 64,99, 6. Wenzel (Liechtenstein) 67,87, 7. Räber (Schweiz) 76,67, 8. Ancey 79,52, 9. Verneret (beide Frankreich) 82,43, 10. Delago (Italien) 83,74, ... 12. Gattermann 83,94, 13. Dürr 89,85, ... 15. Felbinger 93,02.

1. Weltcup-Riesenslalom der Damen in Val d'Isere, Endstand: 1. Hess (Schweiz) 2:24,11 Min. 2. Pelen (Frankreich) 2:25,06, 3. Wenzel (Liechtenstein) 2:25,79, 4. McKinney (USA) 2:26,14, 5. Merle (Frankreich) 2:26,33, 6. Epple 2:26,99, ... 10. Kiehl 2:28,03, ... 15. S. Stotz 2:29,33, ... 19. Gerg 2:29,56, ... 23. Wiesler 2:30,90, ... 25. Mösenlechner 2:31,19, ... 40. Dedler 2:33,78, ... 56. K. Stotz 2:36,78, ... 67. Henkel 2:38,68, ... 69. Gersch (alle Deutschland) 2:38,42. – Gesamtweltcup-Zwischenstand: 1. Epple 80 Punkte, 2. Hess 75, 3. Wenzel 47, 4. Walliser 44, 5. McKinney 39, 6. Ehrat 31, 7. Kiehl 30, 8. Sölkner 27, Charvatova 27, 10. Gantnerova 20.

SKILANGLAUF

15-km-Weltcup-Rennen der Herren: 1. Simjatow (UdSSR) 43:30,30, 2. Kirvesniemi (Finnland) 43:49,30, 3. Behle (Deutschland) 44:02,00, 4. Svan (Schweden) 44:07,40, 5. Aunli (Norwegen) 44:18,60, 6. Östlund (Schweden) 44:24,10, 7. Holte (Norwegen) 44:24,70, 8. Danielsson (Schweden) 44:28,30, 9. Galanes (USA) 44:29,00, 10. Mogren (Schweden) 44:30,60, 11. Dotzler (Deutschland) 44:31,60.

SKI NORDISCH

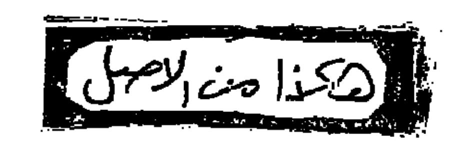
Weltcup-Springen, 70-m-Schanze in Thunder Bay/Kanada: 1. Bulau (Kanada) 239,1 Punkte (93+91), 2. Nykänen (Finnland) 221,8 (91,5+87), 3. Oppas (Norwegen) 221,7 (91,5+88,5), 4. Kokkonen (Finnland) 213,4 (83,5+88,5), 5. Parma (CSSR) 212,7 (85+87,5), 6. Tomasi (Italien) 210,6 (86+86), ... 9. Bauer 204,0 (83+85), ... 15. Waldvogel 190,6 (81,5+82,5), ... 20. Klauser (alle Deutschland) 186,6 (80+79).

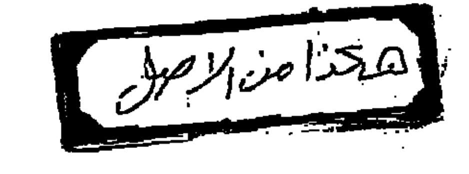
BOB

Sarajevo-Cup, Viererbob, Endstand nach zwei Läufen: 1. „DDR" IV (Wolfgang Hoppe) 1:41,61, 2. „DDR" I (Bernhard Lehmann) 1:41,75, 3. Österreich III (Franz Paulweber) 1:42,98, 4. Deutschland I (Klaus Kopp) 1:42,99, 5. Schweiz I (Silvio Giobellina) 1:43,15, 6. Österreich II (Peter Kienast) 1:43,16, ... 13. Deutschland II (Andreas Weikenstorfer) 1:43,67.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 19, 20, 28, 38, 43, Zusatzzahl: 23. – Spiel 77: 4 0 3 7 6 8 0. – Toto: Elferwette: 2, 0, 0, 0, 0, 1, 1, 2, 0, 1, 0. – Glücksspirale: 5, 77, 485, 8634, 39 354, 628 145, 2 968 150. – Endziffern: Prämienziehung: 686 102, 565 043, 012 600. (Ohne Gewähr)





WINTERSPORT / Tests vor Olympia – Irene Epple führt im Ski-Weltcup – Starke deutsche Langläufer – Eishockey-Niederlage

König Fußball macht Winterpause – der Wintersport regiert. Knapp zwei Monate vor den Olympischen Winterspielen in Sarajevo gibt es die ersten Tendenzen, aus denen Entwicklungen herauszulesen sind.

Aus der Sicht des Sport der Bundesrepublik Deutschland das Erfreulichste: Mit Irene Epple gibt es schon jetzt eine Medaillenkandidatin. Sie sorgte dafür, daß die deutsche Ski-Nationalmannschaft einen so guten Saisonstart hatte wie noch niemals zuvor. Nach ihrem Abfahrtssieg am Donnerstag letzter Woche gewann sie jetzt die erste Kombination. Endgültig in der Weltelite scheint sich auch die 18 Jahre alte Marina Kiehl etabliert zu haben.

In Lake Placid wurde die Frage zum geflügelten Wort, weil ein Fernsehreporter sie angstvoll stellte: „Wo ist Behle"? Die Antwort nach den ersten Weltcup-Rennen: Immer häufiger in der Weltspitze. Jochen Behle ist zu einer Persönlichkeit gereift. Er weiß, was er will, muß nicht aufgefordert werden, sein hartes Trainingsprogramm durchzuziehen. Und er ist inzwischen auch in der Lage, offen zu kritisieren. So wie gestern, als die deutsche Staffel in Reit im Winkl disqualifiziert werden mußte – Franz Schöbel hatte im Wechselraum den verbotenen Schlittschuhschritt benutzt. Behle: „Kann es denn so schwer sein für einen Sportler, sich eine neue Regel zu merken? Wir hatten in den Tagen zuvor doch ausführlich darüber gesprochen ..."

Im Gespräch bleiben die osteuropäischen Bob-Erfolge. Werden die traditionellen Nationen dieses Sports nur Statisten in Sarajevo sein?

Wo ist Jochen Behle? In der Weltspitze . . .

U. BLANKENHORN, **Reit im Winkl**

Für Langlauftrainer Detlef Nirschl und seinen Assistenten Albert Hitz hat sich die Arbeit schon beim ersten Weltcup-Rennen in Reit im Winkl ausgezahlt: Jochen Behle (Willingen) wurde Dritter, Stefan Dotzler (München) machte sich an seinem 23. Geburtstag mit Platz elf selbst das wichtigste Geschenk. Dazu kam noch der neunte Platz von Karin Jäger über die von ihr selbst nicht sonderlich geliebte Fünf-Kilometer-Distanz. Aktive und Trainer aus der Bundesrepublik strahlten mit der Sonne um die Wette.

„Ich bin noch nie so ruhig ein Weltcup-Rennen angegangen", sagte Nirschl, „denn ich wußte, wir werden uns nicht blamieren". „Wir hatten gut trainiert und waren fit und in Form", bestätigte Bundeswehr-Feldwebel Behle. Dotzler, vor drei Tagen vom Bundesgrenzschutz zum Polizeimeister befördert, bestätigte als Vorjahresdritter seinen Schritt in die Weltklasse erneut und zugleich Nirschls These für Sarajevo: „Man muß mit beiden in diesem Winter beim Kampf um die vorderen Plätze rechnen."

Von Medaillen spricht aber niemand. „In Sarajevo kommen dafür !5 Läufer in Frage", sagte Nirschl. „Wer dort um Medaillen rennen will, muß noch weit besser in Form sein", sagte Behle, für den der Auftakt in Reit im Winkl nicht mehr sein sollte, „als ein Gradmesser". Und wie man sieht, „wir sind dabei".

Noch nicht dabei sind Franz Schöbel (39.), Josef Schneider (47.), Dieter Notz (52.) und Peter Zipfel (56.), die beim nächsten Rennen entweder in Kastelruth oder in Ramsau der Olympia-Norm nachlaufen müssen.

Während bei Behle und Dotzler die Wachsarbeit von Albert Hitz zum Glückstreffer wurde, erwischte Schneider die falschen Bretter und mußte sich mit dem Reserveski über 15 Kilometer quälen. Nicht besser erging es auch dem amerikanischen Weltcup-Sieger von 1981, Bill Koch, der auf No-Wax-Ski 36. wurde.

Koch und Mikkelsplass gehören dennoch in Sarajevo zu den festen Größen, wie auch Nikolai Simjatow, 1976 in Lake Placid Olympiasieger über 30 und 50 km und mit der UdSSR-Staffel. Er sprang in Reit für die von der ersten UdSSR-Garnitur fehlenden Athleten in die Bresche und gewann sicher. „Mit ihm muß man rechnen, denn Olympia steht ja wieder vor der Tür", wunderte sich der Finne Harri Kirvesniemi über Simjatows Sieg nicht, wohl aber über seinen eigenen zweiten Platz. „Ich hätte nicht gedacht, daß ich schon so in Form bin."

Berücksichtigt man, daß die stärksten Sowjets, der Finne Juha Mieto und der norwegische !5-Kilometer-Weltmeister Odvar Braa fehlten, bereinigt aber andererseits das Starterfeld von Reit auf die in Sarajevo zugelassenen drei Athleten pro Land – in Reit starten allein zehn Schweden –, dann gehören Behle, Dotzler und eine Karin Jäger in dieser guten Verfassung zweifellos zu den Trümpfen für Sarajevo. Behle, zwölfter in Lake Placid und siebenter der WM von Oslo, sieht sich dem großen Ziel einer Medaille folgerichtig „ein Stückchen näher".

Trainer Nirschl, eher zurückhaltend in Prognosen, sagt freilich unter Freunden von seinem starken Trio: „Wir wollen zur Siegerehrung." Das ist bei diesen Anlässen ein Platz unter den ersten Sechs. Und Nirschl meinte auch, daß ein Platz unter den ersten Sechs bei einem normalen Weltcup-Rennen „in Sarajevo Medaillennähe bedeutet". Das Ziel ist klar, und der Weg dorthin hat sich bereits als richtig erwiesen. „Unser Vorteil ist, daß wir den Athleten die größte Freiheit lassen." Nirschl sieht sich selbst lieber als Organisator, Ansprechpartner und „Mädchen für alles". Wenn er aber mit Behle eine Diskussion über Training führt, „dann spreche ich mit einem Fachmann". Kein Wunder, Behle macht zur Zeit die B-Lizenz als Trainer.

Können ist also vorhanden, das Wissen auch – und seit dieser Saison auch das Wissen um das Können. Denn die Leistungsdiagnostik der Langläufer, erstmals mit zwei neuen, elektronisch gesteuerten Geräten vor Ort vorgenommen, hat die Werte so aktuell geliefert, daß das Training an Ort und Stelle gezielt gesteuert werden konnte. „Per Einsatz dieser Geräte", so Sportdirektor Helmut Weinbuch, „hat uns erst auf den Weg gewiesen, was alles machbar ist". Und das scheint noch eine ganze Menge mehr zu sein.

Unsinns Kritik: „Schwache Stürmer"

W. NIERSBACH, **Calgary**

Während die deutsche Nationalmannschaft im „Northland Coliseum" von Edmonton vergeblich gegen Kanadas Olympiateam ankämpfte und 1:4 (0:0, 0:2, 1:2) verlor, flimmerte plötzlich die bislang größte Überraschung der olympischen Eishockey-Saison über die Anzeigentafel: „USA – UdSSR 5:4". Die wenigsten wollten an die Niederlage des Weltmeisters glauben, doch der Edmonton-„Sun" bestätigte das Resultat schwarz auf weiß, zeigte den jubelnden Torschützen Phil Verchota und stellte in der fingerdicken Überschrift die Frage: „Wiederholt sich das Wunder von 1980?"

1980 – das war das Jahr, in dem ein amerikanisches College-Team den Mythos von der Unbesiegbarkeit des Weltmeisters UdSSR zerstörte und mit dem Gewinn der olympischen Goldmedaille ein ganzes Land in einen Freudentaumel versetzte. Sollte es sich in Sarajevo tatsächlich einstellen, worauf Amerikaner wie Kanadier gleichermaßen hoffen, wäre die Basis eine fast wissenschaftlich betriebene Olympia-Vorbereitung.

Schon seit Ende August befinden sich die Sarajevo-Kandidaten beider Länder im Trainingslager. Die Trainer brauchen keinerlei Rücksicht auf irgendwelche Vereinsinteressen zu nehmen, und im Gegensatz zu manch zurückliegender WM spielt auch das Geld überhaupt keine Rolle. Kanadas größte Bierbrauerei sponsert die Mannschaft bis zu den Olympischen Spielen 1988 in Calgary mit etwa 2,5 Millionen Mark, so daß viele Spieler leichten Herzens den Übertritt ins Profilager hinauszögern. „Wenn man sieht, welche Anstrengungen nicht nur im Ostblock, sondern eben auch in Nordamerika unternommen werden, dann stecken wir noch in den Kinderschuhen", meinte Xaver Unsinn.

Aus ihm sprach keineswegs der Neid, sondern der Realitätssinn, denn mit Rücksicht auf die Bundesligisten mußte er die Terminhetze bei dieser Nordamerika-Tournee akzeptieren, um überhaupt für Olympia testen zu können. Tatsächlich gaben Kühnhackl und seine Kollegen bei diesem ersten offiziellen Länderspiel auf kanadischem Boden einen absolut gleichwertigen Gegner ab. 0:0 stand es nach 30 Minuten, 2:1 nach Franz Reindls Anschlußtreffer in der 43. Minute. Im Endspurt jedoch besaßen die jungen Kanadier (fast alle Spieler stammen von den Jahrgängen 1960–1963) die größeren Kraftreserven.

Die drei Stunden dauernde Busfahrt nach Calgary, Schauplatz des zweiten Vergleichs mit den Kanadiern, nutzte Unsinn zu einer genauen Analyse des unnötig verlorenen Auftakts. „Einige Stürmer haben überhaupt nicht aufs Tor geschossen", kritisierte er. Folglich rückt die Suche nach gut harmonierenden Sturmreihen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Beachtliche Pluspunkte sammelte in Edmonton das neu formierte Trio mit dem Rießerseer Franz Reindl, dem Kölner Gerd Truntschka und dem zum Linksaußen umfunktionierten Rosenheimer Ernst Höfner. Fast uneingeschränktes Lob galt dagegen der Abwehr. Vor dem glänzenden Torwart Karl Friesen, dessen einziger Fehler zum letzten Tor führte, überzeugten alle sechs eingesetzten Verteidiger, besonders Udo Kießling in seinem 150. und der Mannheimer Andreas Niederberger in seinem ersten Länderspiel.

Marina Kiehl aus München überrascht immer mehr

sid, **Val d'Isère**

Innerhalb von vier Tagen feierte Irene Epple den zweiten Weltcupsieg der Saison. Trotz des sechsten Riesenslalom-Ranges gewann die 26jährige Allgäuerin in Val d'Isère die erste Weltcup-Kombination des Olympiawinters vor Weltmeisterin Erika Hess und Liechtensteins Doppel-Olympiasiegerin Hanni Wenzel. Sie übernahm mit 80 Punkten die Weltcupführung vor der Schweizerin (75), die in 2:24,11 Minuten ihr 19. Weltcuprennen vor der Französin Perrine Pelen (2:25,06) und Hanni Wenzel (2:25,79) gewann.

Nach ihren ersten Weltcuppunkten in der Abfahrt sorgte die Münchnerin Marina Kiehl nun auch im Riesenslalom für Furore. In 2:28,03 Minuten fuhr die 18jährige auf den zehnten Rang vor. „Die erreichte Olympia-Qualifikation hat mir Sicherheit gegeben. Ich bin jetzt nicht mehr so nervös wie zuvor", meinte die Junioren-Weltmeisterin im Hinblick auf den letzten Winter, in dem sie im Riesenslalom Rang 17 als Spitzenplatz verzeichnete. Das gute Abschneiden im Sonntags-Rennen bescherte ihr Rang fünf in der Kombination und insgesamt 30 Punkte im Gesamt-Weltcup. Den ersten Zähler der Saison brachte Sonja Stotz (Wildbad) auf ihr Konto. Sichtlich gehandikapt durch die Abfahrts-Verletzung vom Mittwoch belegte sie in 1:29,33 Rang 15.

Irene Epple, die in ihrer Laufbahn schon sieben Weltcup-Riesenslaloms gewann, war mit der Plazierung in ihrer eigentlichen Parade-Disziplin nicht zufrieden. „Schon im Training fand ich schwer meinen Rhythmus, er stellte sich meist erst im dritten Lauf ein. Ich lasse die Skier einfach noch nicht richtig laufen", meinte die Olympia-Zweite die Gründe für den relativ großen Zeitverlust gegenüber Erika Hess gefunden zu haben.

Die 21jährige Schweizerin ritzte mit ihren Skiern ihr Markenzeichen in den Hang. Schon im ersten Lauf lag sie sechs Zehntelsekunden vor Perrine Pelen, die sie zum Saison-Auftakt bereits als Weltcup-Königin im Slalom (14 gegenüber 13 Siegen) entthront hatte. Im zweiten Lauf machte die dreimalige Weltmeisterin noch einmal 35 Hundertstelsekunden gut. „Das einzig Negative ist, daß es dennoch nicht zum Kombinationssieg gereicht hat", meinte Erika Hess, die am Mittwoch bei Irene Epples Abfahrtssieg Rang 16 belegt hatte.

Die Routiniers der letzten Jahre drückten dem ersten Riesenslalom der Saison einen Stempel auf. Hanni Wenzel, bei Olympia wegen des verlorenen Amateurstatus nicht startberechtigt, unterstrich als Dritte, daß sie im Kampf um den Gesamtweltcup erneut stark zu beachten ist.

Am Samstag hatte der Österreicher Hans Enn den ersten Super-Riesenslalom der Saison gewonnen – es war sein dritter Weltcupsieg innerhalb von acht Jahren, in denen er sich schon fast jeden Knochen gebrochen hatte. Schon öfter wurde vermutet, er werde seine Karriere beenden. Jetzt zählt er wieder zu den Medaillenkandidaten.

Befürchtung der traditionellen Bob-Nationen: In Sarajevo nur Statisten

G. KOLLMANN, **Sarajevo**

Der vierfache Triumph der „DDR"-Viererbobs beim Sarajevo-Cup hat es eindrücklich unterstrichen: Im Bob-Sport ist eine neue Ära angebrochen – die absolute Vorherrschaft der Zweier- und Vierer-Schlitten aus Osteuropa. „Wir werden uns damit abfinden müssen, in Sarajevo hinter der DDR und der Sowjetunion her zu fahren und gewissermaßen nur die Rolle der Komparsen auf der olympischen Bühne zu spielen", sagt Werner Delle Karth, Österreichs erfolgreichster Pilot und neuer Trainer des kanadischen Bob-Teams.

Im Sarajevo-Cup, dem letzten Test der neuen Olympiabahn, nahmen die „DDR"-Zweier mit Germeshausen und Lehmann am Steuer und der drittplazierte UdSSR-Bob mit Poikans als Pilot ebenso wie gestern die „DDR" Vierer-Schlitten mit Hoppe, Lehmann, Richter und Germeshausen den Konkurrenten aus 18 Nationen Sekunden ab, die im Bob-Sport Ewigkeiten bedeuten. Als bester westeuropäischer Schlitten landete der Österreicher Weber auf Rang fünf. Klaus Kopp aus Unterhaching blieb als bestem Deutschen aus der Bundesrepublik Platz sechs. Sein Vereinskamerad Andreas Weikensdorfer landete gar auf Platz 17. Mit zwei Sekunden Rückstand auf Sieger Hoppe (1:41,61).

„Da lagen Welten dazwischen", zog Delle Karth ein vernichtendes Resumee, „nicht auszudenken, wenn beispielsweise im Zweier DDR-Piloten mit ihrem fahrerischen Können auf den technisch perfekten Schlitten der Russen sitzen würden." Delle Karth führt die Überlegenheit der Ostblock-Athleten auf zwei entscheidende Punkte zurück: ideale Voraussetzung bei der Ausbildung und Wettkampfvorbereitung und die zur Zeit führende Technologie im Schlittenbau. Er sagt: „Die DDR-Fahrer werden nach strengen Auswahlverfahren auf der technisch schwierigen Oberhofener Bahn bis zur Perfektion gedrillt. Mit ihrem ständig verbesserten Federungssystem haben ihre Bobs die Schlitten der im vergangenen Winter bei den Welt- und Europa-Meisterschaften noch dreimal siegreichen Schweizer abgelöst."

Für den überraschenden Vorstoß der Sowjetunion in die Weltelite der Zweier-Bobs macht Delle Karth vorwiegend den im Gegensatz zu den Konkurrenz-Bobs als starre Konstruktion entwickelten schmalen, mit Negativflügeln über der Lenkachse aerodynamisch vollendeten Schlitten verantwortlich: „Obwohl die vorwiegend lettischen Fahrer des bewußt klein gehaltenen Kaders zum Teil noch wild im Gebirge herumkurven, waren sie im Zweier dank der Technik schon fast so schnell wie die DDR-Bobs."

DGB-Vize Muhr: „Überflüssig wie ein Kropf“

gba. Bonn

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr hat die Einzelgewerkschaften davor gewarnt, ihren Streit über den richtigen Weg bei der Arbeitszeitverkürzung weiterzutreiben. „Die Diskussion darüber, ob die Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder die Verkürzung der Lebensarbeitszeit vordringlich ist, ist so überflüssig wie ein Kropf“, sagte Muhr auf einer Tagung des DGB-Bezirks Bayern in Ingolstadt.

Die Mehrzahl der 17 DGB-Gewerkschaften folgt der IG Metall, die in der Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche eine Vorreiterrolle übernommen hat. Fünf Gewerkschaften – darunter die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), deren Vorsitzender Döding als erster ein Tarifrenten-Modell ausgearbeitet hat, und die mitgliederstarken IG Chemie und IG Bau – setzen auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Muhr ließ keinen Zweifel daran, daß er wie DGB-Chef Ernst Breit der IG-Metall-Linie folgen wolle. „Ganz zwangsläufig“ werde in den meisten Bereichen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche Vorrang haben.

Papst-Zeichen für Einheit

rtr, Rom

Die Teilnahme von Papst Johannes Paul II. an einem evangelischen Gottesdienst wird in Kreisen der katholischen Kirche als historischer Schritt gesehen. Als erstes Oberhaupt der katholischen Kirche überhaupt wollte Johannes Paul II. gestern abend gemeinsam mit Pastor Christoph Meyer in der römischen Christoph-Kirche einen Gottesdienst feiern. Der Papst war im Rahmen der Feiern zum 500. Geburtstag von Martin Luther von der evangelischen Gemeinde in Rom eingeladen worden. Der in deutscher Sprache gehaltene Gottesdienst stellt nach Ansicht von Vertretern des Vatikans das wichtigste ökumenische Ereignis seit der gemeinsamen Messe des Papstes und des Erzbischofs von Canterbury, des geistlichen Oberhaupts der anglikanischen Kirche, dar. Der Papst wurde als Bischof von Rom begrüßt. Nur: „Das Problem ist, daß der Bischof von Rom zugleich der Papst ist“, sagte Meyer.

Supermächte optimistisch über Fortgang in Genf

Nitze: Moskau will Propagandavorteile herausschlagen

DW. Bonn/Sofia

Ranghohe Vertreter der Supermächte haben sich am Wochenende optimistisch über eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen (START) geäußert. Der amerikanische Chefunterhändler bei den parallel in Genf abgehaltenen Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa, Paul Nitze, sagte gegenüber dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, er glaube, daß die Sowjetunion nach Ausnutzung aller vermeintlichen Propagandavorteile nach Genf zurückkehren werde. Der Chefredakteur des Parteiorgans „Prawda“, Afanasjew, äußerte gegenüber einer japanischen Zeitung, nach seiner persönlichen Einschätzung habe die UdSSR die Absicht, die START-Verhandlungen fortzusetzen. Sie würden hierin auch die Mittelstreckenwaffen einbeziehen.

Die Sowjetunion habe zwar keinen Termin für die nächste START-Runde genannt, doch würde sie einen Termin nennen, „sobald sie jeden nur erdenklichen Nutzen herausgequetscht hat, den sie sich von ihrem Rückzug aus Genf verspricht“, sagte Nitze. Was die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen angehe, so nehme er ebenfalls an, daß die Gespräche über die Pershing-2-Raketen, Marschflugkörper und SS-20-Raketen wieder aufgenommen würden.

In Sofia bekräftigte der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Ustinow den Standpunkt Moskaus, die Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen könnten nach Beginn der Stationierung neuer US-Waffen in Westeuropa nicht fortgesetzt werden. Sein Land habe keine andere Wahl, als nun weitere Mittelstreckensysteme im Westen der UdSSR, in der „DDR“ und in der Tschechoslowakei zu stationieren und weitere zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

In einem Beitrag für das SED-Organ „Neues Deutschland“ schrieb der Stabschef der Warschauer-Pakt-Staaten, der sowjetische Armeegeneral Gribkow, der Warschauer Pakt werde seine Gefechtsbereitschaft erhöhen. Neben der Beschleunigung der Stationierung operativ-taktischer Raketen größerer Reichweite in der „DDR“ und der CSSR seien auch Maßnahmen vorgesehen, die das Gebiet der USA direkt beträfen.

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, wertete in einem gestern vom Deutschlandfunk ausgestrahlten Interview die Unterbrechung der Abrüstungsgespräche und die jüngsten scharfen Töne aus Moskau als „verständliche Nachhutgefechte“. Der CDU-Politiker sagte, er erwarte keine Eiszeit im Ost-West-Verhältnis nach dem Beginn der Nachrüstung in der Bundesrepublik.

Shultz bekräftigt enge Bindung an Israel

DW. Washington/Beirut

Die Vereinigten Staaten wollen ihre Marineinfanteristen trotz „wiederholter Provokationen und mörderischer Angriffe“ weiterhin in Libanon belassen, um die „vitalen Interessen“ des Westens im Nahen Osten zu verteidigen. Dies erklärte US-Präsident Reagan in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache. Zugleich würden die USA, so Reagan, ihre diplomatischen Bemühungen in Libanon verdoppeln, um zur Aussöhnung der Bürgerkriegsparteien beizutragen und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon zu erreichen. Der Präsident wiederholte seine Warnung an Syrien, daß die USA alles Notwendige tun würden, um ihre Flugzeuge bei Aufklärungsflügen über Libanon zu schützen.

Syrien drohte inzwischen, es werde neue Gegenmaßnahmen zum amerikanisch-israelischen Abkommen über strategische Zusammenarbeit ergreifen. Radio Damaskus erklärte in einem Kommentar, das Abkommen ziele darauf ab, einen Angriff auf Syrien zu beginnen, eine Vormachtstellung über die Araber zu erlangen.

Eine in Libanon am Freitag abend in Kraft getretene Waffenruhe ist nach wenigen Stunden Dauer am Samstag vormittag wieder gebrochen worden. In den Bergen um Beirut kam es wieder zu Artillerieduellen zwischen drusischen Milizen und der libanesischen Armee.

Seite 6: Enger Spielraum

Bundestag besorgt um eigenes Erscheinungsbild

Fragen auch nach Änderung der Geschäftsordnung

E. NITSCHKE/DW. Bonn

In den Fraktionen des Bundestags ist nach der Haushaltsdebatte erneut die Diskussion über die Selbstdarstellung des Parlaments aufgebrochen. So erklärte Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) im „Süddeutschen Rundfunk“, daß es den Abgeordneten gelingen müsse, die parlamentarische Arbeit für den Bürger durchsichtiger zu gestalten. Dazu gehöre auch, daß „wir kürzer und freier reden“ und „Fremdworte vermeiden“.

Die ehemalige Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher (FDP) kritisierte die derzeitige Debattenpraxis und bezeichnete es in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ als „skandalös“, daß Minister den Abgeordneten Redezeit wegnähmen, die diesen zur Kontrolle der Regierung zustünden. Sie schlug vor, etwa ein Drittel der zur Verfügung stehenden Redezeit jenen Volksvertretern einzuräumen, die von den Fraktionsführungen nicht auf die Rednerliste gesetzt werden. Diese Abgeordneten sollten Positionen vertreten können, „die nicht durch ihre Partei oder Fraktion gefiltert wurden“.

Ein weiterer Punkt, der von den Parlamentariern jetzt diskutiert wird, ist die Frage, ob die Geschäftsordnung des Bundestages geändert werden muß. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ kritisierte FDP-Fraktionsgeschäftsführer Torsten Wolfgramm das „Spiel“, das die Abgeordneten der Grünen mit dem Paragraphen 31 getrieben hätten, nach dem jedem Parlamentarier nach Schluß der Aussprache eine „persönliche Erklärung“ zusteht. Angesichts des Verhaltens der Grünen bei der Nachrüstungsdebatte müsse man „ernsthaft überlegen“, sagte Wolfgramm, die Änderung der Geschäftsordnung in Angriff zu nehmen.

Der ehemalige Bundesjustizminister und heutige SPD-Fraktionsgeschäftsführer Gerhard Jahn lehnte es ab, von einem Mißbrauch durch die Grünen zu sprechen. Im übrigen gelte nach beiden Seiten, daß eine Provokation unterbleibe, wenn man selbst nicht provoziert werde.

Auch Unionsgeschäftsführer Wolfgang Schäuble wollte lieber „mit einer Mischung aus Elastizität und Strenge“ auf die Klimaveränderungen im Bundestag reagieren, die sich durch den Einzug der Grünen ergeben hätten, als mit einer Änderung der Geschäftsordnung. Im übrigen könne man man sich auch auf die Mehrheit der Stimmen im Bundestag verlassen.

Für die Grünen erklärte ihr Abgeordneter Julius Krizsan in der ZDF-Sendung, daß man eben „die Geschäftsordnung nutzt, wie jeder Abgeordneter dieses Hauses das kann“.

Seite 2: Reden ist manchmal Blei

Genscher will Beziehungen zu Prag ausbauen

rtr, Bonn/Wien

Mit unterschiedlichen Akzenten haben die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakei den 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Prager Vertrages gewürdigt. Bundesaußenminister Genscher sprach sich in einem Schreiben an seinen tschechoslowakischen Amtskollegen Chnoupek für den Ausbau der beiderseitigen Beziehungen aus. Angesichts einer schwieriger gewordenen internationalen Lage komme es in besonderem Maße darauf an, den Dialog fortzuführen und die Zusammenarbeit auszubauen. Demgegenüber hieß es in einem Artikel der Parteizeitung „Rude Pravo“, die Stationierung neuer US-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland untergrabe die ansonsten positiven Entwicklungen in den Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die gutnachbarlichen Beziehungen, für die in dem Vertrag die Voraussetzungen geschaffen worden seien, könnten sich im Schatten der auf die sozialistischen Staaten gerichteten US-Raketen nicht entwickeln. Die Konsequenzen aus der Stationierung könnten den Inhalt des Vertrages ernsthaft gefährden.

Nachwahlen in Frankreich

AFP, Paris

Mehr als 150 000 Wähler waren gestern in mehreren französischen Departements zu Nachwahlen aufgerufen. Im Vordergrund der Abstimmung standen zwei Mandate für die Nationalversammlung, die durch die Wahl der bisherigen Abgeordneten in den Senat im September frei geworden sind, außerdem sieben Kantonal- und sechs Gemeindenachwahlen. Bei allen Gemeindenachwahlen der vergangenen Monate hatten die Sozialisten und Kommunisten empfindliche Niederlagen hinnehmen müssen. In Cahors im südwestfranzösischen Departement Lot wurde der Nachfolger des Abgeordneten Maurice Faure, Ex-Minister und seit 31 Jahren Bürgermeister, gestern gewählt. Faure ist ein enger Freund von Staatspräsident François Mitterrand. Die zweite Parlamentsnachwahl findet in Auray im Departement Morbihan statt, wo der bisherige UDF-Abgeordnete und ehemalige Innenminister Giscard d'Estaings, Christian Bonnet, ebenfalls in den Senat überwechselte.

Zimmermann zur WELT: „Bedrohung durch Neonazis hält an“

● Fortsetzung von Seite 1

Anhaltspunkte vor. Kühnen selbst hat nach dem Verbot erklärt: „Wir gehen nicht ins Exil und nicht in den Untergrund.“ Dies stimmt mit unseren bisherigen Erfahrungen bei verbotenen rechtsextremistischen Organisationen überein. Wir werden aber weiterhin die Entwicklung sorgfältig beobachten und – wo nötig – auch eingreifen.

WELT: Sind Ihnen geplante Gewaltaktionen anderer Rechtsextremisten bekannt?

Zimmermann: Möglicherweise bekommen wir jetzt nach Auswertung der sichergestellten Gegenstände neue Aufschlüsse über mögliche Verbindungen im Rechtsextremismus. Die Sicherheitsbehörden haben in der Vergangenheit oft geplante Gewaltaktionen verhindern können. Sie haben mein Vertrauen auch für die Zukunft. Ich hoffe, daß das Verbot der Neonazi-Organisation von allen Extremisten auch als eine deutliche Warnung verstanden wird, daß der Staat Gewalttätigkeit nicht hinnimmt.

WELT: Gab es bei den Durchsuchungen spektakuläre Funde?

Zimmermann: Bei den mehr als 70 Durchsuchungen in Wohnungen von Mitgliedern der verbotenen Organisationen wurde im wesentlichen Propaganda- und Agitationsmaterial – zum Beispiel Flugblätter, NS-Embleme und Hakenkreuzfahnen – gefunden und sichergestellt. Die gefundenen Gegenstände werden von den Sicherheitsbehörden ausgewertet. Mit spektakulären Funden konnte nicht gerechnet werden, da Kühnen und seine Anhänger mit einem Verbot rechneten und entsprechend vorbereitet waren.

WELT: Wie konnte Kühnen mit einem Verbot rechnen?

Zimmermann: Es ist bekannt geworden, daß in Kreisen der ANS/NA schon seit einiger Zeit die Möglichkeit eines sie treffenden Verbotes erwogen worden ist. Sie haben Überlegungen angestellt, wie sie sich in einem solchen Falle verhalten sollten. Auch kann es Kühnen nicht verborgen geblieben sein, daß die Frage, ob ein Vereinsverbot gegen die ANS/NA erlassen werden solle oder nicht, vor einigen Wochen vom nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor in der Öffentlichkeit angesprochen worden ist. Es ist eine bewährte Praxis der Innenminister des Bundes und der Länder – unabhängig vom jeweiligen politischen Standort –, sich zu Fragen der inneren Sicherheit zurückhaltend zu äußern und speziell bei einem bevorstehenden Vereinsverbot keine Erklärung in der Öffentlichkeit abzugeben. Innenminister Schnoor hat jedoch mit einer überflüssigen öffentlichen Verbotsforderung einen Monat vor dem Verbot diese Praxis nicht eingehalten, obwohl er und seine Behörde zu diesem Zeitpunkt durch vorbereitende Besprechungen und ein persönliches Schreiben von mir darüber informiert waren, daß die Vorbereitungen für ein Verbot eingeleitet worden waren.

WELT: Kritisch zur Verbotsverfügung hat sich der Hamburger Verfassungsschutz geäußert. Wie beurteilen Sie dies?

Zimmermann: Die Hamburger Sicherheitsbehörden haben sich vor der Entscheidung im Gegensatz zu allen anderen Beteiligten gegen ein Verbot ausgesprochen, aus Gründen, die mich nicht überzeugen konnten. Es ist ungewöhnlich und widerspricht meinem Verständnis gemeinsamer Verantwortung der Innenminister für die innere Sicherheit, wenn die Hamburger Verfassungsschutzbehörde ihre bekannte Auffassung auch nach dem Verbot offensiv öffentlich vertritt.



Zu weit getrieben

J. Sch. (Paris) – Außenhandelsministerin Edith Cresson hatte wohl das richtige Gespür, als sie auf der letzten Sitzung der großen französisch-sowjetischen Kommission den „roten Milliardär" Jean-Baptiste Doumenge des Saales verwies. Auch dessen beste Beziehungen zur Kommunistischen Partei in Frankreich ließ sie nicht vor dieser Maßnahme zurückschrecken. Denn inzwischen lief gegen Doumenge wegen Steuerhinterziehung ein Ermittlungsverfahren, das ein ziemlich düsteres Licht auf diesen Champignon des Ostexports werfen sollte.

Eine erste Steuernachforderung auf sein Milliardärseinkommen von gerade angeblich 10 000 Franc im Monat wurde vor kurzem allerdings weitgehend annulliert. Hatte er sich nicht derart um den Getreide- und Mehlexport in die Sowjetunion verdient gemacht, daß solches Entgegenkommen gerechtfertigt erschien? Im nationalen Interesse pflegen die französischen Steuerbehörden schon hin und wieder einmal ein Auge zuzudrücken.

Aber dieser Eindruck ist inzwischen verlöscht. Denn dieser Tage wurde Doumenge eine Nachzahlung für immerhin 70 Millionen Franc präsentiert. Es soll dabei um Steuerhinterziehungen bei seinen etwa 50 diversen Gesellschaften gehen. Irgendwo muß es der rote Milliardär also wohl zu weit getrieben haben. Es wird sich natürlich nicht nachweisen lassen, daß es hier um ein politisches Spiel geht. Aber schließlich weiß man, daß Doumenge aus seinen Supergewinnen die KPF mitfinanziert. 70 Millionen Franc weniger in der Kasse wären auch für diese Partei kein Pappenstiel. Beginnt damit in Frankreich die Götterdämmerung der sozialistisch-kommunistischen Koalition?

Halbtagsposten?

Wb. – „Rationalisierung" nun auch in den Vorstandsetagen: Nachdem Bayer bereits eine Reduzierung der Führungsspitze angekündigt hat, mag die BASF offenbar auch nicht mehr zurückstehen. Den altersbedingten Abgang von Finanzchef Ernst Denzel zur Mitte nächsten Jahres will der Chemiekonzern nutzen, einen Vorstandsposten einzusparen. Die Hauptlast des Revirements wird der bisherige Wintershall-Chef Ronaldo Schmitz, mit 45 Jahren das jüngste der bislang 12 Vorstandsmitglieder, zu tragen haben. Zwar gibt er den Bereich Grundchemikalien und den Bereich Energie, Kohle an andere Kollegen ab. Doch neben dem neuen Finanzressort bleiben auch die Bereiche Öl/Gas und Rohstoffeinkauf bei ihm, gewiß keine Ressorts, die „mit links" zu erledigen sind. Ohne an den Fähigkeiten des agilen Schmitz zweifeln zu wollen, stellt sich die Frage, ob es einem weltweit tätigen Konzern mit enormem Bedarf an Kontrolle auf Dauer gut bekommen kann, wenn sein Finanzressort als Halbtagsstelle geführt wird. Dennoch: Es scheint sich nicht um eine Übergangslösung zu handeln.

Luftkreuz Frankfurt

Von GERD BRÜGGEMANN

Während die Grünen in den merkwürdigen politischen Gesprächen, die sie seit Wochen mit dem hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner führen, doch noch zu erreichen suchen, was ihnen weder in zahllosen Gerichtsverfahren noch durch gewalttätige Demonstrationen gelang, nämlich die Startbahn West des Frankfurter Flughafens zu verhindern, geht das umstrittene Bauwerk längst seiner Vollendung entgegen. Spätestens im Sommer 1984 soll es in Betrieb genommen werden. Der größte deutsche Flughafen, der jetzt bedenklich oft an die Grenzen seiner Möglichkeiten stößt, will dann für seine Aufgaben besser gerüstet sein als bisher.

Die deutsche Volkswirtschaft mit ihren vielfältigen weltwirtschaftlichen Verflechtungen braucht ein leistungsfähiges Luftverkehrsnetz, das es ohne leistungsfähige Flughäfen nicht geben kann. Man mag es bedauern, daß der internationale Verkehr sich nicht gleichmäßiger auf die deutschen Flughäfen verteilt, zu ändern ist es nicht. Im Personenverkehr werden knapp 38 Prozent der Passagiere der deutschen Flughäfen in Frankfurt abgefertigt. Der hohe Umsteigeranteil von 40 Prozent macht dabei die Drehscheibenfunktion dieses Hafens besonders deutlich. Im Frachtumschlag liegt der Marktanteil des Rhein-Main-Flughafens bei mehr als 75 Prozent.

Wollte man versuchen, diese Luftverkehrsströme per behördlicher Anordnung beispielsweise nach Köln, Hamburg oder Hannover umzuleiten, so wäre ein Erfolg zumindest zweifelhaft. Wahrscheinlich würde der Verkehr, seinen eigenen Gesetzen folgend, zu anderen europäischen Drehscheiben des Luftverkehrs abwandern, nach Zürich, Amsterdam oder Kopenhagen.

Niemandem wäre damit gedient, weder der Volkswirtschaft noch der Region. Frankfurt ist ja nicht nur einer der größten Flughäfen der Welt – er steht im Passagieraufkommen an elfter und im Frachtumsatz an vierter Stelle – im Lande Hessen ist er nach den Opelwerken auch der bedeutendste Arbeitgeber. 32 000 Menschen finden in 53 Unternehmen einschließlich der Lufthansa ihre Arbeitsplätze, die es ohne den Flughafen nicht geben könnte.

Dieser Flughafen konnte seit Jahren seine Aufgaben nur noch unzulänglich erfüllen. Viele Anfragen von Fluggesellschaften, die bestimmte An- und Abflugzeiten wünschten, mußten abgelehnt werden. Die Start- und Landebahnen konnten den Verkehr von 216 000 Flugbewegungen im Jahr nicht mehr im erforderlichen Umfang aufnehmen. Die beiden parallelen Ost-West-Bahnen sind nur etwas mehr als 500 Meter voneinander entfernt. Ein echter Parallel-Betrieb wie in London-Heathrow ist dabei nicht möglich. Dann wäre ein Abstand von 1300 Metern erforderlich.

Eine gleichmäßige Verteilung der Ankünfte und Abflüge über den Tag ist nicht erreichbar. Vielmehr staut sich der Verkehr täglich viermal. Selbst unter guten Bedingungen führt das immer wieder zu Verspätungen, die, obwohl eine Bahn inzwischen Allwetterlandungen erlaubt, bei schlechtem Wetter ein Ausmaß erreichen, das nicht nur erhebliche Zusatzkosten verursacht, sondern auch Belästigungen von Anliegern und Passagieren mit sich bringt. Die neue Startbahn soll Erleichterung bringen, auch wenn sich Flughafenverwaltung und Flugsicherung noch nicht auf eine Bezifferung der Mehr-Kapazität festlegen mögen.

Auch der Terminal, obwohl erst 1972 eröffnet, stößt immer wieder an seine Grenzen. Rund 18 Millionen Passagiere benutzen den Frankfurter Flughafen im Jahr, täglich 50 000, an Spitzentagen aber auch mehr als 70 000. Zwar kann der Flughafen theoretisch 30 Millionen Passagiere im Jahr abfertigen, aber eben nur theoretisch. Tatsächlich sind schon jetzt oft die Grenzen des Zumutbaren zumindest erreicht.

Obwohl die stürmischen Wachstumsraten der siebziger Jahre im Luftverkehr vorerst sicher der Vergangenheit angehören, wird man auch künftig nicht an Kapazitätserweiterungen vorbeikommen. Das gilt um so mehr, als der Trend zum Großraumflugzeug, dessen Anteil in Frankfurt 21 Prozent beträgt, zum Stillstand gekommen ist. Ein Flugplan mit kleineren Maschinen, die in höherer Frequenz fliegen, erfordert eher größere Flughafenanlagen.

Deshalb gilt auch für den Rhein-Main-Flughafen, was seit Beginn der Luftfahrt überall auf der Welt für die modernen Knotenpunkte des Verkehrs ein geflügeltes Wort wurde: Ein Flughafen ist niemals ganz fertig.

ENTWICKLUNGSHILFE / Finanzierung der Weltbanktochter IDA noch ungewiß

Kapital-Auffüllung scheitert an der unnachgiebigen Haltung Washingtons

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Weltbanktochter IDA (International Development Association), die den ärmsten Entwicklungsländern zinslose langfristige Kredite gibt, weiß immer noch nicht, wieviel Mittel ihr die 33 Geberländer zwischen Mitte 1984 und Mitte 1987 zur Verfügung stellen. Die bereits vor einem Jahr eingeleiteten Verhandlungen über die siebte IDA-Auffüllung sollten am Wochenende in Paris zum Abschluß gebracht werden. Dies ist aber nicht gelungen.

Nachdem die IDA für die vorangegangenen drei Jahre zwölf Milliarden Dollar erhalten hatte, war von der Weltbank zunächst eine Auffüllung von 16 Milliarden Dollar beantragt worden. Dies hätte der IDA erlaubt, unter Berücksichtigung der Volksrepublik China als neuem Empfängerland ihre Hilfe um real etwa fünf Prozent im Jahr zu steigern. Auf der sechsten „IDA 7"-Tagung am europäischen Sitz der Weltbank in Paris ging es aber nur noch um zwölf Milliarden Dollar. Der zweitägige Sitzungsverlauf wurde als „schwierig" bezeichnet.

Entgegen den Erwartungen blieb die amerikanische Delegation bei ihrem Standpunkt, daß sie lediglich 750 Millionen Dollar pro Jahr bereitstellen und ihren Anteil an der Auffüllung von bisher 27 auf 25 Prozent reduzieren will. Dies würde bei der gegenwärtigen Lastenverteilung zwischen den Geberländern ein Finanzvolumen von nur neun Milliarden Dollar erlauben. Eine solche Perspektive hätte „ernste negative Konsequenzen für die ärmsten Entwicklungsländer", erklärte IDA-Delegierter André de Lattre nach der Tagung vor der Presse.

Trotz der Enttäuschung über die unnachgiebige amerikanische Haltung sei aber die Tagung insofern „nützlich" gewesen, als die Vertreter aller anderen Geberländer sich grundsätzlich für eine Auffüllung um zwölf Milliarden Dollar ausgesprochen hätten. Diese Zahl sei die beste Grundlage, um zu einem Kompromiß zwischen der IDA-Forderung (16 Milliarden Dollar) und der amerikanischen Position (neun Milliarden Dollar) zu kommen. Deshalb könnte eine Einigung durchaus auf der für den 11. und 12. Januar nach Washington einberufenen nächsten Konferenz erzielt werden.

Bis dahin will der IDA-Delegierte die einzelnen Geberländer zu einer Erhöhung ihrer Anteile bewegen. Eine grundsätzliche Bereitschaft dazu bestünde insbesondere auf französischer und japanischer Seite. Außerdem könnten sich einige reiche Ölstaaten zu höhereren Leistungen bereit erklären. Auch eine bescheidene Aufstockung des deutschen Anteils von zur Zeit 12,5 Prozent wird von de Lattre nicht ausgeschlossen.

Demgegenüber hatte die Bundesregierung noch vor kurzem unter Hinweis auf die Haushaltskonsolidierung die Absicht bekundet, den IDA-Anteil wieder dem traditionellen Stand von 11,3 Prozent anzunähern. Im übrigen stellte man sich in Bonn auf den Standpunkt, daß der deutsche Anteil von der Höhe des amerikanischen Beitrags abhängig gemacht werden müßte. Auch verschiedene andere Geberländer, darunter Schweden, wollen ihren Anteil etwas zurückschrauben.

Inzwischen haben sich aber die Positionen – mit Ausnahme der amerikanischen – etwas aufgelockert, erklärte de Lattre. Sollte in den nächsten Wochen die Lücke von drei Milliarden Dollar teilweise gefüllt werden können, dann würden sich wohl auch die Amerikaner zu einer nachträglichen Aufbesserung ihrer Zusage bereit erklären. Die anderen Geberländer hätten jedenfalls in Paris einen entsprechenden dringenden Appell an die USA gerichtet. Schließlich dränge die Zeit. Wegen der parlamentarischen Genehmigungsverfahren müsse spätestens im Januar eine Einigung erzielt werden. Sonst sei die IDA Mitte 1984 mittellos.

Wahrscheinlich hat Washington sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Jedenfalls gehen die Meinungen über die Höhe des US-Beitrages innerhalb der amerikanischen Regierung auseinander. Während Finanzminister Donald Regan den Jahresbeitrag von 750 Millionen Dollar als Maximum ansieht, soll Außenminister George Shultz angeblich für 950 Millionen Dollar plädieren.

US-AKTIENMÄRKTE

Eine wachsende Zinsfurcht verschreckt viele Anleger

H.-A. SIEBERT, Washington

Das beste Weihnachtsgeschäft seit vier Jahren und die exzellenten Umsatzaussichten des größten Computerkonzerns der Welt, IBM, haben die US-Aktienmärkte in der vergangenen Woche vor einem steileren Sturz bewahrt. Auf die Kurse drückt die wieder größere Zinsfurcht. Mit wachsender Sorge registriert die Wall Street die Unsicherheit, die das doch schnellere Konjunkturtempo in Amerika, gekoppelt mit den riesigen Haushaltsdefiziten, schafft. Ernst zu nehmende Analysten wie Albert Wojnilower von der First Boston Corp. sagen für die kommenden Monate eine graduelle Kreditverteuerung und für die zweite Jahreshälfte 1984, also vor der Präsidentenwahl im November, eine klassische Überhitzung voraus.

Hinzu kommt aber auch dies: In seiner Rede vor dem Financial Executive Institute in Washington hat Helmut Schmidt die Angst davor geschürt, daß die Westeuropäer den zinsinduzierten Kapitalabfluß in die USA nicht mehr lange hinnehmen könnten. Die von ihm angedrohten Kapitalverkehrskontrollen mögen zwar unrealistisch sein, obwohl sich Portfolio-Investitionen und Einlagen bei amerikanischen Banken durchaus regulieren ließen. Nicht mehr ausgeschlossen wird jedoch, daß „irgendwann etwas passiert". Ein Broker zur WELT: „Wo ist der freie Markt, seitdem die Vereinigten Staaten wie ein Monopolist handeln und den Geldpreis bestimmen?"

Bis nach Manhattan Downtown sind auch die düsteren Erkenntnisse gedrungen, die in dem einwöchigen „brain storming" des American Enterprise Institute, der Denkfabrik der Republikaner, ausgetauscht worden sind. Expräsident Gerald Ford rief Administration und Kongreß auf, „Führerschaft auch in der Wirtschaft" zu demonstrieren, sonst gerate der Rest der Welt in Schwierigkeiten. Der neue Direktor des Congressional Budget Office, der Republikaner Rudolf Penner, warnte vor den enormen Kosten der explodierenden öffentlichen Schuld, die stärker als politisch durchsetzbare Steuererhöhungen zunehmen würden. Nach seiner Rechnung muß Washington 1986 allein für den Zinsendienst 159 (1983: 103) Milliarden Dollar aufbringen.

In diesem Klima sind die Rückzugsgefechte an der Börse verständlich. Im Wochenverlauf sank der Dow-Jones-Industrie-Index um 5,18 (Freitag: minus 1,83) auf 1260,06, der breiter gestreute Nyse-Index um 0,26 (0,05) auf 95,40 Punkte. Die nach vorn gepreschten Blue Chips, die in der Vorwoche schon 12,20 Punkte verloren, erweisen sich als besonders verwundbar. Die große Ausnahme ist IBM, die künftig mit Umsätzen rechnet, die über dem Durchschnittsplus der letzten Jahre (14,5 Prozent) liegen. Ein Stimmungswechsel noch in diesem Jahr ist unwahrscheinlich. Ob positive Faktoren wie höhere Unternehmensgewinne durchschlagen, hängt von der Zinsentwicklung ab. Tagesgeld kostete Freitag 9,49 (Vorwoche: 9,27), dreimonatige Treasury Bills 8,92 (8,85) Prozent.

AUF EIN WORT

„Die deutsche Kohlepolitik versucht an der Tatsache vorbeizusehen, daß die vermeintliche Erhaltung von Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau über Importrestriktionen und über das erhöhte Preisniveau heimischer Kohle Arbeitsplätze der energieintensiven Folgeindustrien beseitigt und damit indirekt auch die Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau gefährdet."

Karl Gustaf Ratjen, Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft AG, Frankfurt. FOTO: DPA

Verstaatlichung von Rumasa bestätigt

AFP, Madrid

Das spanische Verfassungsgericht hat das Dekret der sozialistischen Regierung, mit dem der Konzern „Rumasa" verstaatlicht wurde, für verfassungskonform befunden. Der Einspruch gegen das Dekret war von 51 Abgeordneten der Opposition eingebracht worden. Mit der Ablehnung des Antrags hat das Verfassungsgericht eine schwere innenpolitische Krise verhindert. Für die Verfassungsmäßigkeit der Verstaatlichung des Unternehmens hatten sich nur die Hälfte der 12 Mitglieder des Verfassungsgerichts ausgesprochen, die Entscheidung wurde durch den Vorsitzenden des Gerichts herbeigeführt.

KAPITALVERKEHR

USA warnen vor Einführung von Devisenkontrollen

dpa, Brüssel

US-Finanzminister Donald Regan hat die Europäer vor der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen gewarnt, wenn sie ihre Wirtschaft vor den Folgen der Kapitalflucht in den starken Dollar schützen wollten. Regan betonte vor Journalisten in Brüssel, die amerikanische Regierung trete nachdrücklich für den freien Kapitalverkehr ein. Alles, was den freien Fluß des Kapitals behindere, bewirke das Gegenteil. Denn Interessenten würden auch bei Beschränkungen der Kapitalausfuhr immer einen Weg finden, um die Kontrollen zu umgehen.

Bei dem Treffen einer US-Ministergruppe unter Leitung von Außenminister George Shultz mit der EG-Kommission am Vortag in Brüssel habe er zwar zahlreiche Klagen der Europäer über die katastrophalen Auswirkungen des hohen Zinsniveaus und des harten Dollar gehört, sagte Regan. Neue Argumente seien aber nicht darunter gewesen. Er lehnte weiter jeden staatlichen Eingriff in den Devisenmarkt ab, weil „das nichts nützt".

Regan bedauerte, daß die Europäer das große Haushaltsdefizit der USA immer noch als Hauptursache für das hohe Zinsniveau hinstellten. Für ihn sei die Höhe der Zinsen auch von der Steuerpolitik, den monetären Fragen und den Inflationserwartungen abhängig. Obwohl er nicht an die europäische Defizit-Theorie glaube, strebe er in den anstehenden Haushaltsberatungen auch für das Wahljahr 1984 eine Senkung der Staatsschulden an, die sich 1983 auf rund 185 Milliarden Dollar belaufen würden. Die USA müßten zur Zeit 24,5 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Schulden aufbringen, in manchen EG-Ländern seien es aber bis zu 40 Prozent.

HANDELSGESPRÄCHE

Noch keine Annäherung im Streit um EG-Agrarpolitik

WILHELM HADLER, Brüssel

Wenig bewegt hat sich bei den handelspolitischen Konsultationen zwischen der EG-Kommission und führenden Mitgliedern der US-Administration. Wie bei einer gemeinsamen Pressekonferenz deutlich wurde, beharren beide Seiten vor allem im Agrarbereich unverändert auf ihren Standpunkten. Landwirtschaftsminister John Block warnte die Gemeinschaft davor, die Kosten der Reform der Agrarpolitik auf die Amerikaner abzuwälzen. „Wir haben unsere eigene Milchpreis-Stützung gekürzt, ohne die Kasein- und Käseimporte aus der EG zu begrenzen", sagte er. Washington sei nicht bereit, die Vorschläge der Kommission für eine Stabilisierung der Einfuhren von Corn Gluten zu akzeptieren. Statt die wenigen offenen Stellen zu schließen, die noch bei den Handelsbarrieren um die EG bestünden, müsse die Gemeinschaft darangehen, ihren Protektionismus abzubauen.

Demgegenüber versuchte die EG-Delegation, den Washingtoner Ministern klarzumachen, daß das (in Athen vorerst gescheiterte) Programm zur Reform der europäischen Agrarpolitik auch den Konkurrenten der Gemeinschaft auf den Weltmärkten Vorteile bringen werde. Sowohl bei den Getreidesubstituten wie bei der geplanten Fettabgabe werde sich die Kommission strikt an die Gatt-Regeln halten. Die umstrittene Fettsteuer würde nach Meinung der Kommission so gut wie keine Auswirkungen auf den Import amerikanischer Sojabohnen haben. Offenbar haben die Amerikaner vor allem die Befürchtung, daß eine einmal eingeführte Abgabe später leicht aufgestockt werden könnte. Begrüßt wurde von amerikanischer Seite die Absicht der EG, die Getreidepreise schrittweise an die der wichtigsten anderen Erzeugerländer anzugleichen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Exportkredit für Brasilien zugesagt

New York (rtr) – Der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosiere, hat nach Angaben aus Bankenkreisen versichert, daß westliche Regierungen sich zur Bereitstellung von 2,5 Milliarden Dollar an Exportkrediten für Brasilien verpflichtet haben. Diese Kredite sind ein wichtiger Bestandteil des elf Milliarden Dollar-Finanzpaketes für Brasilien. Ihre Bereitstellung durch die Regierungen ist Bedingung für die Auszahlung eines parallelen Kredits von Geschäftsbanken an Brasilien in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar. De Larosiere habe den Banken versichert und den IWF-Rat darüber informiert, daß die 2,5 Milliarden da sind, sagte ein Banker am Freitag.

Weg der Kurse

	9. 12. 83	2. 12. 83
Boeing	45,625	44,75
Chrysler	28,50	28
Citicorp	35,375	35,375
Coca-Cola	56,75	56,50
Exxon	38,625	38,375
Ford Motors	41,50	61,375
IBM	121,75	117,875
PanAm	8,75	8,375
US Steel	29,125	29,375
Woolworth	36,625	38

Konjunktur-Optimismus

Hamburg (dpa/VWD) – Vor dem Hintergrund eines nunmehr auch vom Export getragenen konjunkturellen Aufschwungs erwartet die Vereins- und Westbank, Hamburg, für die Bundesrepublik 1984 ein wirtschaftliches Wachstum von rund 2,5 Prozent. Diese optimistische Entwicklung hält die Bank für realisierbar, wenn mehrere günstige Entwicklungen zusammentreffen. Zur Zeit werde der wirtschaftliche Aufschwung vor allem von der Inlandsnachfrage als auch zunehmend vom Export getragen.

Höhere Bleipreise

Hamburg (dpa/VWD) – Bei anhaltend konjunktureller Belebung in den Industrieländern ist nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in der westlichen Welt für 1984 mit einem steigenden Blei-Verbrauch zu rechnen, obwohl der zurückgehende Bleieinsatz bei der Benzinherstellung bremsend wirkt. Es sei aber zu berücksichtigen, daß bei der Konjunktur-Besserung die Verarbeiter ihre jetzt niedrigen Vorräte aufstocken werden. An der Londoner Metallbörse dürften daher Nachfrage und Preise spürbar steigen.

Kredit für Getreidekauf

Khartum (dpa/UPI) – Die Vereinigten Staaten haben Sudan eine langfristige Anleihe in Höhe von 30 Millionen Dollar zum Ankauf von amerikanischem Weizen und Mehl eingeräumt. Dies meldete die amtliche sudanesische Nachrichtenagentur SUNA am Sonnabend. Es ist bereits die zweite Anleihe zum Ankauf amerikanischen Getreides, die Washington der Regierung in Khartum 1983 eingeräumt hat. Bei der ersten handelt es sich um einen 50-Millionen-Dollar-Kredit.

UdSSR-Erdgasförderung

Moskau (dpa/VWD/ – Die sowjetische Erdgasförderung soll in diesem Jahr 529 Milliarden Kubikmeter erreichen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur teilte am Samstag ferner mit, daß ein Prozent dieses Erdgases aus Westsibirien stamme. Experten schätzten, daß dort bis zum Jahre 1990 jährlich 500 Milliarden Kubikmeter Erdgas gewonnen werden könnten.

Staubsauger und Fernseher

Wiesbaden (dpa) – Staubsauger und Fernsehgeräte sind offenbar die unentbehrlichsten Helfer und Unterhalter in bundesdeutschen Haushalten: In 96 von 100 Haushalten gibt es einen Staubsauger, und in 94 steht ein Fernsehgerät. Dies ist das Ergebnis einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Londoner Kassapreise

	9. 12. 83	2. 12. 83
Kupfer (£/t)	999,5	997,5
Blei (£/t)	282,125	283,5
Zink (£/t)	591,75	587
Zinn (£/t)	8750	8667,5
Gold ($/Unze)	388,875	398,375
Silber (p/Unze)	644,40	667,25
Kakao [1] (£/t)	1787	1638,5
Kaffee [2] (£/t)	1967,5	1905,5
Zucker (£/t)	134,5	138
Kautschuk (p/kg)	84,50	82,5
Wolle (p/kg)	411	405
Baumwolle [3] (cts/lb)	89,80	89,25

[1]) Abladung März; [2]) Abladung März; [3]) A-Index-Preis Liverpool

IFO-STUDIE

Zuwachs im Wohnungsbau ab 1987 deutlich geringer

DANKWART SEITZ, München

Einen Anstieg um sechs Prozent des gesamten Bauvolumens in der Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren gegenüber 1982 erwartet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München. Dennoch wird die Baubranche aufgrund einer stärkeren Produktivitätssteigerung zu den Sektoren gehören, die Arbeitskräfte abbauen werden. Zudem geht man davon aus, daß sich die Strukturverschiebungen zwischen den einzelnen Bausparten fortsetzen.

Am stärksten expandieren wird nach Meinung des Instituts der Wirtschaftsbau mit 16 Prozent. Er profitiert davon, daß das längerfristige Wirtschaftswachstum von den Investitionen bestimmt wird. Zudem erforderten Strukturmaßnahmen und neue Technologien umfangreiche Baumaßnahmen. Der öffentliche Bau werde dagegen wegen großer Finanzierungsprobleme rund 2,5 Prozent gegenüber 1982 einbüßen.

Beim Wohnungsbau rechnet das Ifo zwar auch mit einem um insgesamt sechs Prozent höheren Bauvolumen bis 1993, doch würden die Zuwachsraten gegen Ende dieses Jahrzehnts deutlich geringer ausfallen. Für 1983 erscheint dem Institut ein Zuwachs von fünf Prozent gesichert; 1984 könnten es sogar sechs Prozent sein. Nach einer schwächeren Expansionsphase wird spätestens ab 1987 aber ein zyklisch bedingter Rückgang der Bauinvestitionen erwartet.

Aufgrund dieser Entwicklung wird der Wohnungsbau, so das Ifo, 1993 am gesamten Bauvolumen nur noch einen Anteil von 47,9 (1982: 48,7) Prozent haben, während der Wirtschaftsbau mit 29,2 (27,4) Prozent an Bedeutung gewinnt. Der öffentliche Bau steuert nur noch 22,9 (23,9) Prozent bei.

SAUDI-ARABIEN / Deutsche Firmen des Anlagenbaus erhoffen neue Großaufträge

Chancen nur bei knapper Kalkulation

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Chancen stehen nicht schlecht, daß auch der deutsche Export nach Saudi-Arabien wieder in Schwung kommt. Der Delegierte der deutschen Wirtschaft in Riad, Marc Landauer, hat den Eindruck gewonnen, daß die Saudis den Fuß von der Vergabe-Bremse genommen haben. Wie auf Anfrage beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) zu erfahren ist, haben die staatlichen Stellen in Saudi-Arabien ihre Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe inzwischen wieder aufgegeben. Allerdings rechnen die ortsansässigen Firmen nicht damit, daß die Vergabe von Großaufträgen wieder mit dem Tempo der späten siebziger Jahre nach oben schnellen wird. Doch hegen vor allem mehrere deutsche Großunternehmen des Anlagebaus Hoffnungen, bei einer Reihe von Projekten von jeweils dreistelliger Millionenhöhe zum Zuge zu kommen.

Sie stellen sich, so der Eindruck des DIHT, jedoch darauf ein, daß sie bei der Angebotskalkulation bis an die unterste vertretbare Grenze gehen müssen. Dabei spiele auch eine Rolle, daß in diesem Jahr deutsche Firmen bei einer Reihe von Projekten nicht zum Zuge gekommen sind. Sie wurden nicht nur von der asiatischen Billigkonkurrenz aus dem Felde geschlagen, sondern sie wurden auch von westeuropäischen Mitbewerbern um bis zu 50 Prozent unterboten.

Zu Beginn des Jahres hat es eine eindeutige Regierungsdirektive gegeben, während des Frühjahrs und der Sommermonate sowohl die Ausschreibungen als auch die Auftragsvergabe auf das unabdingbare Minimum zurückzuschrauben. So sank der Index neu vergebener Bauaufträge von Jahresbeginn bis Ende September um 53 Prozent.

Zwar mußte Saudi-Arabien statt der gewohnten Überflüsse im ersten Halbjahr 1983 ein Defizit in der Handelsbilanz hinnehmen, das jedoch mit 4,3 Milliarden Rial oder 3,3 Milliarden Mark deutlich niedriger ausfiel, als zunächst erwartet worden war. Immerhin war nicht nur die Ölförderung gesunken, sondern im März wurde auch der Opec-Höchstpreis um fünf auf 29 US-Dollar je Barrel zurückgenommen. Trotzdem verharrte die saudische Einfuhr mit umgerechnet 54 Milliarden Mark im ersten Halbjahr auf dem Niveau des Vorjahres. In jüngster Zeit stieg sie sogar schon wieder.

Der geringere Ölpreis scheint durch die seit Mitte des zweiten Quartals wieder spürbar angestiegene Erdölproduktion gut aufgefangen worden zu sein. Im Durchschnitt seien im ersten Quartal rund 3,3 Millionen Barrel pro Tag exportiert worden. Seit Juli schöpft Saudi-Arabien seine Opec-Quote von fünf Millionen voll aus. Dadurch dürfte die nach dem laufenden Haushaltsplan erforderliche Exportmenge von 4,5 Millionen im Jahresdurchschnitt erreicht werden.

FRANKREICH

Verschärfte Kreditbegrenzung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auf vermutlich sechs Prozent will die französische Regierung die Zuwachsrate der Geldmenge M2 – Bargeld, Girokonten (ohne die der ausländischen Banken und der öffentlichen Institute), Sparguthaben und kurzfristige Sichteinlagen – für 1984 festsetzen. Nachdem sie 1982 noch um zwölf Prozent gestiegen war, wurde das diesjährige Geldmengenziel von ursprünglich zehn Prozent im Rahmen des Austerity-Plans vom letzten März auf neun Prozent reduziert. Dadurch sollte das Anti-Inflationsziel von acht Prozent abgesichert werden.

Für das nächste Jahr erstrebt die Regierung eine Ermäßigung der Inflationsrate von wahrscheinlich etwas mehr als neun Prozent 1983 auf fünf Prozent. Das neue Geldmengenziel würde diese Bemühungen unterstützen. Um es zu erreichen, müßten insbesondere die quantitativen Kreditbeschränkungen verschärft werden. Es ist die Rede davon, daß die Kreditkontingente der Banken auf ihren Stand von Ende 1983 eingefroren werden.

Gegenüber Ende 1982 war die höchstzulässige Expansion für Kredite an Unternehmen von ursprünglich drei auf 2,5 Prozent und für Konsumentenkredite von fünf auf drei Prozent reduziert worden. Dagegen wurde für Exportkredite die zulässige Wachstumsrate von zwölf auf 15 Prozent erhöht. Allerdings können die Banken durch die Ausgabe von Obligationen bis zu 90 (100) Prozent des Anleiheertrags zusätzliche Kredite ausleihen.

Eine wesentliche Beeinträchtigung der Liquiditätslage der Wirtschaft wird aber von den verschärften Kreditbeschränkungen nicht unbedingt erwartet. Denn die meisten Unternehmen haben wegen der schlechten Konjunktur inzwischen ihre Vorräte abgebaut und benötigen dafür weniger Kredite.

USA

Milliarden-Klage gegen Shell

AP, Denver

Auf Antrag der amerikanischen Streitkräfte hat die US-Regierung am Freitag den Ölkonzern Shell Oil Co. auf Schadenersatz für die Beseitigung der Umweltschäden in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar (rund 5,2 Milliarden Mark) verklagt. Wenige Stunden später wurde im selben Fall vom US-Staat Colorado gegen die US-Regierung und die US-Streitkräfte selbst sowie gegen Shell Klage auf Schadenersatz erhoben. Gegenstand des Streits ist die chemische Verseuchung des Bodens, der Gewässer, der Luft und der Pflanzen- und Tierwelt auf einem rund 70 Quadratkilometer großen Gelände des US-Heeres bei Denver, auf dem Shell von 1952 bis 1982 ein kleines Chemiewerk betrieben hat.

Den Klagevorschriften zufolge wurde das Gelände durch 43 gefährliche Chemikalien vergiftet, die in Boden und Gewässer einsickerten oder in die Luft abgelassen wurden. Colorado wirft der US-Regierung und dem US-Heer vor, Umweltschutzauflagen nicht durchgesetzt zu haben, mit denen die Verseuchung des Areals mit jetzt verbotenen Pestiziden und chemischen Kampfstoffen hätte verhindert werden können. Die von der US-Regierung verlangte Entschädigung ist die höchste in der Geschichte der USA.

Die amerikanischen Streitkräfte haben nach eigenen Angaben bereits 40 Millionen Dollar zur Erforschung der Umweltschäden auf dem Gelände ausgegeben. Weitere 1,9 Milliarden Dollar seien erforderlich, um die andauernde Gesundheitsgefährdung zu beenden sowie die Schäden zu beseitigen und wiedergutzumachen. Ausdrücklich heißt es in der Klage, das US-Heer übernehme die Verantwortung für die Umweltschäden, die von der langjährigen Lagerung chemischer Kampfstoffe auf dem Gelände herrührten.

ZAHNRÄDER RENK / Teilweise Kurzarbeit – Im Export einige Projekte in Sicht

Nur Fahrzeug-Getriebebau läuft gut

DANKWARD SEITZ, München

Mit einem Auftragsbestand von 325 Mill. DM ist die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, in das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) gegangen. Fast entsprechend der allgemeinen Konjunkturentwicklung entfällt allerdings davon ein ganz wesentlicher Teil auf den Fahrzeuggetriebebau, dessen Grundauslastung damit für längere Zeit gesichert ist. Sorgen in dieser Sparte dürfte Renk auch im kommenden Jahr nicht haben. Noch steht aus dem Leopard-2-Programm der Bundeswehr das letzte Los aus, für das Anfang 1984 mit der Auftragserteilung gerechnet werden kann. Zudem wird, nachdem sich die Schweiz für die Anschaffung dieses Kampfpanzers entschieden hat, ein weiteres Auftragsvolumen erwartet.

Unter wachsendem Auftragsmangel leiden dagegen die übrigen Getriebebausparten, wie es in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht für 1982/83 heißt. Hier mußte bereits im Oktober für einen Teil der 1848 (1880) Mitarbeiter Kurzarbeit eingeführt werden. Umfang und Dauer seien von der Entwicklung in den kommenden Monaten abhängig. Im Exportgeschäft bearbeite man zwar eine „beträchtliche Zahl aussichtsreicher Projekte", ihre Realisierung verzögere sich aber immer wieder. Insgesamt hofft der Vorstand dennoch, für 1983/84 ein wieder zufriedenstellendes Ergebnis vorlegen zu können.

Schon im abgelaufenen Geschäftsjahr bekam Renk in wesentlichen Bereichen der Einzelfertigung die weltweit schwache Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus zu spüren. Bedingt dadurch blieb der Auftragseingang mit 253 Mill. DM um 15 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Exportanteil daran fiel von 67 auf 46 Prozent zurück.

Beim Umsatz ist dem Unternehmen allerdings nochmals eine Steigerung um 18,1 Prozent auf 339,9 Mill. DM gelungen, womit der Umsatz in den letzten drei Jahren fast verdoppelt werden konnte. Dieser Zuwachs resultierte aber im wesentlichen aus einem Bestandsabbau um 27,3 Mill. DM. Vor allem bei Schiffsgetrieben wurde eine beachtliche Zahl großer Einheiten abgeliefert, heißt es dazu. Der Exportanteil erhöhte sich leicht auf 63 (58) Prozent.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt bei einem auf 11,5 (14,9) Mill. DM verminderten Zinsaufwand und auf 21,5 (17,3) Mill. DM gestiegenen sonstigen Aufwendungen mit einem Jahresüberschuß von unverändert 2,8 Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 2,93 (2,89) Mill. DM werden wieder 7 DM je 50-DM-Aktie auf das erhöhte Grundkapital von 25 (20) Mill. DM ausgeschüttet. An dem Unternehmen ist die GHH mit gut 85 Prozent beteiligt; der Rest liegt in Streubesitz.

IBM erwartet 14 Prozent Umsatzplus

dpa/VWD, New York

Der weltgrößte Computerhersteller, die International Business Machines Corp. (IBM) rechnet für 1984 mit einer Umsatzsteigerung von 14 Prozent. Diese optimistische Prognose machte IBM-Finanzchef, Allen J. Krowe, in New York. Für das laufende Jahr erwartet IBM ebenfalls Rekordergebnisse. Das Unternehmen hat in den ersten neun Monaten 1983 rund 3,62 (Vorjahr: 2,9) Mrd. Dollar (rund 9,5 Mrd. DM) verdient und 27,9 (23,3) Mrd. Dollar umgesetzt. In diesem Jahr hat IBM die Forschungsausgaben gegenüber dem Vorjahresbetrag von 2,1 Mrd. Dollar um 20 Prozent erhöht und plant auch für 1984 eine entsprechende Steigerung.

Bund will Mehrheit bei Saarstahl

rtr, Saarbrücken

Die Bundesregierung und die saarländische Landesregierung verhandeln gegenwärtig mit dem luxemburgischen Stahlkonzern Arbed über eine Übernahme der Verantwortung für dessen Tochter Arbed Saarstahl GmbH. Wie der saarländische Finanzminister Gerhard Zeitel (CDU) mitteilte, soll die gegenwärtig 100 Prozent betragende Beteiligung des Mutterkonzerns an Saarstahl auf 24 Prozent abgebaut werden. Ziel der Operation ist es, Bund und Land, die seit 1978 das Unternehmen mit mehreren Milliarden DM öffentlicher Hilfen unterstützt haben und sich daher bereits in einer eigentümerähnlichen Position befinden, einen größeren Einfluß auf die Geschäftsführung zu geben.

Devisenkontrollen wieder gelockert

dpa/VWD, Canberra

Ein Großteil der am Freitag eingeführten Devisenkontrollen in Australien ist gestern wieder aufgehoben worden. Die Kontrollen waren im Zusammenhang mit der Freigabe des Wechselkurses des australischen Dollar verordnet worden. Nach einer Mitteilung der australischen Zentralbank werden unter anderem alle Devisenkontrollen bei Zahlungen für Exporte und Importe aufgehoben. Auch die Beschränkungen für ausländische Investitionen, ausgenommen jene hinsichtlich einer ausländischen Kontrolle über australische Gesellschaften, fallen weg. Im übrigen ist jetzt australischen Bürgern erlaubt, Bankkonten in ausländischen Währungen zu eröffnen.

KAFFEE

Harte Kritik am Abkommen

J. BRECH, Hamburg

Scharfe Kritik hat der Deutsche Kaffee-Verband, Hamburg, an dem internationalen Kaffee-Abkommen geübt, das zur Verlängerung ansteht und dessen Vertragstext derzeit in den Bundestagsausschüssen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wirtschaft beraten wird. Wenn es nicht gelinge, das Abkommen flexibler dem Marktgeschehen anzupassen, sollte man besser ganz darauf verzichten, betont der Verband.

Das Abkommen sei zwar vom Grundgedanken her zu akzeptieren, aber mit unerträglichen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen behaftet. Einmal hätten die garantierten Mindestpreise zu einer rasant steigenden Kaffee-Überproduktion und zu einer Spaltung des Marktes geführt. So könnten Nichtmitgliedsländer, vornehmlich aus dem Ostblock und dem Nahen Osten, Rohkaffee zu weniger als halben Preisen gegenüber den Mitgliedsländern einkaufen. Die Mitgliedsstaaten subventionierten also die Nichtmitgliedsstaaten.

Zum anderen sei die starre Haltung der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO) in der sogenannten Quotenregelung auf Dauer nicht tragbar. Die gerade auf dem deutschen Markt geforderten Spitzenqualitäten stünden infolge der Quotenzuteilung nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Im harten Wettbewerb sei aber kaum genügend Luft für den Zukauf von Spitzenqualitäten.

Die Probleme können nach Meinung des Verbandes nur gelöst werden, wenn durch ein vernünftiges Preisniveau der Anreiz zur Überproduktion verringert wird und durch ein Überdenken der planwirtschaftlichen Quotenregelung flexibler auf die Markteinflüsse reagiert werden kann. Bleibe die ICO bei ihrer Haltung, müsse das zu Konsumeinschränkungen führen, die weder im Interesse der Produzenten noch der deutschen Kaffeewirtschaft lägen.

EG-MINISTERRAT

Widerstand gegen Multi-Richtlinie

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf harten Widerstand ist im EG-Ministerrat der Richtlinien-Entwurf über die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern in multinationalen Gesellschaften gestoßen. Vor allem die konservative britische Regierung ließ keinen Zweifel daran, daß sie die (nach dem früheren Brüsseler Kommissar benannte) Vredeling-Richtlinie nicht passieren lassen will. Die Briten machten deutlich, daß sie gegen jede bindende Regelung der Arbeitnehmer-Konsultationen auf Gemeinschaftsebene sind.

Auch die dänische und irische Regierung äußerten Bedenken: Während die Dänen auf ihr gut funktionierendes nationales System verwiesen, brachten die Iren die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch die EG-Richtlinie ausländische Investoren abgeschreckt werden könnten. Tatsächlich waren sowohl die amerikanischen Handelskammern wie der japanische Industrieverband Keidanren mit Protesten bei der EG vorstellig geworden. Im Europaparlament wurde daraufhin 1982 eine erheblich abgemilderte Version befürwortet. Auch die Kommission hat inzwischen Änderungen an ihrem Entwurf vorgenommen.

Die Kommission begründet ihre Vorlage damit, daß das Recht der Arbeitnehmer auf Anhörung und Unterrichtung gegenwärtig meist auf die örtliche Ebene beschränkt ist und damit nicht der Wirklichkeit der Entscheidungen in Großunternehmen entspreche. Firmen, die in der EG mindestens 1000 Arbeitskräfte beschäftigen, sollen deshalb verpflichtet werden, ihre Tochterunternehmen mindestens einmal im Jahr mit Informationen über die Unternehmensstruktur, die wirtschaftliche und finanzielle Lage, die voraussichtliche Geschäftsentwicklung sowie über wichtige Investitionsvorhaben zu versorgen, die diese an ihre Mitarbeiter weiterleiten müssen.













RATIONAL KÜCHEN / Umwandlung zur AG geplant

Weiter auf Wachstumskurs

DOMINIK SCHMIDT, Riemsloh

Deutlich über den Planzahlen liegende Ergebnisse erzielte 1983 die WF Rational Einbauküchen GmbH, Melle-Riemsloh. Firmenchef Walter Fischer, der vor Jahresfrist ein Plus von 7 Prozent anvisiert hatte, geht jetzt von einem realisierten Umsatz in Höhe von 195 (172) Mill. DM aus. Das entspricht einem Zuwachs von 13,4 Prozent. Für die Steigerung sorgten allein die inländischen Betriebe. Das Werk in Irland steuerte nur 22 (24) Mill. DM zum Gesamtumsatz bei, weil der Betrieb umgestellt und die Produktion dadurch beeinträchtigt wurde.

Zuversichtlich beurteilt Fischer die Aussichten im kommenden Jahr. Mittlerweile habe sich das Unternehmen mit seinem Küchenmöbelprogramm dem oberen Niveau genähert. Auch vor diesem Hintergrund seien die Preise zur Jahresmitte 1983 um 5 Prozent angehoben worden. Die neuen Preise seien bis Ende 1984 garantiert. Beschäftigungssorgen für die insgesamt 900 (850) Mitarbeiter gebe es nicht; der Auftragsbestand reicht für fünf bis sechs Wochen. Fischer rechnet für 1984 mit einem realen Umsatzplus von 5 Prozent.

Verbessert hat sich 1983 die Ertragslage, wenngleich konkrete Zahlen nicht genannt werden. Die Umsatzrendite vor Steuern dürfte aber die 3-Prozent-Marke überschritten haben. Dem Ziel der Stabilisierung dient ein umfangreiches Investitionsprogramm, das finanziell allerdings noch nicht abgesichert ist. Fischer will 10 (4) Mill. DM für den Bau einer neuen Halle am Stammsitz und den Ausbau des Werks in Holzhausen investieren.

Nachdem Ende 1982 die Rechtsform des Unternehmens von der GmbH & Co KG in eine GmbH geändert wurde, beabsichtigt Fischer, „in zwei bis drei Jahren" die Umwandlung zur Aktiengesellschaft. Konkrete Überlegungen gebe es zwar noch nicht. Vorstellbar sei jedoch, daß 25 Prozent des Kapitals „breit gestreut" werde. Derzeit weist die GmbH ein Stammkapital von 8,65 Mill. DM aus. Alleingesellschafter ist der 60jährige Walter Fischer. Das Unternehmen verfüge aber durchaus über stille Reserven. Seit einigen Jahren ist die Deutsche Bank mit 6 Mill. DM engagiert.

NE-METALLE / Die Industrie neigt zu einer immer sparsameren Verwendung

Weltverbrauch steigt nur verhalten

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Weltverbrauch von NE-Metallen wird nach Einschätzung von Walter Siess, Generalbevollmächtigter der Metallgesellschaft AG, auf mittlere Sicht nur sehr verhalten steigen. Zwar haben die Nichteisenmetalle als „Schlüsselrohstoff" für die weiterverarbeitende Industrie bei der Herstellung von Investitions- und Verbrauchsgütern nach wie vor große Bedeutung, aber, so Siess, es zeige sich deutlich eine Tendenz zur sparsameren Verwendung: Die Industrie bemüht sich um eine Senkung des – gewichtsmäßigen – Rohstoffanteils und um eine „Miniaturisierung" der Produkte.

Vor diesem Hintergrund erwartet Siess, daß es Blei, Nickel und Zink bis 1990 allenfalls nur gelingt, die in den letzten drei Jahren erlittenen Verbrauchseinbußen auszugleichen. Bei Aluminium, Kupfer und Zink erwartet Siess dagegen steigenden Verbrauch. Am höchsten veranschlagt er dabei die Verbrauchssteigerungen bei Aluminium mit einer Jahresrate von plus vier Prozent.

Aluminium hat auch in diesem Jahr den Umschwung an den Metallmärkten mit einer Aufwärtstendenz in Mengen und Preisen am deutlichsten widergespiegelt. Vorangegangen waren freilich deutliche Kapazitätsreduzierungen, vor allem in Japan, das jetzt nur noch rund 15 Prozent seines Jahresbedarfs selbst produziert. Den Rest bezieht Japan überwiegend aus „neuen" Aluminiumproduzenten-Ländern (wie Dubai, Indonesien u. a.). Die zunehmende Bedeutung des Aluminiumhandels zeigt sich nach Einschätzung von Siess auch darin, daß nach London (vor 5 Jahren) am 8. Dezember auch die New Yorker Comex den Terminhandel mit Aluminium gestartet hat. Insgesamt schätzt Siess die Verbrauchszunahme bei Aluminium, dessen Preis sich im Laufe dieses Jahres zunächst verdoppelte, aber seit September wieder abbröckelt, für 1983 auf 8 Prozent.

Die Entwicklung des Kupfermarktes (geschätzter Mehrverbrauch in diesem Jahr 4 Prozent) nennt Siess „ein wenig enttäuschend" wegen des nicht marktgerechten Verhaltens der Erzeugerländer, die aus Devisenmangel selbst in Zeiten schwacher – preisdrückender – Nachfrage die Produktion nicht zurückfahren. Bei Zink, einst so unter Druck, daß die europäischen Hütten über Werkschließungen nachdachten (eine Vereinbarung kam dann doch nicht zustande), sind Verbrauch und Preise im Gefolge einer wiederbelebten Automobil- und Baukonjunktur angestiegen. An einen weiteren Anstieg der Preise bei Aluminium und Zink im kommenden Jahr glaubt Siess nicht.

Den niedrigsten Verbrauchsanstieg in diesem Jahr sieht Siess mit zwei Prozent bei Blei, dem im Gefolge der Umweltprobleme bei der Erzeugung der Wind nach wie vor scharf ins Gesicht blase. Der Bleipreis liegt nach Einschätzung von Siess inzwischen so tief, daß auf Dauer das benötigte Produktionsvolumen nicht aufrechterhalten werden könne.

„Luft nach oben" gebe es bei steigendem Verbrauch im nächsten Jahr aber bei den Preisen von Kupfer und Nickel, deren Verbrauch in diesem Jahr um 6 Prozent gestiegen sein dürfte. Dagegen entziehe sich der Preis von Zinn (Verbrauchsplus 6 Prozent) der Vorhersage: „Wäre der Zinnpreis unbeeinflußt, läge er wohl zur Zeit sehr viel tiefer", kommentiert Siess die Arbeit des Bufferstock Managers und der dahinterstehenden Produzentenländer.

MAYSER / Die Deutschen greifen wieder zum Hut

Vom neuen Trend überrascht

DANKWARD SEITZ, München

Man trägt wieder Hut. Offensichtlich vollkommen überrascht von diesem Trend im laufenden Jahr wurden sowohl die Hutfabrikanten als auch der Handel. Während sich die Branche zum Jahresanfang noch auf ein Absatzminus von 15 Prozent eingestellt hatte, verlief das Geschäft so gut, daß der Fachhandel 1983 mit einem Umsatzplus von 1 bis 3 Prozent abschließen wird.

Bei dem nach eigenen Angaben führenden deutschen Hut-Hersteller, der Mayser-GmbH & Co., München, war die Nachordertätigkeit vor allem in der Herbst-Saison so intensiv, daß man nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Peter M. Zechbauer bisher ein Plus von 15 Prozent verzeichnete und mit der Produktion nicht mehr nachkommt.

Da wundert es nicht, daß Zechbauer die Perspektiven für 1984 als „sehr positiv" beurteilt, zumal auch im Bereich Strickwaren, dem zweiten Bein von Mayser, ein ähnlicher Nachfrageschub zu verzeichnen ist. Schon jetzt verfügt das Familienunternehmen gegenüber dem Vorjahresniveau über einen 20prozentigen höheren Auftragsbestand bei Hüten und von 10 Prozent bei Strickwaren.

Getragen von dieser Marktentwicklung wird Mayser 1983 mit einem Umsatzplus von rund 4,3 Prozent auf 61,3 Mill. DM wieder an die Erfolge früherer Jahre anknüpfen können. Und dies, obwohl der Exportanteil bei Damen- und Herrenkopfbedekkungen seit 1981 (18 Prozent) kontinuierlich auf jetzt 5 Prozent zurückgefallen ist. Insbesondere schlagen hier die drastisch zurückgegangenen Lieferungen von Cowboy-Stumpen an die amerikanische Stetson Inc., New York, zu Buche.

Bereits 1982 mußte hier ein Minus von 70 Prozent hingenommen werden, was zu einem Rückgang des Gesamtumsatzes von 3 (plus 2,2) Prozent auf 58,8 Mill. DM führte. Dementsprechend sank der Umsatzanteil der Fabrikation um 5,1 Prozent auf 37,1 Mill. DM. Hierzu trugen Hüte 23,6 Mill. DM, Strickwaren 9,8 Mill. DM und die Technische Abteilung 3,7 Mill. DM bei.

Die Textil-Einzelhandelskette mit unverändert 13 Läden verzeichnete dagegen noch ein leichtes Plus von 1 Prozent auf 21,7 Mill. DM. Die Umsatzrendite vor Steuern gab Zechbauer mit 1,4 (2,4) Prozent an.

ISAR-AMPERWERKE / Keine Preiserhöhungen

Stromverbrauch nimmt zu

DANKWARD SEITZ, München

Angesichts der fortschreitenden Konjunkturbelebung erwarten die Isar-Amperwerke AG, München, für das laufende Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) einen weiteren Anstieg des Stromverbrauchs. Bereits in den ersten fünf Monaten konnte die nutzbare Stromabgabe nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Otto Hausner um 5 Prozent erhöht werden. Für das gesamte Geschäftsjahr rechnet man mit einem Abgabeplus von gut 3 Prozent. Nach dem derzeitigen Stand sind für das Kalenderjahr 1984 keine Preiserhöhungen geplant.

Mit dem 75. Geschäftsjahr 1982/83 zeigte sich Hausner recht zufrieden, obwohl man mit dem Ergebnis nach zwei schlechteren Vorjahren noch nicht wieder an alte Zeiten habe Anschluß finden können. Der Jahresüberschuß von 45,6 (29,9) Mill. DM sei wieder „echt verdient" worden, während er im Vorjahr nur aus außerordentlichen Erträgen resultierte. Dies habe auch erstmals seit 1979/80 wieder eine Einstellung von 9,5 Mill. DM in die freien Rücklagen ermöglicht. Der Hauptversammlung am 28. Februar wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von 36,5 (29,2) Mill. DM eine auf wieder 6,50 (6) DM erhöhte Dividende und einen Jubiläumsbonus von 1 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 240,5 Mill. DM auszuschütten.

Die Erlöse aus dem Stromverkauf erhöhten sich um 6,2 Prozent auf 1,27 Mrd. DM bei einer um 1,5 Prozent auf 6,8 Mrd. kWh gestiegenen nutzbaren Stromabgabe. Davon entfielen 4,4 (4,2) Mrd. kWh auf Eigenerzeugung. Deutliche Auswirkungen im Ergebnis hatte dabei, daß das Kernkraftwerk Isar nach 12monatiger Umrüstung im September 1982 wieder die Stromerzeugung aufnehmen konnte.

NAMEN

Dr. Horst Burgard, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, tritt die Nachfolge von SMH-Gesellschafter Ferdinand Graf von Galen als Vizepräsident der IHK Frankfurt an.

Werner Kirchgässer wurde zum Vorstandsmitglied der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, ernannt.

William H. King, Geschäftsführer der Deutschen Marathon Petroleum GmbH, München, ist zum Vizepräsidenten der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland gewählt worden.

Alfred Lehner (47), Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, wird zum 1. August 1984 in den Vorstand der Bayerischen Landesbank Girozentrale eintreten. Er soll das Bausparkassenressort als Nachfolger des 1984 ausscheidenden **Dr. Josef Königbauer** übernehmen.

Jochen Opländer (52) Geschäftsführender Gesellschafter der Wilo-Werk GmbH & Co., Dortmund, ist zum Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund gewählt worden.

RENTENMARKT / Klima weiter verschlechtert

Renditen stark erhöht

Das Klima hat sich weiter verschlechtert. Nach wie vor belasten politische Störungen und der Zinsanstieg in den USA, was sich auch im Höhenflug des Dollars spiegelt. In Anlegerkreisen, nicht nur in den USA, sondern auch bei uns wächst die Angst, daß bei besserer Konjunktur das Inflationspotential größer wird und die Chancen für einen Zinsrückgang geringer werden, wenn nicht sogar höhere Zinsen drohen. Bei solcher Einstellung schrumpft die Kaufbereitschaft. Da die Kapitalnachfrage nicht nachläßt, muß man sich über einen Zinsanstieg nicht wundern. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post erhöhte sich im Wochenverlauf von 7,82 auf 7,90 Prozent. (cd)

Emissionen	9.12. 83	2.12. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,90	7,82	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,89	7,84	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,95	7,95	7,61	10,28	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,35	8,28	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,01	7,99	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,77	7,75	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,41	8,39	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,00	7,98	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,14	8,08	8,45	10,32	8,32

PHILIPPINEN / IWF prüft in Manila

Umschuldung verzögert sich

VWD, London/Manila

Die Chancen für eine Umschuldung der Verbindlichkeiten der Philippinen gegenüber den Auslandsbanken noch in diesem Jahr werden am Londoner Finanzplatz schlecht beurteilt. Nach Einschätzung von Kreisen, die dem für die Philippinen zuständigen Bankenberatungsausschuß nahestehen, wird es erst im neuen Jahr zu einer Verständigung kommen, nachdem das Land die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeschlossen hat. Die Philippinen bemühen sich um die Umschuldung von 9,11 Milliarden Dollar, die bis Ende 1986 fällig würden. Insgesamt belaufen sich die Auslandsverbindlichkeiten des Asean-Mitgliedslandes auf rund 24 Milliarden Dollar. Es wird erwartet, daß 1984 Kreditgesuche im Volumen von weiteren 3,3 Milliarden Dollar vorgebracht werden.

Der IWF hat einen Bereitschaftskredit über 650 Millionen Dollar gegeben. Der Ausschuß der elf Banken, die die Interessen der etwa 350 Gläubigerbanken der Philippinen koordinieren, führte Unterredungen mit Premierminister Cesar Virata und dem Zentralbankgouverneur Jaime Laya. Nach den Worten eines Sprechers der Manufacturers Hanover Trust Co. haben die Gespräche „gute Fortschritte" gebracht. Von einigen anderen Banken war, wie es hieß, die Erwartung gehegt worden, bereits jetzt mit den Philippinen zu einer Übereinkunft zu gelangen.

Das Land bemüht sich außerdem um rund 1,65 Milliarden Dollar an neuen Krediten von den Geschäftsbanken und kurzfristige Handelskredite über zusammen drei bis vier Milliarden Dollar. Der Bankenausschuß hat die Gläubigerbanken der Philippinen davon in Kenntnis gesetzt, daß die Gespräche mit Repräsentanten des Landes bis zum Abschluß der Arbeiten der zur Zeit in Manila befindlichen IWF-Delegation abgeschlossen seien.

LOMBARDEI Messeplatz Mailand

Nicht nur in Norditalien ist Mailand der Messeplatz Nummer 1. Die Hauptstadt der Lombardei ist die Wirtschaftsmetropole des ganzen italienischen Staates. Und dies hat zur Folge, daß die Stadt als Austragungsort für die bedeutendsten Messen gewählt wird. Aber Mailands Messe kann sich auf der Spitzenposition nicht ausruhen. Ein sich wandelnder Markt und internationale Konkurrenz zwingen zu ständiger Innovation; als Vorbild wird Düsseldorf angesehen.

Von traditioneller Waren- zur modernen Dienstleistungsmesse

Von GÜNTHER DEPAS

Unter den großen italienischen Messeplätzen wie Turin, Genua, Verona und Bologna, die auch international Bedeutung haben, steht Mailand mit weitem Abstand an der Spitze sowohl nach Zahl der Messen und Ausstellungen als auch nach Zahl von Ausstellern und Besuchern.

Entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Fachmessen, die sich in den letzten zwanzig Jahren um die allgemeine Mustermesse geschart haben und diese inzwischen an Ausstrahlungskraft bei weitem übertreffen, war nicht nur die Rolle der Mailänder Messegesellschaft und des von ihr repräsentierten Platzangebots und Know-hows, sondern auch die Stellung der Stadt Mailand selbst, die durch ihre geographische Lage und Leistungskraft den eigentlichen Mittelpunkt der italienischen Wirtschaft darstellt.

Das kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß fast alle Industrieverbände ihren Sitz in Mailand haben und – da inzwischen die Verbände meistens auch die Fachausstellungen durchführen – damit Mailand auch als Austragungsort für diese Messen gewählt wird.

In Mailand schlägt das Herz des italienischen Binnen- und Außenhandels sowohl was die Zahl der Import-/Exportfirmen anbelangt als auch im Hinblick auf die Potenz dieser Handels- und Industriemetropole als Bank- und Finanzplatz. Auch liegt Mailand wie keine andere italienische Stadt an den Schnittpunkten des Nordsüd-Verkehrs ebenso wie an den Hauptlinien der Ostwest-Achse.

Italiens Primus

Alle diese Faktoren haben dazu beigetragen, Mailand als Messeplatz in Italien die unantastbare Rolle des primus inter pares zu verschaffen. Eine Rolle, die mit einem vielfältigen und dauernd wachsenden Messeangebot rund um die Jahresuhr immer wieder neu bestätigt und bekräftigt wird.

Die 1920 als Stätte der Begegnung von Angebot und Nachfrage entstandene Internationale Mailänder Messe stand und steht seit jeher ganz vorn in der Anpassung an die Hersteller- und Verbraucherwünsche und ist in wesentlichem Maße an der Herausbildung neuer Formen des Handelsaustausches beteiligt. Im Laufe der Zeit ging sie immer weiter in der Bereitstellung hochqualifizierter Dienste, mit der sie in der italienischen Messelandschaft mittlerweile eine führende Position einnimmt.

Heute ist die Mailänder Messe ein imposanter Komplex, der eine Fläche von 400 000 Quadratmetern einnimmt und Ausstellungshallen von insgesamt 605 274 Quadratmeter umfaßt. Das Leben der Messe kennt keinen Stillstand.

Zur ursprünglichen allgemeinen Mustermesse haben sich im Laufe der Zeit Fachausstellungen gesellt, die zusammen mit jener die „große Messe" darstellen und jenen Zyklus von Fachveranstaltungen bilden, der alljährlich am 1. Mai beginnt und am 23. April des darauffolgenden Jahres endet, mit der Schließung der allgemeinen Mustermesse als Krönung dieser Reihe.

Mailand als Standort für Messen und Kongresse, das ist in erster Linie das Mailänder Messegelände in den westlichen Stadtbezirken, neuerdings aber auch das kleine Freigelände in Noveda im Osten, das von der Messedurchführungsgesellschaft Comis Lombardia benutzt wird, und das Messezentrum in Assago vor den südlichen Toren der Stadt, das heute zwar erst auf dem Reißbrett steht, im Jahr 2000 aber die Kapazitäten bieten könnte, die die Mailänder Messegesellschaft (Ente Fiera di Milano) braucht, um ihr Platzangebot den Bedürfnissen der Aussteller anzupassen.

Ein Umzug der Mailänder Mustermesse und der rund 80 Fachausstellungen von dem jetzigen Messegelände nach Assago, wo den Plänen zufolge auf insgesamt 1,2 Millionen Quadratmeter Fläche in verschiedenen Phasen Messehallen mit zusammen 200 000 Quadratmeter errichtet werden sollen, ist von dem Vorstand der Mailänder Messegesellschaft vor kurzem einstimmig abgelehnt worden. Gleichzeitig bekundete der Vorstand aber seine Bereitschaft, das im Entstehen begriffene Zentrum zur „Abrundung" der Angebotskapazitäten heranzuziehen, wenn dafür die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen erfüllt sind.

Unmittelbaren Anlaß für die Stellungnahme des Vorstands bot ein der Region Lombardei unterbreitetes Dokument des Messeausschusses der italienischen Industrie, in dem zwar die *„unersetzliche"* Rolle der Mailänder Messegesellschaft hervorgehoben wird, das aber gleichzeitig Mängel aufdeckt, die das jetzige Messegelände aufweist.

Vorbild für den Messeausschuß der italienischen Industrie sind vor allem die neuen Messeinitiativen in Düsseldorf und Paris-Nord, die sich dadurch auszeichnen, daß alle Stände ebenerdig angelegt sind und sowohl der Publikumsverkehr als auch die Zufahrt für die Ausstellungsstücke (z. B. Maschinen) optimal gewährleistet ist. Insbesondere in bezug auf Düsseldorf hebt der Messeausschuß der italienischen Industrie hervor, daß dort im Jahre 1982 das Messegelände 10,5mal genutzt wurde gegenüber sechsmal in Mailand.

Für Kongresse wenig

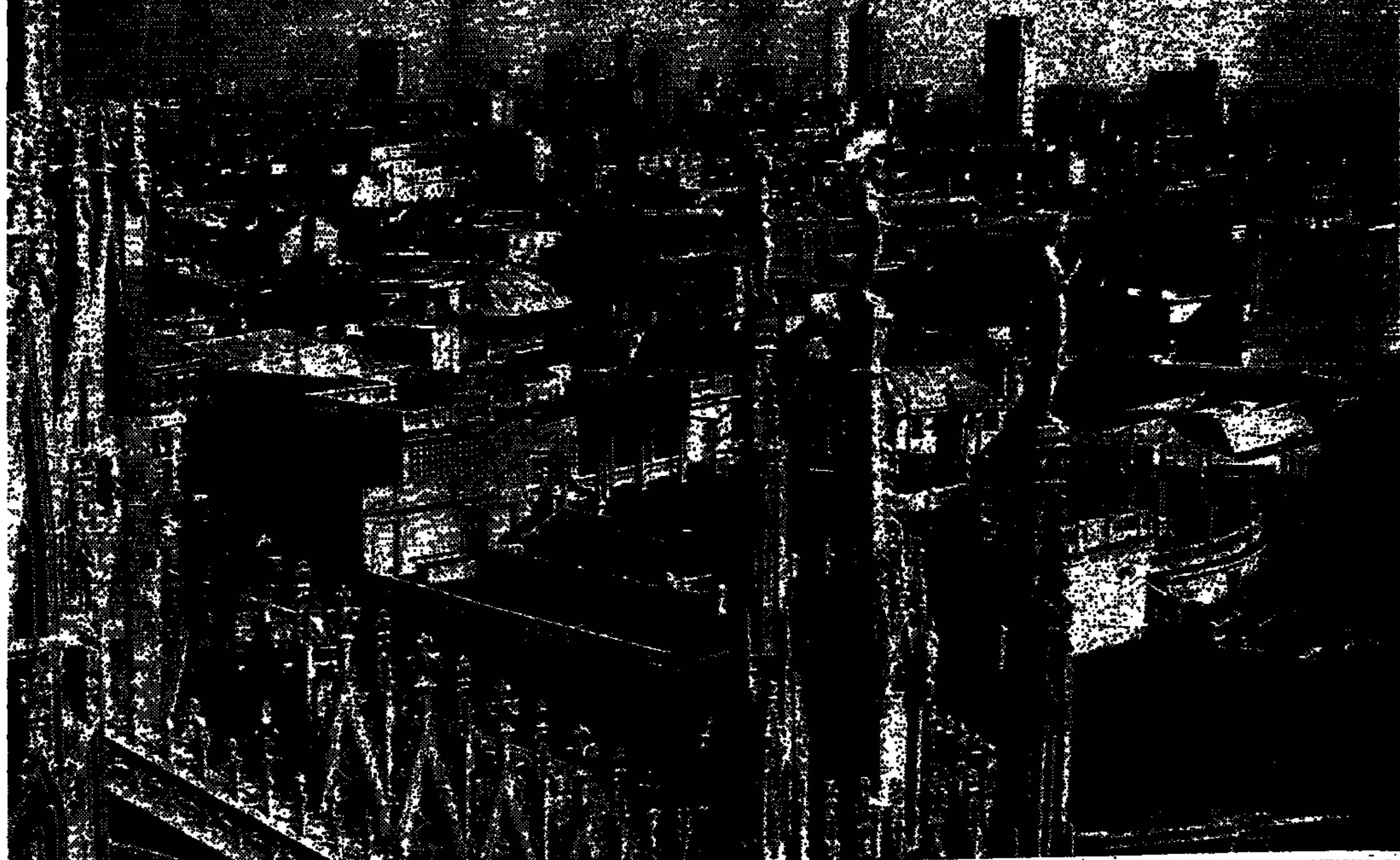
Die Mailänder Messe selbst versteht sich mittlerweile immer mehr als Dienstleistungsgesellschaft und nicht nur als Anbieterin von Ausstellungsraum. Dazu gehört u. a. die Verbesserung und die Erweiterung ihres Auslandsdienstes. Ein Dokument mit dreijähriger Gültigkeit ermöglicht beispielsweise die allzeitige Inanspruchnahme eines Informationsdienstes über sämtliche Veranstaltungen, von der allgemeinen Mustermesse hin bis zu den 80 Fachmessen.

Heutzutage kann eine internationale Messe kein einfaches Treffen von Angebot und Nachfrage mehr sein. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage hat eine Messe geschäftsfördernde Aufgaben und muß als ständiges und fachlich spezialisiertes Beratungszentrum für die Fachleute aus aller Welt dienen.

Durch immer raffiniertere und vielseitigere Dienstleistungen ist die Internationale Mailänder Messe im Laufe der Jahre zur Avantgarde in diesem der Erfordernissen von Herstellern und Abnehmern entsprechenden Anpassungsprozeß geworden. Im „Internationalen Zentrum für Handelsverkehr und Begegnungen" (CISI), zu der Nichtqualifizierte keinen Zutritt haben, stellt die Messe der Fachwelt ihre hochmoderne Dienstleistungsstruktur zur Verfügung, wie zum Beispiel den „Salon für Außenhandel" (SALCOEST) und die Computerzentrale (3 C), ein Beispiel angewandter Informatik.

Die magere Präsenz Italiens im internationalen Kongreßgeschäft ist vor allem dem Mangel an einem oder mehreren Kongreßzentren in den Hauptstandorten zuzuschreiben. Eine Ausnahme davon macht lediglich das neue Kongreßzentrum in Milanofiori vor den südlichen Toren der Stadt Mailand, das auf sechs Stockwerken eine Gesamtkongreßfläche von 6000 Quadratmeter bietet.

Bisher verfügte Mailand nur über Kongreßräume auf dem Messegelände und in dem Palazzo delle Stelline, der aber für Großveranstaltungen nicht verwendbar ist.



Mailand, Wirtschaftsmetropole Italiens, Blick über den Dom auf die Wolkenkratzer der Stadt FOTO: ZOLTAN NAGY

Mailand – Zentrum der italienischen Mode

So wie die Mailänder Via Monte Napoleone als Nobelgeschäftsstraße die Via Condotti in Rom ausgestochen hat, so hat Mailand in den letzten Jahren auch als Standort der italienischen Modeveranstaltungen einen Rang erlangt, der die Stadt über die anderen italienischen Mode-Hochburgen, Florenz und Rom, weit hinaus hebt. Während Rom heute ausschließlich als Drehscheibe und Laufsteg der Alta Moda eine Rolle spielt und Florenz in zwei Teilbereichen des oberen Boutique-Genres, in der Herrenmode und in der Kinderbekleidung, den Ton angibt, konzentrieren sich in Mailand nicht nur die Stylisten der Damenmode, sondern auch alle anderen Bereiche, in denen sich italienische Kreativität und Phantasie auf Industrieebene austoben.

Dieses Hineinwachsen Mailands in die neue Rolle des italienischen Modezentrums ging in mehreren Stufen vor sich. Am Anfang stand die Stoffmesse Mitam, die den Namen Mailand in internationalen Textilkreisen zum Begriff machte, in der Folge aber auseinanderbrach, weil sich Seide- und Wollverarbeiter unter einem einzigen Dach nicht vertrugen. Das Erbe dieser Messe teilten sich dann die Produktionszentren Como, Biella und Prato, die mit den daraus entstandenen eigenen Stoffmessen heute ein florierendes Auslandsgeschäft betreiben.

Die erste Mailänder Bekleidungsmesse war dagegen die Strick- und Wirkwarenmesse Comis Tricot, die von der Messe-Durchführungsgesellschaft Comis in Mailand Mitte der sechziger Jahre ins Leben gerufen und unter dieser Regie bis 1976 betrieben wurde. Im Jahre 1977 ging die Veranstaltung in die Hände der Verbände der italienischen Bekleidungsindustrie (Masche und Konfektion) über. Die heutige Esma (Esposizione Maglieria) wird von der gemeinsamen Messe-Durchführungsgesellschaft veranstaltet, die sich diese beiden Verbände zugelegt haben, und zählt inzwischen ziemlich konstant um die 170 Aussteller.

Der eigentliche Qualitätssprung trat indessen ein, als die beiden Verbände die Pläne in die Tat umsetzten, Mailand zum Sitz von Modeveranstaltungen zu machen, auf denen das Qualitätsgenre zum Angebot gelangen sollte. Diesen Plänen und ihrer Realisierung vorausgegangen war lange vorher die Geburt einer „Mailänder Durchreise", bei der der Verband der Handelsvertreter Pate gestanden hatte. Diese Veranstaltung der Vertreterfirmen wendete sich zunächst fast ausschließlich an den Inlandsmarkt und an seinen kaufkräftigsten Mittelpunkt, Stadt und Hinterland Mailand.

Das war die Zeit, in der sich Italien erstmals nicht nur als internationaler Garn- und Stofflieferant einen Namen machte und seine Positionen als Billiglieferant von Strick- und Wirkwaren ausbaute, sondern auch als Italien die ersten Schritte als Hersteller von Qualitätskonfektion im mittleren und oberen Genre zu machen begann. Es war daher nur natürlich, daß sich auch das Auslandsinteresse immer mehr auf diese Mailänder Vertreterdurchreise richtete, in der sich das italienische Industrieangebot konzentrierte.

Parallel dazu entwickelten sich in Mailand zunächst spontan und dann untereinander koordiniert und abgestimmt, die Laufstegschauen der Stylisten, wie die Krizia, Versace und Armani, in Konkurrenz zum französischen Prêt-à-Porter das italienische Pendant dazu, die Moda Pronta, entwickelten und einem immer zahlreicher werdenden ausländischen Einkäuferpublikum präsentierten. Diese Stylistenkonzentration in Mailand entstand dabei nicht von ungefähr: Hier war schließlich die Drehscheibe für den Ausgangsstoff, die Gewebe, hier führten auch die Fäden der Kommunikation zusammen, und hier war es schließlich am einfachsten, als Unternehmer-Stylist die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Kreativität zu kombinieren.

Der zündende Funke, der diese Elemente zur geballten Energie verschmolz und Mailand zur Modemetropole Italiens aufsteigen ließ, war die Gründung der Modemesse Modit (Moda Italiana) im Jahre 1978 durch die Messe-Durchführungsgesellschaft der beiden Bekleidungsverbände, denen im Jahr darauf, ebenfalls in den Räumen des Mailänder Messegeländes, die unter der Schirmherrschaft der Verbände abgehaltenen Fashion-Schauen (Milano Collezioni) folgten, an denen anfangs 7, heute an die 20 Stylisten teilnehmen. Im Falle von Modit wurde von Anfang an ein Numerus clausus von 200 Ausstellerfirmen eingeführt, der auch jetzt noch eisern eingehalten wird.

Neben Milanovendemoda, die zweimal im Jahr jeweils für HK und DOB stattfindet und seit 1981 in die Regie der Messe-Durchführungsgesellschaft des Mailänder Verbandes des Groß- und Einzelhandels übergegangen ist, führt der Mailänder Messekalender die Veranstaltungen der Industrieverbände, nämlich Modit, Milano Collezioni sowie den Konfektionssalon Anteprima-Ideamaglia mit etwa 150 Ausstellern, den Wäsche- und Homeware-Salon Intimo Domani mit 70 Ausstellern und die (inzwischen an Florenz abgegebene) Kindermodemesse Moda Bimbo mit 120 Ausstellern durch, die alle drei im Jahre 1981 entstanden, sowie als letzte der Serie die Bademodemesse Aquarium mit 50 Ausstellern, die 1982 ins Leben gerufen wurde. Mit Ausnahme der letzteren, die aus Saisongründen nur einmal im Jahr stattfindet, haben die übrigen Ausstellungen Frühjahrs- und Herbstausgaben. Insgesamt sind es damit nicht weniger als 13 Modemessen, die auf dem Gelände der Mailänder Messe im kommenden Jahr veranstaltet werden.

Merkmal aller von den Verbänden der Bekleidungsindustrie durchgeführten Modemessen ist ihre verhältnismäßig geringe Ausstellerzahl. Mit dieser bewußten Einschränkung bezwecken die veranstaltenden Industrieverbände nicht nur eine elitäre Auswahl von Qualität und Bonität der Ausstellerfirmen, *sondern auch* die Übersichtlichkeit des Angebots. Für die Menge optiert hat dagegen Milanovendemoda, die mittlerweile über 300 Aussteller vereint und kein Geheimnis aus dem Wunsch macht, diese Zahl in Zukunft noch zu erhöhen.

GÜNTHER DEPAS



Ob die Fiera di Milano, die Mailänder Messe, ihre zentrale Lage innerhalb der Stadt aufgeben sollte, wurde oft diskutiert. Mehr Platz gegen besseren Standort lautete die Alternative. Man hat sich für den Standort entschieden in der Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Puls des Wirtschaftszentrums integraler Bestandteil der Stadt bleiben muß.

Messe-Kalender Mailand

Von Januar bis April 1984

8.–11. Januar	MILANOVENDEMODA UOMO – Herrenmode-Messe
20.–24. Januar	CHIBICAR '84 – Internationale Geschenkartikel-Messe
20.–24. Januar	CART '84 – Internationale Schreib- und Papierwaren-Messe
24.–29. Januar	22. Internationale Spielwaren-Messe
27.–30. Januar	ANTEPRIMA – IDEAMAGLIA – Internationale Damen-Strickwaren-Messe
10.–13. Februar	MACEF PRIMAVERA '84 – Internationale Haushalts-, Kristall-, Keramik- und Geschenkwaren-Messe
16.–20. Februar	B. I. T. '84 – Internationale Tourismus-Börse
19.–21. Februar	MIAS INVERNALE '84 – Internationaler Sport- und Camping-Artikel-Markt
22.–28. Februar	24. Wärme-, Kälte-, Klimatisierungs-Ausstellung
24.–27. Februar	6. EUROCUCINA – Internationaler Küchenmöbel-Salon
9.–12. März	MICAM – MODACALZATURA – Internationale Strumpfwaren-Ausstellung
9.–13. März	MODIT – Internationale Damen-Kollektion – Präsentation
10.–14. März	MILANO COLLEZIONI – Vorstellung der Herbst/Winter '84/85 Kollektion
23.–26. März	45. MIPEL – Internationale Lederwaren-Messe
23.–27. März	20. COMIS/PEL – Internationaler Pelz-Salon
29. März – 1. April	PRINT ITALY '84 – Internationale Ausstellung der italienischen Druck- und Grafik-Industrie
14.–23. April	62. Internationale Mailänder Mustermesse

NOVEGRO/Pagliuzzis Ideen

Ein feiner Schlüssel

Die Anzahl guter Ideen ist so groß wie die Sterblichkeit der Froscheier. Das mag in der Regel stimmen. Nicht aber für Rechtsanwalt Pagliuzzi, den Erfinder des Messeparks Novegro und gleichzeitig sein bester Ideenlieferant.

Novegro liegt vor den Toren Mailands – gleich beim internationalen Flughafen Linate. Für Pagliuzzi ist jede Idee so gut, wie sie ausgeführt wird. Und zwar in Messe-, Ausstellungs- oder Marktform. Der Ausstellungspark bietet dabei im Gegensatz zur Messehalle neue und zusätzliche Möglichkeiten, die besonders für den Freizeit-Markt geeignet sind.

Und hier erweisen sich astrologische, archäologische, aerologische, speleologische, geophysische, astrofotografische, der Modellierung, Brandverhinderung, Oldtimer oder der Fahrrad-Sammlung dienende Freilichtmessen als Schlüssel zu kleinen, aber feinen Marktsegmenten.

„Auch hier entstehen Ideen, die so gut sind, daß sie ausgeführt zu werden verdienen", meint Pagliuzzi. Nehmen Sie nur unsere Fachausstellung für geländegängige Fahrzeuge vom 12. bis 20. Mai 1984."

H. C.

INTERVIEW MIT DEM PRÄSIDENTEN DER MAILÄNDER MESSEGESELLSCHAFT, MICHELE FRANCI

„Veränderungen finden uns vorbereitet"

WELT: Welche Bilanz kann die Messe Mailand mehr als 50 Jahre nach ihrer Gründung ziehen?

Franci: Wenn wir uns auf diese letzte Nachkriegszeit beschränken, in der ich meine Tätigkeit begonnen habe, so kann man sagen, daß die Mailänder Messe bei der Geburt und dem Wachstum aller Bereiche der italienischen Wirtschaft Pate gestanden hat: Einmal mit der allgemeinen Mustermesse im April, die auch heute noch ein attraktives Ereignis internationaler Bedeutung darstellt, und andererseits mit der von mir so genannten „großen Messe", das heißt der fast ununterbrochenen Abfolge von rund 80 Fachausstellungen, die zwischen Mai und April auf dem Messegelände stattfinden.

Beides – die Mustermesse und die in den letzten Jahren immer zahlreicher gewordenen Fachausstellungen – sind ein untrüglicher Beweis für die Vitalität des Mailänder Messeplatzes, einer Vitalität, die noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, da die technologische Entwicklung, insbesondere im Bereich des Kommunikationswesens und der Datenverarbeitung, auch die Art und Weise, Messen zu veranstalten, einer grundlegenden Veränderung unterziehen wird.

Diese Veränderung findet uns gut vorbereitet, sowohl was die Organisation als auch die Finanzen anbelangt. Dabei darf ich vielleicht daran erinnern, daß wir den Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges allein mit unseren Kräften finanziert haben wie auch alle danach durchgeführten Investitionen. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Ebenso wenig an der Tatsache, daß wir stets mit Bilanzüberschüssen abschließen.

WELT: Was bereitet die Messegesellschaft an neuen Initiativen vor?

Franci: Wir haben der Mailänder Stadtverwaltung eine Reihe von Plänen und Projekten zur Erweiterung der Infrastrukturen und der Ausstellungskapazitäten vorgelegt. Sobald uns die Genehmigung erteilt wird werden wir an deren Durchführung gehen.

Konkret geht es vor allem um die Modernisierung der bereits vorhandenen Ausstellungshallen sowie um den Ausbau der Flächenkapazitäten, insbesondere was die Schaffung von neuen Parkplätzen und Zugangsstraßen anbelangt. Diese Vorhaben unterstreichen den von unserem Vorstand in der Sitzung vom 28. September dieses Jahres gefaßten Beschluß, an dem jetzigen Standort der Messe festzuhalten und sich jedem Versuch zu widersetzen für das Messegelände einen anderen Platz auszusuchen.

Dabei gehen wir davon aus, daß einer der Gründe für den Erfolg der Mustermesse und der Fachausstellungen auf dem jetzigen Messegelände die zentrale Lage innerhalb der Stadt Mailand darstellt. Neue Messe-Initiativen, die in Konkurrenz zu uns entstehen sollten, hätten aus den gleichen Gründen keinerlei Erfolgschancen. Nicht umsonst hat sich daher nicht nur die Stadtverwaltung sondern auch die Region Lombardei dafür ausgesprochen, daß jede neue Messe-Initiative von der Mailänder Messegesellschaft ausgeht.

Das schließt nicht aus, daß wir andere Standorte zum Ausbau unserer Angebotskapazitäten heranziehen könnten, wenn sich dazu die Notwendigkeit ergeben sollte: Vorausgesetzt allerdings, daß damit das von uns eisern eingehaltene Kostendeckungsprinzip nicht gesprengt wird. Im übrigen steht uns das Wasser noch nicht am Hals, was u. a. kürzlich erst die alle vier Jahre stattfindende Internationale Textilmaschinen-Messe (ITMA '83) gezeigt hat, die im Oktober auf dem Mailänder Messegelände veranstaltet wurde. Das war schließlich die größte Ausstellung der Welt.

Was die künftige Entwicklung der Messe anbelangt, so sehe ich ein weiteres starkes Wachstum vor allem von Telematik und Informatik voraus, vielleicht den einzigen Bereichen, die in Italien noch die Möglichkeit zu einem kräftigen Ausbau haben. Dieses Wachstum wird seinen Einfluß auch auf die Messe ausüben, die daher gezwungen sein wird, sich immer mehr diesen neuen Realitäten anzupassen.

Persönlich bin ich der festen Überzeugung, daß die moderne Bildschirm- und Datentechnik auch in der Abwicklung des Außenhandels ihre Wirkung zeigen wird. Es ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, daß diese Techniken selbst auf die Form der Muster-Ausstellung abfärben werden.

WELT: Welche Stellung nimmt heute die allgemeine Mustermesse ein?

Franci: Sofort nach dem Zweiten Weltkrieg war die allgemeine Mustermesse praktisch die einzige Messeveranstaltung in Mailand. Es war daher nur natürlich, daß sich alles auf diese eine Ausstellung konzentrierte. Die damit verbundenen Probleme – Platzmangel, Besucherandrang, Unübersichtlichkeit – führten jedoch in der Folge dazu, daß von seiten der Aussteller der Wunsch an mich herangetragen wurde, Fachmessen außerhalb und zu anderen Terminen als die Mustermesse durchzuführen.

Diese Initiativen haben heute ihren natürlichen Platz im Messegeschehen gefunden. Die Mustermesse selbst ist aus diesem Prozeß gewandelt hervorgegangen ohne ihre Vitalität – was viele befürchtet hatten – einzubüßen. Von großer Bedeutung ist sie heute noch für das Handwerk, insbesondere das Qualitätshandwerk und die kleinen und mittleren Unternehmen, die zusammen 75 Prozent der Aussteller der April-Messe ausmachen. Nicht zu vergessen ist auch die Bedeutung der Messe als Platz für die Unterzeichnung wichtiger Handelsvereinbarungen zwischen den Delegationen, die auf der Mustermesse ihre Länder vertreten.

Wichtig ist die April-Messe überdies als Austragungsort von Tagungen und Kongressen. Dazu gehören so außergewöhnliche Veranstaltungen wie der im Jahre 1980 stattgefundene Kongreß über Solar- und Meeresenergie, auf dem Nobelpreisträger wie Daniel Bovet, Abdus Salam, Emilio Segre als Redner auftraten, sowie die Tagungen und Symposien über Organverpflanzungen und „Kardiologie und Kardiochirurgie", die in den Jahren zwischen 1969 und 1977 veranstaltet wurden und illustre Teilnehmer verzeichneten wie die Professoren White, Cooley, Valdoni, Dubost, Condorelli und De Bakey.

Schließlich übt die allgemeine Mustermesse auch noch eine bedeutende erzieherische Wirkung auf die Jugend aus, die bereits arbeitende oder noch studierende, die bei dieser Gelegenheit mit den neuen Maschinen, den neuen Produkten und den neuen Technologien in Verbindung kommt und dadurch aus eigener Anschauung die Probleme erleben kann, die heute die Welt der Arbeit und der Forschung bewegen.

WELT: Die Rolle der Messen wandelt sich in die von Handelszentren mit hoher Spezialisierung. Wie orientiert sich die Mailänder Messe in diesem Prozeß struktureller Veränderungen?

Franci: Die Rolle der Messen war eigentlich stets die von „hochspezialisierten Handelszentren". Diese Definition darf aber nicht mit den sogenannten „World Trade Centers" verwechselt werden, die allesamt von ihrer Gründung an eine schwierige Existenz hatten und entweder eingingen oder eine andere Funktion übernahmen, um überhaupt weiterbestehen zu können.

Messen – wenn sie etwas taugen, wie mit Sicherheit der Platz Mailand und seine Messe – sind „natürliche Handelszentren" die sich spontan entwickeln und ausdehnen. Ihr weiteres Wachstum und ihre vermutliche Veränderung wird hauptsächlich auf der elektronischen Nachrichten- und Datenverarbeitungstechnik beruhen.

Messezentren werden damit zu „Dienstleistungszentren", deren Aufgabe darin bestehen wird, Produktmuster über Bildschirm „auszustellen", Serviceleistungen im Export/Importgeschäft zu bieten, u. a. was die Zollabfertigung, die Kreditgewährung, die Exportkreditversicherung anbelangt, sowie umfassende Auskünfte zu erteilen, die zur Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte notwendig sind.

In dieser Hinsicht hat die Mailänder Messe schon viel vorweggenommen mit der Einrichtung einer Datenbank, die rund um die Uhr allen Ausstellern und Besuchern der Messe zur Verfügung steht und ständig erneuert und ergänzt wird, mit dem Bau des Afrika-Zentrums, in dem 20 afrikanische Länder dauernde Handelsbüros unterhalten, sowie mit dem seit über 20 Jahren bestehenden amerikanischen Handelszentrum, dem einzigen übriggebliebenen in Europa, und schließlich mit dem internationalen Zentrum für Handelsaustausch (CISI), in dem wir einer ersten Gruppe lateinamerikanischer Länder Aufnahme und Arbeitsmöglichkeit bieten in der Erwartung, daß wir eines Tages den Bau errichten können, in dem wir diese Büros unterbringen wollen.

Das Interview führte Günther Depas

Messe-Motto: Die Zukunft organisieren

In Mailand, der traditionsreichen, dynamischen Handelsstadt werden Messen mit einem mediterranen Sinn für Kommunikation und einem unternehmerischen Gespür für das zukünftig Machbare gestaltet. Die wichtige Rolle der Dienstleistung war in Italien schon lange bekannt bevor die Dienstleistungsgesellschaft zum Begriff wurde.

Erfahrung und Innovationsvermögen haben die Mailänder Messen nicht nur zur ersten Handels-Dienstleistungs-Adresse in Italien, sondern auch zu einer der führenden in der Welt gemacht. Das Motto, das sich die Mailänder Messeförderer nie auf die Fahnen geschrieben, aber immer befolgt haben, lautet: „Organisiert die Zukunft, die Gegenwart ist schon vergeben!"

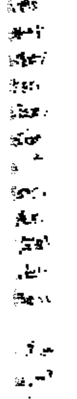
Mit der Hand am internationalen Marktpuls gelang es ihnen, eine Messestruktur zu schaffen, die der Organisation zukünftiger Märkte nichts schuldig bleibt. Der internationale Messebesucher findet jenseits seines Fachmesseangebots ein Internationales Zentrum für Handelsverkehr (CISI). Dieses Zentrum ist ausschließlich für Fachbesucher aus Industrie und Handel bestimmt. Hier befinden sich die Büros der offiziell an der Mustermesse teilnehmenden Staaten. Ferner der „Salon für Außenhandel" (SAL. CO. EST.) und die CISI Computer-Zentrale 3 C.

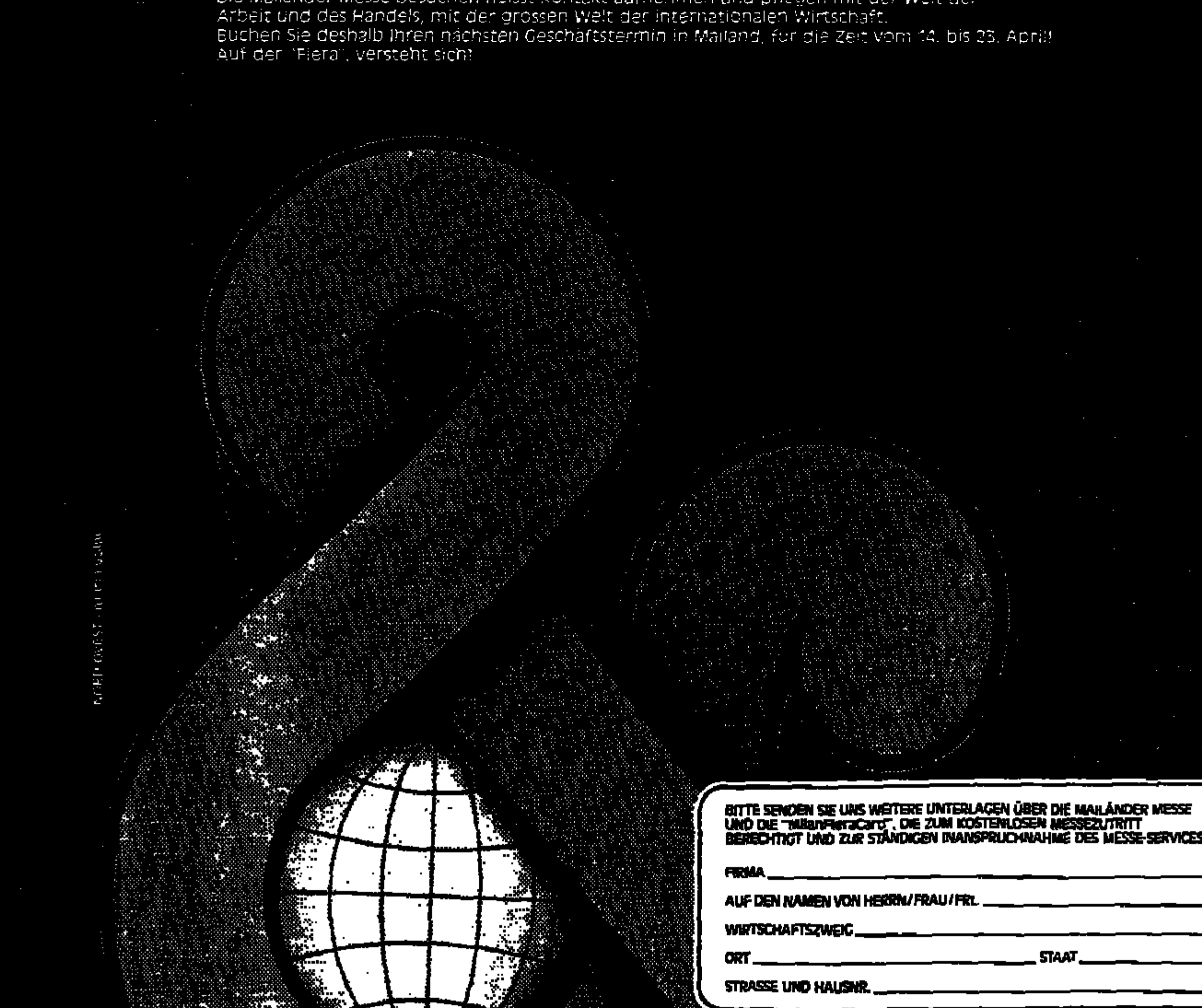
Neben einer Anzahl von gut eingerichteten Besprechungs- und Vorführräumen bietet der SAL. CO. EST. auch einen Betreuungsservice zur Anbahnung von Kontakten und Beratung bei Import/Export, Zoll-, Speditions- und Versicherungsfragen. Vertreter italienischer und ausländischer Banken, in Fachverbänden, Versicherungen und Finanzierungsinstituten sind dort ebenfalls anzutreffen. Diese Service-Struktur steht allen Fachbesuchern während des gesamten Mailänder Messejahres zur Verfügung.

Die CISI Computer-Zentrale genießt internationalen Ruf als Modell für effiziente Messeinformatik. Der Computer liefert detaillierte Informationen in fünf Sprachen über sämtliche Aussteller auf Mailänder Messen während eines Messejahres.

HANS CONRATHS

LOMBARDEI
Messeplatz Mailand
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg





Ein bedeutender Zeitzeuge: Gebhard Müller

„Aber i spar halt gern"

Der jüngere Richter, dem sein Präsident sagte: „Wissen Sie, die Leut' nennen mich geizig", war über das Vertrauen verblüfft. Noch mehr war er es über die nach kurzer Pause gelieferte Deutung. „Das stimmt nämlich net", erläuterte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Gebhard Müller. Um dann gedankenvoll nachzuschieben: „Aber i spar halt gern!"

Man weiß es. Die Legenden sind Legion. Jeder war schon mal auf einem Karlsruher Bankett, wo es nur Brezeln und einen Wein gab, der nicht auf klassischen Südhängen gediehen war. Gebhard Müller fühlte sich von den Klagen nie betroffen. Er war der Meinung, daß öffentliche Gelder sparsam verwaltet werden müssen. Heute wird das als liebenswerter Anachronismus abgehakt. In der frühen Nachkriegszeit konnte es wenigstens praktiziert werden, auch wenn die Wohlstandsrepublik schon damals den kollektiven Kopf schüttelte.

Zeugen des Jahrhunderts – ZDF, 23.00 Uhr

Sein schlimmstes Erlebnis in diesem Zusammenhang gibt Gebhard Müller nur manchmal, und dann mit einem gewissen Galgenhumor, zum besten: Das war, „als die Soraya kam". In Begleitung des Schahs, versteht sich. Ihre Majestäten wandelte die Lust an, ein wenig zu jeuen. Das Kasino von Baden-Baden wurde eigens geräumt; Sicherheitsgründe gab es schon damals. „I hab natürlich net g'spielt. Aber meine Frau hat g'spielt. Am Ende, wie der Schah zehntausend Mark gewonnen hat und die Soraya dreitausend, hat er g'meint, jetzt wär's genug." Pause. „Meine Frau hat net g'wonnen. Fünftausend Mark hat sie verloren." Pause. „Aber i hab's net aus dem Repräsentationsfonds genommen. I hab's aus eigener Tasche bezahlt." Fünftausend Mark waren damals etwas mehr als heute.

Das ist Gebhard Müller, der als Ministerpräsident von Baden-Württemberg mit einer fünfköpfigen Familie jahrelang in einer Dreizimmer-Dienstwohnung lebte, bis er nach Karlsruhe ging. Wenn er will, ist er einer der interessantesten Zeugen des Jahrhunderts. Zentrumspolitiker vor 1933, Richter an kleinen Gerichten während der NS-Zeit, Unteroffizier im Krieg. Danach mit dem Wiederaufbau der Justiz in Württemberg-Hohenzollern beschäftigt, zeitweise Ministerialdirektor des württembergischen SPD-Vorsitzenden und Justizministers Carlo Schmidt, aber gleichzeitig CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag – eine einzigartige Konstellation! Seit 1948 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern (so nannte man damals den Regierungschef), später die einflußreichste Gestalt bei der Gründung des Südweststaates Baden-Württemberg. Adenauer schätzte die Gründung nicht, weil er um seine Bundesratsmehrheit bangte. Müller drückte sie durch, weil ein zonenübergreifender Staat ihm bessere Möglichkeiten im ständigen Clinch mit der französischen Besatzungsmacht bot.


Er kannte und kennt nur Pflicht: Gebhard Müller (83) FOTO: SVEN SIMON

1958 wurde er Präsident des Bundesverfassungsgerichts, nachdem er zweimal abgelehnt hatte. Der zutiefst gläubige Katholik, der sich so wenig wie Adenauer seine Politik von der Kanzel vorschreiben ließ, war im Gericht einer der härtesten Arbeiter.

Er kannte und kennt nur Pflicht, und es steht zu befürchten, daß dieser so ungeheuer wichtige Zeitzeuge manches für sich behalten wird, dessen Offenbarung ein Staatsbediensteter alten Schlages für pflichtwidrig hält. Gebhard Müller weiß beispielsweise, welche trüben Einflüsse sich in Karlsruhe auswirkten, bis das „Spiegel"-Verfahren seinen seltsamen Abschluß fand. Vielleicht hat er wenigstens einiges davon aufgeschrieben. Um ihre Erfahrungen verwerten zu können, müßte die Republik sie kennen.

ENNO v. LOEWENSTERN

Allzeit zum Beifall bereit

Das Komische am TV-Kabarett von heute sind nicht die Akteure, sondern die Zuschauer im Saal, diese schick gekleideten, meist schmalbrüstigen, stets zum Beifall bereiten Mitspieler. Der Zuschauer vor der Mattscheibe hingegen wundert sich, weil er Witziges erwartet hat, aber über die Pointen nicht lachen kann. Was ist Witz? Das Unerwartete.

Die Lach- und Schießgesellschaft bringt nur das Erwartete: Stehen in Mutlangen Raketen, so muß man beten. Hier scheint ein Geschäftsgeheimnis zu liegen. Die „Widerstands"-Helden von heute besuchen das Kabarett, weil sie dort ihre geheimsten Tapferkeits-Sehnsüchte erfüllt bekommen: Die da oben, stellvertretend für uns, geben es aber dem Staat! Wenn die Reimeschmiede jemals auf die Idee kämen, denen da unten das Unerwartete zu servieren – etwa: Warum habt ihr nie gegen die Raketen protestiert, die euch tatsächlich bedrohen, nämlich die SS 20? –, dann würden die Helden höchst entrüstet und humorlos hinausgehen. Selbstbestätigung, das ist heute der Witz.

vl.



Das ZDF wird am *8. Januar (23.30 Uhr)* zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Ballett ausstrahlen, das zuvor noch nicht auf einer Bühne gezeigt wurde. Es handelt sich nach Angaben des Senders um das **Ballett „An meine Tochter"**, nach dem Klavier-Zyklus „Auf verwachsenem Pfade" von Leoš Janáček, das in der Sendereihe „Das internationale Tanztheater" gezeigt wird. Die Choreographie hat der künstlerische Direktor des Londoner Ballett Rambert, Robert North. (dpa)

*

SFB-*Intendant Lothar Loewe hat*, so darf man hoffen, etwas Besonderes für das ARD-Programm an Land gezogen: Werner Baecker verläßt für eine einmalige Spezial-Produktion New York und dreht für den SFB eine zweiteilige Abendprogramm-Sendung **„Hollywood"**. Der aktuelle Unterhaltungsbericht über die Film- und Fernsehmetropole der Welt von Werner Baecker wird im Herbst 1984 gesendet.

KRITIK

Was, Frank Elstner, wollen Sie mehr!

Frank Elstner ist der lebendige Gegenbeweis gegen die These, die deutsche Fernseh-Nation könne man nur mit Schwachsinn trivialer Herkunft unterhalten. Man müßte doch sonst die Frage stellen, warum Elstner denn eigentlich so beliebt ist, wo er doch weder dem „Blauen Bock" nacheifert noch ein Hehl daraus macht, daß er intelligent ist. Das deutsche TV-Volk ist offenbar wirklich nicht so „tümlich", um es mit Brecht zu sagen: **„Wetten, daß . . . ?"** (ZDF).

Allein für Milva, den Vitalbolzen seit langen Jahren, verdient F. E. einen Lerchenfelder Hausorden. Sie sang, die rotmähnige Könnerin, daß man sich schier mit dem ZDF auszusöhnen begann. Nicht, daß ich es vergesse: Thekla Carola Wied, durch die jüngste TV-Geschichte von der Volksgunst an Kindes statt angenommen, war der andere Höhepunkt des Abends. Man vergaß gerne, daß Elstner sie recht spät entdeckt hatte. Sie war schon vor der *Heiratsgeschichte* mit Peter Weck der großen Volksgunst würdig.

Die Spiele um das Kerzenausblasen und das Versammeln einer halben Hundertschaft der zuckrigsten Luftfahrt-Stewardessen ergaben fröhliches Gelächter, dieser Spaß galt allen, und alle freuten sich. Was, Frank Elstner, wollen Sie mehr! Ach, ja, den Weihnachtsmann spielte Peter Boenisch, der bassige und bissige Regierungssprecher. Nach seinem Chef gefragt, sagte er, dieser sei gut und groß. Offen blieb, ob er des Weihnachtsmannes himmlischen Vater meinte oder des Regierungssprechers irdischen Übervater.

VALENTIN POLCUCH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

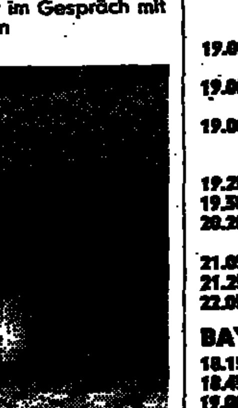
09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Der Mann von Suez
11.35 Umschau
11.45 Regenbogen
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Haus Vaterland (1)
Eine sehr deutsche Revue in drei Teilen
Mit Robert Biberti, Curt Bois, Thomas Fehlmann, Annette Humpe, Palais Schaumburg, Trude Possehl, Carl Raddatz, Roland Schäfer, Ingeburg Thomsen, Vera Tschechowa, *Uwe Wegner und Ilse Werner* u. a.
17.00 Spaß muß sein
17.40 Tele-Lexikon
Skelett-Uhren
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Welt der Vicki Baum
Die Goldenen Schuhe
Fernsehserie in fünf Teilen nach *dem Roman von Vicki Baum*
2. Katjas Liebe zerbricht
Regie: Dietrich Haugk
Katja hat die Proben zu „Sappho" beim Manhattan-Ballett aufgenommen. Den zweiten Solopart tanzt eine junge Tänzerin, Joyce Lyman. Zwischen Joyce und dem Choreographen Mirko Bagoryan bahnt sich ein Verhältnis an. Auch in Katjas Leben hat Mirko seinerzeit eine bedeutsame Rolle gespielt.
21.15 Kontraste
Vorgesehen: Polen – zwei Jahre *nach* Verhängung des Kriegsrechts / Von der Heimkehr träumen *sie alle – Polen in West-Berlin* / Wer regiert im Kreml? / Keine Sowjetraketen auf dem Balkan?
22.00 Die Entspanner
22.30 Tagesthemen
23.00 Geschichte der Wände
Tschechoslowak. Spielfilm, 1979
Eine Satire auf die Lebensumstände in der CSSR
00.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Strickmuster für Molekülfäden
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Rikki Tikki Tavis Kampf mit der Kobra
Zeichentrickfilm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ludwig Güttler und Rolf
17.50 Die Straßen von San Francisco
Bestechung im Amt
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Vorsicht – Musik!
Hits mit Witz, vorgestellt von Frank Zander
20.15 Öl und Blut für Allah
Die iranische Wirtschaft vier Jahre nach der Revolution.
Bericht von Günter Ederer
Zum ersten Mal seit der totalen Machtübernahme der Mullahs in Iran erhielt ein westlicher Fernsehkorrespondent, der ZDF-Redakteur Günter Ederer, die Möglichkeit, vier Wochen lang *Iran zu bereisen* (6000 Kilometer mit dem Auto und 2000 Kilometer mit dem Flugzeug vom Persischen Golf bis zur sowjetischen Grenze). Trotz einer ständigen Bewachung durch das Ministerium für Islamische Führung und trotz vieler Einschränkungen bei den Filmaufnahmen gelang es, Szenen aus dem Wirtschaftsleben der Islamischen Republik *Iran einzufangen, die überraschen.*
21.00 heute-journal
21.20 Hauptsache: Leben . . .
Fernsehfilm von Diethard Klante
Das Schicksal einer jungen Mutter
23.00 Zeugen des Jahrhunderts
Gebhard Müller im Gespräch mit Peter Kustermann
24.00 heute


Katja (Claudine Auger) trifft bei den Proben zu „Sappho" auf den Choreographen Mirko (Klaus Löwitsch) wieder – „Die goldenen Schuhe", ARD, 20.15 Uhr

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
21.45 Porträt
Carl Friedrich von Weizsäcker
Ein Film von Heiner Hepper
Dem 71jährigen Physiker und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker *wird heute der Heinrich-*Heine-Preis 1983 der Stadt Düsseldorf verliehen.
22.15 Tina Modotti
Fotografin und Revolutionärin, *1896–1942.*
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Nach dem Schülerberg (8)
19.00 Familientraining II (6)
19.15 Die Sprechstunde
Das autistische Kind
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Der Bundeskanzler vor der Berliner Pressekonferenz
22.00 Zeitgeister TV
Fernsehprogramm aus der Vergangenheit
22.30 Papiertheater
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten mit Hilis *Klamottenkiste*
19.00 Das internat. TV-Kochbuch
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
U. a. Arbeitslosen-Paß
21.00 Drei aktuell
21.15 Task Force Police
22.05 Filmmagazin
22.25 Thema offen

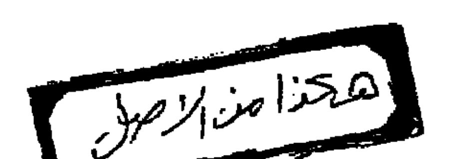
SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (46)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 *Nachrichten*
19.30 Bonanza
20.20 Menschen unter uns:
Auf dem Abstellgleis
21.05 Opas Weltraum-Utopien
21.25 Näher betrachtet
22.05 Jazz am Montagabend

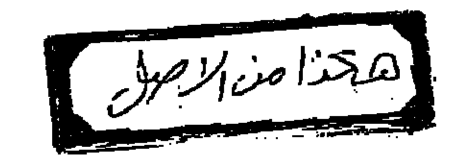
BAYERN
18.15 Da schau her!
18.45 Rundschau
19.00 Scaramouche, der galante Marquis
Amerik. Spielfilm, 1952
20.50 Rundschau
21.05 Blickpunkt Sport
22.05 Z. E. N.
22.10 Die Welt im Jahr 2000
22.55 Etüde in Schwarz
Amerik. Kriminalfilm
0.05 Rundschau

DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden





Pankraz, Goethe und die erweiterte Kultur

Die Diskussionen über die Arbeit des Goethe-Instituts, über seine Fehler und Einseitigkeiten haben einen merkwürdigen sprachlichen Wechselbalg in den Mittelpunkt gebracht: den sogenannten „erweiterten Kulturbegriff". Immer wenn Kritiker sich regten und beispielsweise monierten, daß im Veranstaltungsprogramm eines Goethehauses zuwenig Thomas Mann und dafür zuviel Startbahn West, zuwenig Literatur und dafür zuviel Nachrüstungsdiskussion enthalten sei, kamen die Verantwortlichen und erklärten wichtigtuerisch, das sei eben der „erweiterte Kulturbegriff". Kultur sei heute nicht nur mehr Streichquartett und Dichterlesung, philosophische Vorlesung und Lichtbildervortrag über Architektur, sondern auch und vor allem „Diskussion", und zwar Diskussion über brandaktuelle politische Themen.

Mustert man die Diskussionsabende, die unter dem Zeichen des „erweiterten Kulturbegriffs" stattgefunden haben, so entdeckt man freilich schnell, daß er nur eine bestimmte Art von politischen Themen umfaßt. Nicht zum „erweiterten Kulturbegriff" gehören der Wechsel der Bonner Koalition vor einem Jahr, der Milliardenkredit an die „DDR", die Haushaltssanierung oder der deutsche Beitrag zur Weltraumforschung. Dazu gehören hingegen – neben den Dauerbrennern Startbahn West und Nachrüstung – Hausbesetzung in West-Berlin, die Friedensbewegung in der BRD, die Ausländerfeindlichkeit in der BRD, der Lehrstellenmangel, die Drogenszene in West-Berlin und Frankfurt.

Auch bei den Politikern selbst gibt es eine scharfe, klar erkennbare Klassifizierung. Kohl, Genscher oder Vogel gehören nicht zum „erweiterten Kulturbegriff", dazu gehören hingegen Gert Bastian, Petra Kelly, Jo Leinen und Oskar Lafontaine. Wenn Kohl oder Vogel ins Ausland reisen, um dort Politik zu machen, so bezahlt die Kanzleramts-, Bundestags- oder Parteikasse, und ihr Auftritt heißt schlicht „Vortrag". Wenn Jo Leinen oder Lafontaine fahren, so bezahlt das Goethe-Institut, und ihr Auftritt heißt pompös und kulturträchtig „workshop".

Nun kann man es sich leicht machen und sagen, der „erweiterte Kulturbegriff" sei aufgelegter Schwindel, einzig dazu da, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und staatliches Geld für Linksaußen locker zu machen. Dem steht aber entgegen, daß dieser „Kulturbegriff" längst nicht mehr auf die Arbeit des Goethe-Instituts beschränkt ist, sondern zunehmend auch im Inland Freunde findet, vor allem unter den Kulturdezernenten der Städte. Im Namen des „erweiterten Kulturbegriffs" werden Etats umgeschichtet, weg von der Kunsthalle und weg von der Oper, hin zur Finanzierung von „workshops", in denen diskutiert werden soll, „was uns wirklich auf den Nägeln brennt".

Kürzlich, während der Hamburger Literaturtage, hielt die Kultursenatorin Schuchardt die Eröffnungsrede, nachdem sie soeben noch fröhlich in öffentlicher Runde versichert hatte, von Literatur habe sie nicht die geringste Ahnung. Niemand wunderte sich darüber, und Frau Schuchardt selbst käme nie auf den Gedanken, daß ihre Unbelecktheit in literarischen und anderen klassischen kulturellen Dingen sie für das Amt der Kultursenatorin ungeeignet machen könnte. Sie hält sich ja, andererseits, für eine Meisterin des „erweiterten Kulturbegriffs", die fleißig dafür sorgt, daß dem Kunsthallen-Direktor die Mittel knapp gehalten werden, damit auch noch der letzte Mitdiskutierer im „Stadtteil-Workshop" zu seinem staatlichen Subventionsgroschen kommt.

Der „erweiterte Kulturbegriff", so zeigt sich, ist in erster Linie ein Mittel zur Niveausenkung und zur Erhöhung der allgemeinen Schlamperei und Bequemlichkeit. Er erweitert die Kultur so, wie ein Schneider eine Hose erweitert. Man kann sich unter ihm als Kulturträger fühlen, ohne kulturell das Geringste geleistet zu haben. Ein Steinwurf auf die Startbahn West oder ein bißchen Stänkerei gegen den NATO-Doppelbeschluß genügen, um auf dem Diskussionspodium gleichberechtigt Platz zu finden neben den ersten Literatur- und Philosophiekoryphäen der Nation.

Und auch für die Veranstalter wird es bequem. Wieviel Mühe müßten sie aufwenden, um einem ausländischen Publikum die Lesung eines esoterischen, wenn auch erstklassigen Dichters schmackhaft zu machen und für ein einigermaßen gefülltes Auditorium zu sorgen! Aber von der Startbahn West oder vom „Marsch auf Bonn" hat man auch im Ausland schon irgendwie mal gehört. Wenn nicht, sorgen die im Goethe-Institut ausliegenden Primitiv-Kassetten mit den einschlägigen Themen für die notwendige Werbung. Also kriegt der örtliche Goethehaus-Funktionär seinen Saal voll, ohne sich sonderlich anzustrengen. Und meldet stolz nach Hause, daß die Arbeit nach dem „erweiterten Kulturbegriff" ein voller Erfolg sei.

Man muß bei alledem an die Hochschulpolitik des letzten Dezenniums denken. Heute, da das Kind im Brunnen liegt und viele Fakultäten ruiniert sind, klagen die Auguren, daß es eine unheilvolle Koalition aus ideologischen Eiferern und permissiven Bequemlichkeitsfanatikern gewesen sei, die das Übel herbeigeführt habe. Doch vor Tisch las man's anders. Und wer achtet heute auf die Koalition der Eiferer und der Faulen in der Kulturpolitik und in der kulturellen Außenpolitik? Will man wieder warten, bis das Kind im Brunnen liegt und wir uns auf breiter Front ein weiteres Mal lächerlich gemacht haben?

Die Entwicklung zum Schlechteren hin ist schon weit fortgeschritten. Jetzt kommt es darauf an, einzusehen, daß die Kultur nicht „erweitert", sondern verbessert und anspruchsvoller gemacht werden muß. Und was für die Kultur allgemein gilt, gilt selbstverständlich auch für ihre Präsentation im Ausland.

Pankraz

„Dresden, wie es die Maler sahen" – Die bemerkenswerte Biographie einer Stadt und ihrer Künstler

Blaues Wunder im Topflappenviertel

Das gibt es so von keiner anderen deutschen Stadt, was jetzt Dresden gewidmet ist: ein Buch, in Leipzig und Frankfurt am Main verlegt – „Dresden wie es Maler sahen". Keine deutsche Stadt jedoch ist, so sehr zerstört worden, angewiesen auf das bewahrende Bild. Dresden, die Mitte der Mitte Mitteleuropas, war das Zentrum des Augusteischen Barock und die Geburtsstätte des deutschen Expressionismus, es brachte die Hochblüte der Romantik hervor und glänzte in der Neuen Sachlichkeit; zwei Abstrakte, die sich in den dreißiger Jahren als Franzosen naturalisieren ließen, stammen aus Dresden: Hans Hartung und Wols. Hartung hatte noch vor seinem Weggang 1921 die Dächer unterhalb der Frauenkirche gemalt, 1920 an der Elbe das traditionsreiche Volksfest der Vogelwiese gezeichnet.

Aber es war die Ausnahme, daß Künstler aus Dresden weggingen, die meisten kamen. Der Venezianer Canaletto, richtiger: Bernardo Bellotto, mochte sich hier nicht fremd gefühlt haben, südlicher jedenfalls als später in der Königsresidenz Warschau. Aus dem Norden zogen Caspar David Friedrich und Philipp Otto Runge ein, von weiter noch, aus Norwegen, Johann Clausen Dahl, der 1845 schon einen glühenden Nolde-Himmel über dem Elbwasser sah. Adolph Menzel, der Berliner aus Schlesien war zehnmal in Dresden (dreimal mehr als Goethe) und zeichnete den Zwinger und die Frauenkirche und im Zeughaus die prächtigen Uniformen. Aus dem Norden auch, aus Lübeck, kam gegen Ende des vorigen Jahrhunderts Gotthardt Kuehl. Er brachte nach einem Umweg von zehn Jahren Paris die Freilichtmalerei an die Elbe mit. Er malte die menschenleere Brühlsche Terrasse im Schnee, den belebten Blick vom Altmarkt zur Schloßstraße, immer wieder die von Pöppelmann erbaute Augustusbrükke, das Wasser, die Lichter, als wollte er sich die Pariser Seine ersetzen, die er vordem gemalt hatte.

Mit Canaletto und Kuehl nehmen Kokoschka und Hassebrauk den Löwenanteil in Hans Joachim Neidhardts Buch „Dresden, wie es Maler sahen" ein (Lizenzausgabe beim Verlag Weidlich, Frankfurt am Main, 256 S., 100 Schwarzweiß-Abbildungen, 100 Farbtafeln, 60 Mark). Neidhardt, Jahrgang 1925, ist Kustos für Malerei des 19. Jahrhunderts an der Dresdner Gemäldegalerie Neuer Meister und Verfasser des Standardwerkes „Die Malerei der Romantik in Dresden" (1976).

Im Mittelpunkt steht für den Autor die Serie der Kokoschka-Bilder aus Dresden, gemalt zwischen 1919 und 1923. Die Bilder sind sämtlich von der Altstädter Seite, vom Atelierfenster der Akademie aus gesehen, mit dem Blick zum eigentlich weniger attraktiven, dem Neustädter Ufer. Sie wirken wie wertvolle Tapisserien. Man möchte sie einmal nebeneinander haben wie die Raffael-Cartons im Londoner Victoria and Albert Museum, aber sie sind in alle Welt verstreut, nur zwei noch in Deutschland – in Hamburg und Essen.



So sah sich Conrad Felixmüller in der Stadt „Zeichner vor Dresden", Holzschnitt (1930), aus dem Werk „Dresden, wie es Maler sahen".

Was zunächst ein wenig irritiert, daß die Abbildungen einunddesselben Malers, anders als beim Kokoschka-Block, hier und da von Abbildungen nach Werken anderer unterbrochen werden, offenbart bald seinen Sinn: so ist es völlig sinnvoll, weil chronologisch, wenn hinter den kräftigen Farbmonumenten Erich Heckels und Ernst Ludwig Kirchners, um 1910 entstanden, noch einmal Kuehl, nämlich mit Bildern von 1912 und 1914 in Erscheinung tritt, und zwar mit kapitalen Werken. Der deutsche Impressionist war ja mit dem Aufkommen und Erstarken des Expressionismus noch keinesfalls tot. So behauptete sich auch der Kuehl-Schüler Fritz Beckert, der von 1877 bis 1962 lebte, vielen Modernen zum Trotz, in den verschiedensten Epochen. Neidhardts Ehrenrettung des von vielen als „akademisch" geringgeschätzten Beckert ist sympathisch. Auch von Richard Müller bringt Neidhardt ein Bild, und zwar eines, das die Vermutung bestätigt, Müller habe einen gewichtigen Anteil an der Entwicklung der Neuen Sachlichkeit und des Magischen Realismus. (Er war der direkte Lehrer von George Grosz und der indirekte von Dix.)

Jene nach-expressionistischen Stilbewegungen dürften sich freilich in erster Linie auf das cartesianische Barock Canalettos haben berufen können, das bereits auf den Klassizismus vorausweist. In seinen Stadtansichten schlug er sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe: er zeigte das Motiv und nannte den Standort, von wo aus es gesehen, mit. Der Dresden-Maler arbeitete mit der Camera obscura, einer Vorläuferin des Foto-Apparats. Ein in fotografischer Treue gegebener Blick „Dresden über Dächer gesehen" von Erich Lindenau, 1933/34, dürfte ohne Kenntnis des Italieners nicht möglich gewesen sein. Mehr noch hat Alfred Renger-Patzsch, einer der bedeutendsten Fotografen der Neuen Sachlichkeit, mit seinen Dresden-Fotos Canaletto übersetzt.

Gewiß malte Canaletto nicht einfach ab, sondern er verfremdete durchaus. Aber kühner, fast abenteuerlich ging Franz Radziwil in unserem Jahrhundert vor; Neidhardt hat entdeckt, daß jener einen „Blick auf die Dreikönigskirche" (Aquarell, 1927) vier Jahre später zu einem großformatigen Ölbild „Hinterhäuser in Dresden" paraphrasiert hat, den Kirchturm aber durch einen Phantasieturm ersetzt, der an ein New Yorker Hochhaus der Jahrhundertwende erinnert. Der Autor, der vor dem Studium der Kunstgeschichte ein Studium als Bauingenieur absolviert hatte, macht auch darauf aufmerksam, daß schon Schinkel vor die Stadt eine Burg setzte und hinter die Stadt ein Gebirge, was es beides nicht gab; auch daß Caspar David Friedrich und Carl Gustav Carus die barocken Türme der Silhouette eigenmächtig im Bild gotisierten. Der expressionistische „Gotiker" Ernst Ludwig Kirchner, der später in Frankfurt den Eisernen Steg malen sollte, hat in Dresden das in umgekehrten Spitzbögen schwingende „Blaue Wunder" ignoriert, dafür aber – neben dem obligatorischen armen „Topflappenviertel", das die Expressionisten reizte – die barocken Motive gesucht, den Großen Garten, Augusts des Starken Reiterdenkmal am Neustädter Markt, ja den behäbigen Turm der Frauenkirche George Bährs. Wilhelm Rudolph aber und Josef Hegenbarth haben nach 1945 dann fast ein Beckettsches Nichts in der Ruinenwelt Dresdens dargestellt.

Die Umgebung ist in Dresden einzigartig geblieben. Paul Wilhelms Lößnitz-Terrassen sind so sehr Dresden wie Bernhard Kretzschmars Brühlsche Terrasse, Theodor Rosenhauers Bilder aus dem bäuerlichen Alt-Trachau und Hans Jüchsers Bilder aus dem Wachwitzgrund sind es heute mehr denn je. Dort bewundern wir die unfreiwillige Stagnation, das Stehenbleiben in einem Ambiente wie vor 50 oder 60 Jahren. – Der Betrachter denkt sich einiges weg (Bergander, Nerlich, Stengel, Jokusch, Tiedeken) und einiges dazu, so zu Robert Sterls Bildern der vitalen Elbarbeiter, auf denen die pralle Sonne liegt, Sterls Interieurs der Königlichen Oper, wo unterm Schein der Kronleuchter Ernst von Schuch dirigiert.

DIETER HOFFMANN

Ein neues Kapitel der Wagner-Interpretation: „Tristan und Isolde" unter Juri Ljubimow in Bologna

Die Innenwelt der Außenwelt der Innenwelt

Wachskerzen tropfen von schweren Kandelabern, ein Tisch ist bereitet für drei Personen: Das Ehepaar Wesendonk und Richard Wagner. Schon im Foyer des Teatro Comunale von Bologna beginnt die Einstimmung auf das häusliche Kammerspiel, als das der Regisseur Juri Ljubimow Wagners „Tristan und Isolde" darbietet. Das Orchestervorspiel bei offenem Vorhang arrangiert die drei Hauptpersonen um einen Flügel auf der Bühne. Wesendonk, der später König Marke sein wird, zwingt seine Frau und Wagner, durch einen offenen, hoch gestellten Rahmen zu schreiten – gleichsam ein Tor der Erkenntnis und Selbsterkenntnis. Die eigentliche Handlung kann beginnen.

Beginnt sie überhaupt? Tristan und Isolde bleiben weiterhin Wagner und Mathilde Wesendonk, in ihren Kostümen wie in ihrem Auftreten, auch wenn die Luzerner Salonatmosphäre zuweilen aus dem Blickfeld gerät. Erst mit Markes Auftritt am Schluß des 2. Aktes ist auch der Flügel wieder da. Die Realität hat den Künstlertraum eingeholt. Tristan wird nicht verwundet, aber Marke alias Wesendonk drängt auf ein Ende, indem jeder sein Gesicht wahrt. Der 3. Akt bietet es: Tristan Wagner als ein depressives hochromantisches Genie, das sich in einen literarisch-musikalischen Tod hineinphantasiert, während sein gesundes Abbild mit Cosima von Bülow einer neuen, lichtvollen Zukunft entgegen schreitet.

Das freilich ist nur einer der Fäden, die sich durch die ganz erstaunliche „Tristan"-Inszenierung Ljubimows, seiner ersten Wagner-Inszenierung überhaupt, ziehen. Ein anderer ist maßgeblich mitgesponnen von dem Ausstatter Stefanos Lazaridis. Viel weniger als die Personen selbst, die in dem handlungsarmen Stück ja tatsächlich wenig aufzuführen haben, agiert der Raum um sie herum. Bild und Licht ändern sich beständig. Die Innenwelt der Figuren wird darin deutlich, wie sie die Außenwelt erleben. Das alles ist von einer Tiefgründigkeit und geistigen Dimension, wie man sie lange nicht mehr bei einer Wagner-Inszenierung erlebt hat.

Dabei hat die Aufführung durchaus auch ihren ganz vordergründigen optischen Realismus. Im 1. Akt etwa gelingt es Ljubimow durch die ständige Auf- und Ab-Bewegung einer Bretterwand die Illusion eines schwankenden Schiffs zu erzeugen – und das gleich mit einer solchen Wirkung, daß man vom bloßen Zuschauen seekrank wird.

Auch wenn sich nicht alle Chiffren Ljubimows spontan enträtseln: Nie keimt der Verdacht, daß hier Willkür waltet. Wo immer man Ljubimows Gedanken aufnimmt, runden sie sich schlüssig und kühn. Musikalisch kann die Bologneser Aufführung da nicht aufschließen, wenngleich der Dirigent Zoltan Pesko zu Wagner ganz offenkundig mehr zu sagen hat als das Orchester ausdrücken kann. Eine fast rein deutsche Besetzung – wir hörten eine Woche nach der Premiere des zweiten Ensembles – sorgt immerhin für authentischen Wagner-Klang.

Vom puren Stimm-Material her könnte Heribert Steinbach, der Tristan, heute ein Heldentenor erster Güte sein – seine technischen Unsicherheiten, seine schlechte Intonation stehen dem im Wege. Dagmer Trabert findet als Isolde im Laufe des Abends immer bewegendere Töne. Um sie herum gruppieren sich Mathias Hölle als Marke, Annie Schoonus als Brangäne, Adalbert Waller als Kurwenal, Michael Pabst als Hirt. Aber es ist natürlich Ljubimows Regie, mit der Bologna abermals, wie seinerzeit schon mit Ronconis „Ring", ein neues Kapitel der Wagner-Interpretation aufblättert.

REINHARD BEUTH



Gert Heidenreichs „Wetterpilot" in Osnabrück

Major Eatherlys Schuld

Ein einziger Mensch hat über Hiroshima nachgedacht: Claude Robert Eatherly, Major der US-Air Force. Alle anderen haben das Ereignis nur verdrängt. Das meint jedenfalls der deutsche Nachwuchsdramatiker Gert Heidenreich, der bisher ein Vatermörder-Stück, „Strafmündig", vorlegte. Eatherly war derjenige, der am 6. August 1945 das Wolkenloch über der japanischen Stadt auskundschaftete und an die Maschine weitermeldete, die die Bombe warf. „Der Wetterpilot" heißt denn auch Heidenreichs jüngstes, Eatherly gewidmetes Stück, das jetzt, inszeniert von Goswin Moniac, in Osnabrück uraufgeführt wurde.

Man wundert sich, daß keine große Bühne danach gegriffen hat, denn eine interessante Gestalt ist dieser Eatherly schon. Schwermütig geworden nach dem Bombentod von 200 000 Menschen und erfolglos in der Psychiatrie des Armee-Hospitals Waco/Texas behandelt, begeht er sinnlose Straftaten – „weil er sich bestrafen wollte", sagen die Psychologen. Doch ohne Schuldgefühl keine Selbstbestrafung, ergo: „Weil er seine Schuld gefunden hatte", sagt Heidenreich.

Und doch hütet er sich, die historische Gestalt Eatherly selbst auftreten zu lassen oder sie, wie 1967 Salvato Cappelli („200 000 und einer"), zur Vorlage für eine fiktive Bühnenfigur zu machen. Statt dessen geht es hier um Ronnie, einen Kumpel Eatherlys aus der Klapsmühle, der – „geheilt" – ins traute, spießige Heim zu Mammy und ihrer verlogenen Moral zurückgekehrt ist.

Da geht es dann zu wie bei Eugene O'Neill oder Tennessee Williams, freilich ohne daß Heidenreich jene subtile Enthüllungstechnik zur Hand hätte, die der junge Arthur Miller einst so vorteilhaft bei Ibsen ausborgte. Zu enthüllen gibt es ja auch nichts. Daß es Daddy, der gerade an Krebs stirbt, mit anderen Frauen trieb – was bedeutet das schon angesichts von Atomrüstung und Overkill?!

Ronnie hat es also mit den Raketen. Er ist richtig besessen von ihnen, spricht Tag und Nacht darüber, liest alle jene 43 Bücher und 31 Zeitungsartikel zum Thema, die Heidenreich (laut Textbuch) selber las. Was dieser „eine Spielhandlung" nennt, wird nur veranstaltet, um wie von der Kanzel herab noch einmal zu verkünden, was man aus allen Medien längst weiß. Heidenreichs Stück ist eine Argumentationshilfe für Nachrüstungsgegner, mehr nicht.

Spielen läßt sich das schlecht. Immer wenn sich ein wenig Atmosphäre entwickelt – dazu gibt es Anlässe, und dann bewähren sich Schauspieler wie Sigrid Zander (Mutter), Ebba Reiter (Schwägerin) und Christoph Hemrich (deren Sohn) –, flippt Ronnie sofort aus und verfällt in seine Litanei. Gespielt wird er von Hans Putz, treuherzig und liebenswert. Wenn der auf die Tube drückt und Lautstärke zulegt, schmettert seine Stimme wie die Posaunen vor Jericho.

Mauern freilich reißt er nicht ein, und des Autors Brett nicht von der Stirn. So sehr die Regie sich müht: Agitation ist schon lange nicht mehr abendfüllend. Man gähnt, und am Ende applaudiert man. Bei dem Thema kann man ja nicht anders.

KATHRIN BERGMANN



Mitten zwischen den Intrigen: Jamie Lee Curtis als Prostituierte Ophelia in dem Film „Die Glücksritter" FOTO: UPI

„Die Glücksritter", eine amerikanische Filmkomödie von John Landis

Wenn Bettelknaben zu Prinzen werden

In Märchen und Mythen kommt es vor, daß ein Königskind bei armen Leuten aufwächst und daß umgekehrt ein Betteljunge am Hof zum edlen Prinzen erzogen wird. Aus dem Motiv der Verwechslung und des Rollentausches haben zahlreiche Komödianten kuriose Verwicklungen konstruiert, zum bloßen Ergötzen die einen, zum Beweis der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen die anderen. Vor hundert Jahren schickte Mark Twain den Prinzen Eduard in die Armenviertel und einen Bettelknaben ins Schloß, um leise Sozialkritik zu üben.

An diese Tradition schließt sich die spritzige amerikanische Filmkomödie „Die Glücksritter" an. Der Prinz heißt hier Louis Winthorpe und ist Juniorpartner einer Börsenmaklerfirma in Philadelphia. Der Bettelknabe heißt Billy Ray Valentine und haust in den Slums derselben Stadt. Ihr Rollentausch allerdings beruht nicht auf freier Entscheidung. Die Brüder Duke und Duke, Inhaber der Maklerfirma, die um einer Wette willen ihren Junior Winthorpe mit ein paar Intrigen in die Asozialität befördern und statt seiner den abgerissenen Schwindler Valentine zum ersten Ratgeber erheben, spielen Schicksal.

„Dieser Mann ist das Produkt seiner ärmlichen Umgebung", spricht der eine Duke zum anderen. „Wenn man ihm den richtigen Hintergrund gäbe, könnte er unsere Firma ebensogut leiten wie der junge Winthorpe. Und wenn Winthorpe seinen Job, sein Haus, seine Verlobte und seine Freunde verlieren würde, würde er sich als Krimineller bald wie ein Fisch im Wasser bewegen."

Valentine erhält Haus, Butler, Wagen, Konto und Posten des verwöhnten Winthorpe, paßt sich nach kurzer Einweisung der kapitalistischen Lebensart an, entwickelt Börseninstinkt und wird zum Geheimtip der Wall Street. Winthorpe, von seinen Chefs heimtückisch aller Privilegien beraubt, zieht zu einer Prostituierten und hantiert bald milieugerecht mit dem Revolver.

Gerade freuen sich die Dukes ihres geglückten Experimentes, da erfährt Valentine, welcher Willkür er seinen Aufstieg zu verdanken hat. Er sucht Winthorpe, verbündet sich mit ihm und schmiedet Rache. Nach einem ausgeklügelten Plan ruinieren die beiden Versuchskaninchen ihre selbstherrlichen Wohl- und Übeltäter in einem Börsencoup.

Regisseur John Landis („Kentucky Fried Movie", „American Werewolf") hat das nicht gerade atemberaubend, aber mit untrüglichem Sinn für Situationskomik und spannungsreichem Aufbau arrangiert. Die subtile Überzeichnung des kapitalistisch-aristokratischen Ambiente im ersten Teil (zu heroischen Klängen von Beethoven bis Elgar) gelingt ihm besser als die Konstruktion der Rache im zweiten: Da versinkt die Satire im Klamauk.

Unstreitiger Mittelpunkt ist Eddie Murphy (Valentine), ein vitaler und ausdrucksstarker Vollblutkomödiant, der ebenso wie sein Gegenspieler Dan Aykroyd (als Winthorpe vergleichsweise blaß) in einer Comedy-Serie des amerikanischen Fernsehens zu Ruhm gekommen ist. Professionell inszenierte Unterhaltung ohne Reue und ohne Nachwirkung.

DIETMAR BITTRICH

JOURNAL

Konferenz deutscher und polnischer Autoren

U. S. **Berlin**

Vor dem Hintergrund schwerer politischer Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier (VS) fand im Berliner „Literarischen Kolloquium" eine Konferenz deutscher und polnischer Schriftsteller über „Die Chancen der polnischen Kultur heute" statt. Die Konferenz wurde von den deutschen Initiatoren als ein demonstrativer Akt der Solidarität mit den in Polen verfolgten Schriftstellern und Künstlern und ihren exilierten Kollegen verstanden, der die bisherige Haltung des VS korrigieren sollte. Autoren wie Günter Grass, Hans Christoph Buch, Peter Schneider und Anna Jonas betonten, daß diese Begegnung Auftakt für den Versuch gewesen sei, die schädliche Haltung des VS gegenüber den verfolgten polnischen Kollegen zu ändern. Würde sich dieser Versuch nicht grundsätzlich im nächsten Jahr im Verband durchsetzen, so sei für ihn – betonte z. B. Günter Grass – kein Platz mehr im VS. Von polnischer Seite nahmen an den Gesprächen u. a. Witold Wirpsza, Gustaw Herling-Grudzinski sowie Mitarbeiter der Exilzeitschrift „Archipelag" teil. Schwerpunkt der Gespräche war das Problem von Ideologie und moralisch-ethischen Werten in der gegenwärtigen Ost-West-Auseinandersetzung. (Wir kommen ausführlich auf die Tagung zurück.)

Haftstrafen für Fälschungen de Chiricos

dpa, **Florenz**

Wegen Fälschungen von Werken Giorgio de Chiricos sind in Florenz acht von 24 Angeklagten zu Haftstrafen zwischen fünf und drei Jahren verurteilt worden. Der Künstler hatte schon zu seinen Lebzeiten Streitfälle wegen illegaler Kopien seiner Arbeiten ausgelöst. Das Gericht erklärte alle 300 Werke, um die es bei dem Prozeß ging, als Fälschungen und ließ sie beschlagnahmen. Einer der Hauptangeklagten, der Maler Umberto Lombardi, hatte sich mit dem Hinweis verteidigt, daß der 1978 gestorbene de Chirico selbst die Fälschungen seines Werks veranlaßt habe. Die Urteile nach neunmonatiger Prozeßdauer wurden wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und des Handels mit Kunstfälschungen ausgesprochen. Sie wurden meist auf Bewährung ausgesetzt.

Bischof Antonio Mayer geht mit Lefebvre

R. K.-B. **Frankfurt**

Erzbischof Marcel Lefebvre hat zusammen mit Bischof Antonio de Castro Mayer (Campos/Brasilien) einen offenen Brief an den Papst veröffentlicht, den Lefebvre jetzt auf der Durchreise im Frankfurter Flughafen der Öffentlichkeit übergab. Darin wird Rom aufgefordert, zu der authentischen, dogmatischen Lehre zurückzukehren. Damit ist nun ein zweiter Bischof zusammen mit der großen Mehrheit der Priester seiner ehemaligen Diözese Campos öffentlich zu Lefebvre übergangen, womit die Hoffnung vieler ultra-moderner Prälaten zunichte gemacht ist, nach dem Tod Lefebvres sei die Bewegung, die auf den orthodoxen Katholizismus pocht, dem Untergang geweiht.

Streit zwischen Petit und Nurejew

dpa, **Paris**

Der französische Choreograph Roland Petit hat seine geplante Mitarbeit an der Pariser Oper wegen eines Streits mit Rudolf Nurejew, dem neuen Ballettchef des Hauses, für die laufende Spielzeit aufgekündigt. Die Wiederaufnahme seiner Choreographie „Le Phantome de l'Opéra" Ende Januar wurde abgesetzt. Außerdem wurde die Wiederaufnahme von Petits Choreographie nach Arnold Schönbergs „Die verklärte Nacht" im Champs-Elysees-Theater im April und eine Uraufführung abgesagt.

Ein Katalog über Karikaturenbücher

DW. **München**

Einen Katalog der lieferbaren Bücher mit und über Cartoons und Karikaturen hat das Cèrtoon-Caricature-Contor in München (Postfach 400 448) vorgelegt. Es umfaßt rund 700 Titel von etwa 200 Zeichnern aus 150 verschiedenen Verlagen. Einbezogen wurden auch Kalender und Periodika sowie einige Einzeldrucke.

Bonner Beethovenhalle wiederhergestellt

dpa, **Bonn**

Als verspätetes Weihnachtsgeschenk für die Bürger der Bundeshauptstadt soll die Bonner Beethovenhalle am 29. Dezember wiedereröffnet werden, nachdem sie wegen Brandschadens fast fünf Monate geschlossen war. Für das Eröffnungskonzert wurde Ludwig van Beethovens „Fünfte" unter Leitung des Bonner Generalmusikdirektors Gustav Kuhn ausgewählt. In den letzten Monaten war für mehrere Konzerte und andere Veranstaltungen neben der Halle ein Riesenzelt als Ausweichquartier aufgestellt worden.

„Es ist doch, als ob man sich selbst schlägt“

Hamburger Prozeß um den Tod eines Fußballfans

DETLEF AHLERS, Hamburg

Die Fans von Werder Bremen mußten sich in ein Wäldchen zurückziehen. Zunächst in der Überzahl, hatten sie einige HSV-Anhänger gejagt und verprügelt, doch das mobilisierte die anderen HSV-Fans: „Die Bremer machen alles platt!“ schrie einer und „Schlagt die Bremer tot!“ jemand anders. Gesagt, getan. Am 16. Oktober 1982 war nach Ansicht der Staatsanwaltschaft am Hamburger Volksparkstadion der Landfrieden gebrochen. Mit Leuchtkörpern beschossen sich etwa 100 Fans auf jeder Seite, die Steine, Betonbrocken und Äste „flogen nur so durch die Luft“, wie ein Zeuge sagte. Schließlich lagen drei Schwerverletzte da. Einer von ihnen, Adrian Maleika (16), starb am nächsten Tag an seinen Kopfverletzungen. Der erste Tote bei Fan-Auseinandersetzungen. Seit einer Woche stehen deswegen acht Anhänger des rabiaten Hamburger Fan-Clubs „Die Löwen“ vor dem Landgericht, morgen werden die Urteile gefällt. Für fünf forderte der Staatsanwalt bereits Freispruch mangels Beweisen.

Im „Löwen“-Ornat versammelten sich während der Verhandlung die nicht ertappten Freunde auf den Zuhörer-Bänken. Anerkennend grunzten sie, als die Vorstrafenregister der Angeklagten verlesen wurden, vor allem bei den Ergebnissen der Blutproben: teilweise mehr als drei Promille. Sieben Angeklagte sind einschlägig vorbestraft, wegen Gewalt und Sachbeschädigung rund um Bundesligaspiele. Nur zweimal war es still; als ein Arzt Adrians letzte Worte berichtete: „Ich wäre wohl besser in Bremen geblieben“, und als der Anwalt der Nebenkläger, seiner Eltern, plädierte: „Es ist doch so, als ob man sich selbst schlägt – die Fans der verschiedenen Vereine wollen doch alle Fußball sehen. Sie stammen zwar aus einer anderen Hansestadt, haben aber den gleichen Werdegang.“

Dieser Eindruck kam auf beim Vergleich der Zeugen aus Bremen, die sich an fast nichts mehr erinnerten, und der Angeklagten. Auch die Zeugen wurden zum Teil aus Strafhaft herbeigeschafft, auch sie stammen fast ausschließlich aus zerbrochenen Familien, aus Heimen, auch sie haben, wie die Angeklagten, mit einer Ausnahme, weder Arbeit noch Lehrstellen. Sie suchen Nestwärme in ihren Fan-Gangs, suchen Bestätigung durch das, was sie für tollkühn halten: Schlägereien, Widerstand gegen Polizei, Zertrümmern von Bundesbahnwaggons und Erbeuten gegnerischer Fahnen.

Doch nicht nur durch Adrians Tod hat die Schlacht („wie ein Krieg“, meinte der Staatsanwalt) im Volkspark eine neue Dimension erreicht. Der Ablauf drängte den unbeweisbaren Verdacht auf, daß den Bremer Fans in diesem Wäldchen, in dem es Adrian traf, eine Falle gestellt wurde. Aus unerklärbaren Traditionen heraus verstehen sich die Fans einiger Vereine gut, während sie sich mit denen anderer Vereine prügeln. Für eingefleischte HSV-Fans etwa sind die Kölner, Bayern-Münchener, Schalker und eben die Bremer die Feinde, während fast jeder HSV-Fan freundschaftlich das Wappen von Borussia Dortmund und München 1860 auf die Jeansjacke genäht hat. Davon weiß auch die Polizei: Wenn Borussia in Hamburg spielt, hat sie immer einen ruhigen Nachmittag. Auf der anderen Seite verbünden sich die Lübecker Fußballfans mit den Bremern gegen die Hamburger. Am 16. Oktober '82 trafen sie sich auf dem Hauptbahnhof und fuhren gemeinsam zum Stadion, um sich dort zu prügeln.

Die Verteidiger der jetzt Angeklagten klammern sich an jeden Strohhalm, der Besserung verspricht, denn an mehr kann man sich nicht klammern. Der eine Angeklagte habe eine Freundin, die ihren „Löwen“ regelmäßig im Gefängnis besucht, in dem er wegen anderer Delikte sitzt. Einer habe vage Hoffnung auf einen Lehrvertrag, das dürfe man ihm nicht kaputtmachen. Ein dritter habe bisher kaum Kritikfähigkeit erwerben können. Die Angeklagten sind in der Mehrzahl Anfang 20.

Mit Spannung erwarten die „Löwen“ das Spiel gegen Werder am 17. März. Denn die Schlacht im Wäldchen war nicht der letzte Kampf. Als der HSV im Frühjahr in Schalke Meister wurde, kamen die Fans mit der Bahn auf dem Rückweg in Bremen vorbei. Die Werder-Fans hatten sich nicht nehmen lassen, zum Bahnhof zu kommen, und auch der kurze Halt reichte für Prügeleien.



Auswüchse von brutaler Gewalt im und am Stadion macht die Spieltage immer häufiger auch zu Großeinsatztagen der Polizei. FOTO: SVEN SIMON

Schlußpfiff eröffnete Jagd auf die Gegner

Suche nach Ursachen der Ausschreitungen von Mailand

KLAUS RÜHLE, Rom

Was sich am vergangenen Mittwoch im Mailänder Fußballstadion und vor allem nach der Begegnung zwischen der Heimmannschaft Inter und Austria Wien abspielte, hatte mit Sport nichts mehr zu tun. Das Spiel endete unentschieden, was für die Mailänder das Ausscheiden aus dem UEFA-Pokal-Wettbewerb bedeutete. Nach dem Schlußpfiff des Schiedsrichters setzte ein Bombardement mit Wufgeschossen jeder Art ein. Flaschen, Stöcke, Steinklötze, Apfelsinen und anderes mehr hagelte auf Spieler, Schieds- und Linienrichter.

Weit schlimmer erging es den wenigen Austria-Fans, die glücklich dem Terror im Stadion entkamen. Es begann eine regelrechte Menschen-Jagd auf alles, was deutsch sprach, und auf ausländische Zuschauer überhaupt. Ein Wiener Autobus, mit dem die Anhänger des österreichischen Fußballvereins die Reise nach Mailand angetreten hatten, wurde in Brand gesetzt. Eine Gruppe junger österreichischer Schlachtenbummler, die nach dem Spiel die Stadt besichtigen wollten, wurde von 40 bis 50 Rowdys verfolgt und gestellt. Während die anderen noch flüchten konnten, wurde der 23jährige Gerhard Wanninger Opfer der blinden Wut. Er brach unter Dutzenden von Messerstichen schwerverletzt zusammen und konnte nur durch das mutige Eingreifen von zwei jungen Franziskaner-Mönchen und eines vorbeifahrenden Journalisten vor dem sicheren Tode gerettet werden – vorläufig, denn noch schwebt er in Lebensgefahr. Einer der beiden jungen Mönche wurde ebenfalls erheblich verletzt.

In der italienischen Presse ist jetzt eine vielstimmige Selbstanklage angelaufen. Das „mea culpa“ bezieht sich auf einen systematisch genährten Fanatismus der Fußballanhänger des einen oder anderen Sportvereins. Man nennt das in Italien „Tifo“, das heißt Typhus. Und schuld daran ist fraglos das professionelle Fußballsystem selbst. Eine ganze Industrie, die vom guten Besuch der Stadien lebt.

Ein gerüttelt Maß Schuld trifft aber auch die italienische Sportpresse. In Italien gibt es nicht weniger als drei Sporttageszeitungen, die alle glänzende Geschäfte machen. Viele Italiener kaufen sich alltäglich nur eine Zeitung, nämlich das bevorzugte Sportblatt, wobei der Fußball ganz im Vordergrund steht. Das mag wohl daran liegen, daß die Mehrzahl der Italiener aus der unerfreulichen Tagespolitik und den Wirtschaftsnöten in die Chronik der Fußballwelt fliehen will. Bei dieser Flucht aus der Wirklichkeit leisten auch der Rundfunk und das Fernsehen wesentliche Hilfsdienste.

Jetzt stehen die italienischen Massenmedien vor der erschütternden Erkenntnis, daß sie ein Feuer entfacht haben, das sich nicht mehr so leicht löschen läßt. Sicherlich handelt es sich bei den brutalen Schlägern und Messerstechern um eine Minderheit unter den Sportbegeisterten, denen der Fanatismus nur willkommener Anstoß ist, ihre Wut abzureagieren. Doch letzten Endes siegt das auslösende Element bei der verantwortungslosen Aufputschung braver Durchschnittsbürger, die wie zu Zeiten Neros in eine hemmungslose Menschenmasse verwandelt werden.

In der italienischen Selbstanklage fällt das Wort von der Mailänder Schande und von der Kollektivschuld. Die Leitung des Fußballclubs Inter, der nicht zum ersten Mal im Mittelpunkt von Skandalen und von Untersuchungen wegen Ausschreitung seiner Fans steht, bemüht sich verzweifelt, der Geister, die er rief, Herr zu werden. „Ich bin entsetzt“, jammert der Inter-Ex-Nationalspieler Mazzola, und Inter-Präsident Fraizzoli hat eine Belohnung von 80 000 Mark für die Identifizierung der Verbrecher ausgesetzt, die den Austria-Anhänger ermorden wollten. Gleichzeitig sind die rund 600 Inter-Clubs in ganz Italien mit ihren rund 45 000 Inter-Fans mobilisiert worden, um die sportliche Leidenschaft wieder in faire Grenzen zurückzuführen.

Das berüchtigte Mailänder Stadion soll in eine Art Festung verwandelt werden, um Spieler und Schiedsrichter zu schützen. Und Zuschauer sollen vor Betreten des Stadions in Zukunft durch ein Heer von Polizisten und freiwilligen Helfern auf metallhaltige Gegenstände untersucht werden.

Hochdruck bringt wieder Glatteis

AP, Frankfurt

Klirrende Kälte, aber wenig Schneefall hat am Wochenende das Wetter in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. In Berlin und im Harz war der Straßenverkehr durch Schnee- und Eisglätte zum Teil behindert. Branchbare Wintersportbedingungen herrschten im Harz in Höhen über 600 Meter und in den Alpen erst ab 1500 Meter. Für den Wochenbeginn rechnen die Meteorologen unter Einfluß des Hochdrucks besonders in den Morgenstunden mit Nebel und Straßenglätte. Für Bayern wurden Nachttemperaturen bis minus zwölf Grad erwartet. Hoffnung für Wintersportler auf mehr Schnee besteht nach Meinung der Meteorologen vom Dienst voraussichtlich in der Nacht zum Dienstag. Dann könnte ein vom Westen anrückender Tiefausläufer auch in den Mittelgebirgen den ersehnten Niederschlag bringen. Auf dem Feldberg im Taunus lagen gestern sechs Zentimeter Schnee. Von der Wasserkuppe in der Rhön wurden 17 Zentimeter Sehnee gemeldet.

Öltanker in Flammen

dpa, Manama

Der mit 45 000 Tonnen Rohöl beladene griechische 60 000-Tonnen-Tanker „Pericles“, der am Samstag vor der Küste des arabischen Ölemirats Qatar in Brand geraten war, trieb gestern 150 Kilometer nordöstlich von Qatar brennend im Persischen Golf. Noch in der Nacht zum Sonntag wurden aus den Niederlanden Spezialtrupps zur Bekämpfung des Brandes nach Manama eingeflogen.

Vögel brachten Chaos

dpa, Rom

Schwärme von Zugvögeln haben am Wochenende in Rom ein Verkehrschaos mit zahlreichen Unfällen und Verletzten ausgelöst. Die Exkremente von vielen Tausenden von Vögeln, die im Spätherbst auf ihrem Flug von Nordeuropa in den Süden regelmäßig in Rom Station machen, vermischten sich mit Regenwasser und verwandelten viele Straßen der Stadt in regelrechte Rutschbahnen.

Panzer-Unfall

dpa, Soest

Ein Lastwagenfahrer kam bei einem Zusammenstoß mit einem britischen Schützenpanzer auf der A 44 nahe Soest ums Leben. Der Lkw war auf den Panzer aufgefahren und gegen einen Baum geprallt. Der Panzer durchbrach ein Brückengeländer und stürzte sechs Meter tief auf eine andere Straße. Die vier Soldaten wurden schwer verletzt.

Teures Pflaster

AP, Austin

Ein teures Pflaster besonderer Art versucht die texanische Hauptstadt Austin an den Mann zu bringen. Die Steine bildeten den Straßenbelag der inzwischen erneuerten Congress Avenue und werden zum Stückpreis von fünf Dollar (knapp 14 Mark) angeboten.

Millionen-Schaden

AP, Nürnberg

Bei einem Rangierunfall auf dem Nürnberger Rangierbahnhof sind in der Nacht zum Sonntag zwei Menschen leicht verletzt worden. Der Sachschaden geht nach ersten Angaben der Bundesbahn in die Millionen. Aus bisher ungeklärten Gründen hatten sich 20 Wagen eines Zuges von der Lokomotive abgekoppelt und waren auf abschüssiger Strecke wieder auf die Lokomotive gestoßen.

Zugunglück: 19 Tote

dpa, Daressalam

Bei einem möglicherweise mutwillig verursachten Zugunglück sind am Wochenende in Tansania mindestens 19 Menschen getötet und 79 teilweise schwer verletzt worden. Die Polizei vermutet, daß unbekannte Täter eine Eisenstange über die Schienen legten und damit das Unglück verursachten, meldete der staatliche Sender, ohne jedoch Einzelheiten mitzuteilen.

LEUTE HEUTE

007 Nummer sieben

Roger Moore will dem bis vor 15 Jahren von ihm gespielten TV-Krimi-Helden Simon Templar zu einem Comeback verhelfen, allerdings nur als Ko-Produzent hinter der Kamera. Vor der Kamera wird er dagegen 1984 zum siebten Mal die Rolle des Superagenten 007 übernehmen.

Bei der Arbeit

Cary Grant hat auch mit 79 noch Pläne. Der Filmstar kündigte jetzt an, er „arbeite“ mit seiner 31jährigen Ehefrau **Barbara** an Nachwuchs. Diese Mitteilung machte der Mime auch vor größter Öffentlichkeit – bei einem Vortrag vor College-Studenten in Florida.

WETTER: Noch kalt

Wetterlage:
Ein Hochdruckgebiet über Südosteuropa ist für den größten Teil Deutschlands wetterbestimmend. Der Ausläufer eines Islandtiefs greift in der zweiten Tageshälfte auf den Westen und Norwesten über.



Vorhersage für Montag: Im gesamten Bundesgebiet nach Auflösung von Frühnebelfeldern heiter und trocken. Nachmittags im Westen Bewölkungsaufzug und hier nachfolgend leichter Schnee und Schneeregen. Nachmittagstemperaturen in der Nordhälfte um 0, im Süden und im Berliner Raum um minus 3 Grad. In der kommenden Nacht im Westen Temperaturen um 2 Grad, im Osten 0 bis minus 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind, vorwiegend aus Süd.

Weitere Aussichten:
Leicht unbeständig und etwas milder.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	–4°	Kairo	17°
Bonn	1°	Kopenh.	–2°
Dresden	–2°	Las Palmas	21°
Essen	0°	London	1°
Frankfurt	1°	Madrid	4°
Hamburg	–4°	Mailand	–2°
List/Sylt	2°	Mallorca	9°
München	–2°	Moskau	–2°
Stuttgart	–1°	Nizza	11°
Algier	12°	Oslo	–9°
Amsterdam	1°	Paris	2°
Athen	16°	Prag	–3°
Barcelona	8°	Rom	12°
Brüssel	2°	Stockholm	–8°
Budapest	–1°	Tel Aviv	16°
Bukarest	–1°	Tunis	14°
Helsinki	–13°	Wien	–1°
Istanbul	10°	Zürich	–1°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 8.18 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr, **Mondaufgang:** 13.30 Uhr, Untergang: 0.13 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Verzögert Computerausfall Shuttle-Start?

AP, Houston

Die wegen Computerstörungen um rund acht Stunden verzögerte Rückkehr des europäischen Weltraumlaboratoriums Spacelab zur Erde hat zumindest einen deutschen Forscher um einige wertvolle Erkenntnisse gebracht. Die Spacelab-Mannschaft, darunter der Stuttgarter Physiker Ulf Merbold, war nach dem verlängerten Flug der amerikanischen Raumfähre „Columbia“ zu erschöpft, um sich den unmittelbar nach der Landung vorgesehenen Vergleichsexperimenten am Boden unterziehen zu können, wie Rudolf von Baumgarten von der Mainzer Gutenberg-Universität erklärte. Von Baumgarten bewertete das Spacelab-Unternehmen dennoch als einen „großen Erfolg“ für seine Untersuchung der physiologischen Auswirkungen des Raumflugs und der Wiederanpassung des menschlichen Organismus an die Schwerkraft.

Der Computerausfall, der zu der verspäteten „Columbia“-Landung führte, könnte auch den für den 30. Januar geplanten nächsten Fährenflug verzögern. Ein Vertreter der Raumfahrtbehörde Nasa teilte mit, vor dem nächsten Flug solle herausgefunden werden, warum in der Schlußphase des jüngsten Unternehmens zwei Bordcomputer versagten.

Während „Columbia“-Kommandant John Young und Fährenpilot Brewster Shaw schon bald nach der Landung in der Nacht zum Freitag zu ihren Familien zurückkehren durften, halten sich Merbold und seine drei amerikanischen Spacelab-Spezialisten auf dem kalifornischen Flugstützpunkt Edwards vorläufig noch für wissenschaftliche Vergleichsversuche zur Verfügung.

Ein Schweizer bläst zur Rettung der letzten Auen an der Donau

Umweltschützer gewannen Franz Weber als Verbündeten gegen ein Wasserkraftwerk

KURT POLLAK, Wien

Überall, wo der Schweizer Umweltschützer Franz Weber seine Hände im Spiel hat, so sagt man ihm nach, bleibt ein kleines Stück Welt noch heil. Seine „Kreuzzüge“ zum Schutz bedrohter Landschaften, kultureller Objekte oder von der Ausrottung bedrohter Tierarten, die er seit 1965 zumeist erfolgreich führte, machten ihn zum meistausgezeichneten „Natur-Wunderheiler“ Europas. Nun will der „grüne Feuerwehrmann“ aus der Schweiz die letzten Augebiete der Donau bei Hainburg, etwa 30 Kilometer südlich von Wien, deren Bestand durch ein geplantes Wasserkraftwerk gefährdet ist, in letzter Minute retten.

Den Streit um das geplante Kraftwerk, der bisher nur die Österreicher bewegte, will Weber damit auf eine europäische Ebene hieven. Bisher kämpfte eine Aktionsgemeinschaft, der 23 Naturschutzorganisationen angehören, gegen das von den Donau-Kraftwerken initiierte und von der Bundesrepublik Deutschland mit Wohlwollen bedachte Großprojekt. Eine Bürgerinitiative sammelte in ganz Österreich 140 000 Unterschriften gegen den Bau des Donau-Kraftwerkes. 26 Sachverständige, Kommunalpolitiker, aber auch Regierungsmitglieder sprachen sich vehement gegen den Bau und die damit verbundene Zerstörung der letzten Aulandschaft Mitteleuropas aus.

Das geplante Kraftwerk Hainburg würde 50 Prozent der wertvollsten Augebiete zwischen Wien und der östlichen Staatsgrenze zerstören, 50 Kilometer natürlicher Uferlandschaft vernichten und jede Art von künftiger Nationalparkplanung im Gebiet vereiteln. Zahllose Wissenschaftler, an der Spitze Nobelpreisträger Konrad Lorenz, sprachen sich gegen den „Wahnsinn“ des Kraftwerkbaus in diesem letzten urtümlichen Augebiet Europas aus.

Dazu kommt das aufsehenerregende Resultat einer bakteriologischen Untersuchung des Donau-Wassers in diesem Gebiet: „Das ist eine bakteriell durchsetzte Brühe. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß beim Aufstauen ufernahe Trinkwasserbrunnen infiziert werden und das Grundwasser verseucht wird“, erklärte der Vorstand des Hygiene-Instituts der Universität Graz, Professor Josef R. Möse. Demnach wäre der Stausee bei Hainburg eine durch die Abwässer der Großstadt Wien verseuchte Kloake, in der Gelbsucht-, Kinderlähmungs-, Typhus- und Gehirnhautentzündungserreger schließlich zur europäischen Gefahr werden müßten. Gefahr bestünde auch für die weltberühmten Heilquellen von Deutsch-Altenburg, die zu den sechs stärksten Jod-Schwefel-Quellen der Welt gehören und die seit 3000 Jahren genützt werden.

Schützenhilfe erhielten die Kraftwerksgegner aber auch vom Land Wien, nachdem die biologischen Gutachter die Kraftwerkspläne mit wissenschaftlicher Akribie zerpflückt hatten. Auch der österreichische Landwirtschaftsminister Günter Haiden erklärte bereits, daß er für den vorgesehenen Standort des Kraftwerks keine Rodungsgenehmigung für die Augebiete erteilen würde und deshalb die Standortfrage einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müßte.

Nobelpreisträger Konrad Lorenz warnte: „Würden wir die Naturschätze Österreichs verschleudern, müssen sich die heutigen Verantwortlichen verdientermaßen den Fluch späterer Generationen zuziehen.“ Der erste Rückzieher kam überraschenderweise von einem Verfechter des Hainburger Kraftwerksbaues, dem „Energiepapst“ von Österreich, Walter Fremuth, der vor 1000 Studenten der Wiener Wirtschaftsuniversität erklärte: „Im Augenblick brauchen wir das Kraftwerk nicht ...“ Damit wurde wohl ein Machtwort gesprochen, doch der Standpunkt der Gewerkschaften, daß der Bau des Kraftwerkes Arbeitsplätze sichere, wurde damit nicht erschüttert.

Deshalb holten sich die Kraftwerksgegner nun den Schweizer Umweltschützer Franz Weber, Träger des Deutschen Naturschutzpreises, der Deutschen Umweltschutzmedaille und des Europapreises für Landespflege, als Verbündeten. Weber hat unter anderem schon die Oberengadiner Seenlandschaft, das grandiose Weinanbaugebiet „Lavaux“ zwischen Lausanne und Vevey und die größte und schönste Schilflandschaft der Schweiz am Neuenburger See vor der Zerstörung gerettet. Franz Weber hatte zu dieser seiner neuen Aktion eine ganze Flugzeugladung europäischer Presse- und Fernsehvertreter nach Wien gebracht, „damit ganz Europa ein Wörtchen bei Hainburg mitreden soll ...“

ZU GUTER LETZT

„Sagen Sie dem Taxi-Fahrer nur: Sank roo doe noo.“ Anzeige von Harry's New York Bar (5, Rue Daunou in Paris) in der „International Herald Tribune“.

